

2.2008

# Land *InForm*

Magazin für Ländliche Räume

## Herausforderung Klimawandel

Sauberes Wasser, zufriedene Landwirte  
Angebote bündeln, Grundversorgung sichern  
Finanzierung mit Nachhaltigkeitsfaktor

**dvs**   
Deutsche Vernetzungsstelle  
Ländliche Räume





## Weitere Themen



Bild: NLWKN

### Sauberes Wasser, zufriedene Landwirte

Rückstände von Pflanzenschutz- und Düngemitteln sind mitverantwortlich für die mangelnde Wasserqualität von Europas Flüssen und Seen. Doch lassen sich die Interessen von Landwirtschaft und Gewässerschutz durchaus unter einen Hut bringen, wie das Projekt WAgriCo zeigt. Seite 36



Bild: Markttreff

### Angebote bündeln, Grundversorgung sichern

Erst schließt der Supermarkt, dann der Bäcker, dann der Gasthof – für viele Orte im ländlichen Raum eine bekannte Entwicklung. Ein pfiffiges Konzept aus Schleswig-Holstein beweist, dass sich auch in kleinen Gemeinden tragfähige Einkaufs- und Kommunikationszentren etablieren lassen. Seite 38



## Herausforderung Klimawandel

Die globale Erwärmung und ihre Folgen stehen im Fokus dieser Ausgabe von LandInForm. Lesen Sie auf den Seiten 10 bis 33, welche Herausforderungen sich für den ländlichen Raum durch den Klimawandel ergeben, wie Vertreter aus Politik und Wissenschaft, aus Land- und Forstwirtschaft, aus Raumplanung und Gesundheitswesen diese Herausforderungen beurteilen und welche Maßnahmen sie vorschlagen, um den Folgen der globalen Erwärmung wirkungsvoll entgegenzusteuern und Anpassungsstrategien zu entwickeln.

Bild/Titel: www.pixelio.de / Palme+Montage, F.Kuhl

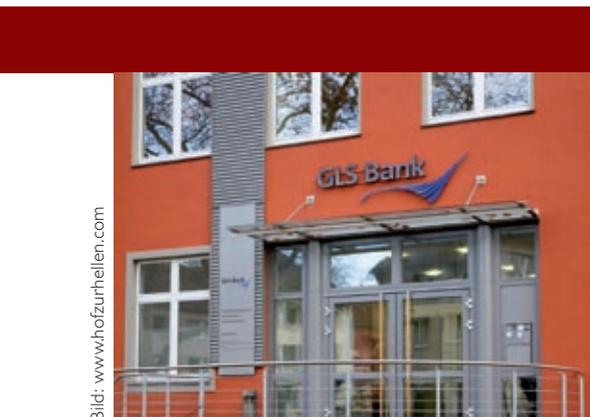


Bild: www.hofzurhellen.com

## Finanzierung mit Nachhaltigkeitsfaktor

Für Unternehmen aus dem sozialen und ökologischen Bereich ist es nicht immer leicht, an das nötige Kapital für ihre Projekte zu kommen. Die GLS Bank hat sich auf diese Kunden spezialisiert. Neben den klassischen Bankdienstleistungen bietet sie eine Reihe interessanter innovativer Finanzierungsinstrumente an. Seite 48

## Für das Netzwerk

- Inside 05 Neues aus der DVS
- Veranstaltungen 06 Was war, was kommt?

## Im Fokus: Klimawandel

- 10 Die globale und regionale Herausforderung
- 12 Womit muss Deutschland rechnen?
- 14 Robuste Raumstrukturen ermöglichen Anpassung
- 16 Energie aus Biomasse – auch fürs Klima gut?
- 17 Die Neuerfindung der Landschaft
- Sechs Positionen 18 „Für die Landwirtschaft wird vor allem die zunehmende Klimavariabilität problematisch“
- 19 „Die bäuerliche Landwirtschaft ist Teil der Zukunftsstrategie“
- 20 „Ohne wirtschaftliche Alternativen werden die Erträge vieler Forstbetriebe fallen“
- 21 „Die Wasserkonkurrenz zwischen Land-, Forst- und Wasserwirtschaft wird zunehmen“
- 22 „Klimaschutz ist eine kommunale Zukunftsaufgabe!“
- 23 „Der ländliche Raum bietet hervorragende Chancen, um unabhängig von fossilen Energien zu werden“
- 24 Neuen Herausforderungen begegnen: Die EU-Politik für den ländlichen Raum im Zeichen des Klimawandels
- 25 Was bietet ELER? Was machen die Länder?
- Projekte 26 Innovative Anpassungsstrategien für die Alpenregion
- 28 Handeln, bevor das Wasser bis zum Hals steht
- 30 Krank durch Klimawandel?
- Zum Weiterlesen 32 Geballtes Wissen zum Klimawandel

## Aus der Praxis

- Wertschöpfungsketten 34 Mehr Schlagkraft für Forst und Holz in Bayern
- Wasserqualität 36 Landwirtschaft und Gewässerschutz: Partner statt Konkurrenten
- Grundversorgung 38 „Bei uns ist alles drin!“
- Qualitätsnetzwerk 40 Südburgenländisches Paradies trifft bezaubernde Märkische Schweiz

## Perspektiven

- Forschung und Bildung 42 Transnationale Kooperationsprojekte mit Langzeitwirkung
- Politik und Gesellschaft 44 OECD-Konferenz „Innovative Daseinsvorsorge“
- 46 „idee.natur“ geht in die zweite Runde
- 47 Bundesregierung gründet Interministerielle Arbeitsgruppe „Ländliche Räume“
- Partner und Experten 48 GLS Bank finanziert regionale Entwicklung
- Service 50 ... angelesen
- 51 ... angekündigt
- 52 Termine



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

„Global denken, lokal handeln“. Seit der Rio-Deklaration von 1992 wird unter diesem Leitgedanken darum gerungen, welche Grundsätze im Bereich Umwelt und Entwicklung das künftige Verhalten der Staaten bestimmen sollen.

Dies gilt ganz besonders auch für den Umgang mit dem Klimawandel. In manchen Weltregionen werden die Folgen schneller und drastischer spürbar als

bei uns. Es bleibt ja noch etwas Zeit, denkt man sich gerne – zumindest auf den ersten Blick.

Im komplexen Wirkungsgefüge ist aber sehr viel Dynamik. Die breit geführte Energiediskussion – Stichwort E10 – ist ein Punkt. Sich verändernde gesellschaftliche Normen mit dazu gehörigem Konsumverhalten zum Beispiel in Ländern wie China und Indien, die zu westlichen Nationen aufschließen wollen, ein anderer. Wie an der Preisentwicklung zu spüren, erhöht sich dadurch unter anderem auch die Nachfrage nach energieaufwändig zu produzierenden Nahrungsmitteln. Dies alles sind Rahmenbedingungen, die beim Umgang mit dem Klimawandel eine Rolle spielen, aber hier nicht tiefer diskutiert werden sollen.

Die Konsequenzen spielen aber schon jetzt auch bei uns eine Rolle. Der Druck auf die Ressourcen steigt. Der ein oder andere technische Silberstreifen am Horizont für die klimaverträgliche Energie- und Rohstoffversorgung, zum Beispiel mit Geothermie oder auf Basis von Bioreaktoren, die das „Graszeitalter“ einleiten können, wird gerne bemüht. All dies sind aber Zukunftsvisionen.

Bis es soweit ist, gilt es mit den aktuellen Möglichkeiten zu handeln und das Zeitfenster zu nutzen, das uns in Deutschland bleibt. Wir schauen dabei natürlich auf den ländlichen Raum. Egal ob organisatorisch, sozial oder technik- und produktbezogen. Was bei uns entwickelt wird, kann woanders helfen – durchaus auch mit wirtschaftlicher Relevanz.

Das Fokusthema in diesem Heft beschäftigt sich deshalb neben dem Klimaschutz vor allem mit Anpassungsmöglichkeiten. Hier wird ein breites Spektrum von der Landnutzung über kommunale Strategien und planerische Ansätze bis zur Gesundheitsvorsorge vorgestellt. In den meisten Bereichen wird deutlich, dass es bei Reaktionen oder Gegenmaßnahmen auf Abstimmung und Zusammenarbeit und eine langfristige Strategie über Sektoren hinweg ankommt. Also auf Kooperationen, die es zum Teil erst noch zu schaffen gilt.

Um Kooperation und vernetztes Handeln geht es ab Seite 34 auch bei unseren Projektvorstellungen zur Förderung eines „Holzclusters“, zu Grundwasser- und Gewässerschutz mit der Landwirtschaft und der Grundversorgung im ländlichen Raum über „Markttreffs“ sowie dem Aufbau eines Qualitätssiegels für Landwirtschaft und Tourismus.

Spannende Lektüre wünscht

*Jan Swoboda*

## Impressum

LandInForm – Magazin für Ländliche Räume

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Auflage: 9.500

ISSN: 1866-3176

Herausgeber und Redaktion:  
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume,  
in der Bundesanstalt für Landwirtschaft  
und Ernährung, Bonn  
Dr. Jan Swoboda (V.i.S.d.P.)

Redaktionelle Mitarbeit:  
Silvia Richter, mediamondi, Richter & Karge GbR,  
Agentur für interkulturelle Kommunikation, Berlin,  
Telefon 0 30 / 39 84 88 57

Gestaltung: kuhl-design, [www.kuhl-design.de](http://www.kuhl-design.de)

Druck:  
Druck Verlag Kettler GmbH, Bönen/Westfalen

Bezugsadresse und Redaktionsanschrift:  
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume  
in der Bundesanstalt für Landwirtschaft  
und Ernährung  
Deichmanns Aue 29  
53179 Bonn  
Telefon 02 28 / 68 45 34 61  
Fax 02 28 / 68 45 33 61  
E-Mail: [dvs@ble.de](mailto:dvs@ble.de)  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de)

Bezug: kostenfrei, LandInForm als PDF-Datei  
unter [www.land-inform.de](http://www.land-inform.de)

### Anmerkungen der Redaktion:

- Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Abbildungen wird keine Haftung übernommen. Die Urheberrechte liegen beim Herausgeber. Eine Genehmigung zur Zweitverwertung auch in Auszügen in Wort, Schrift und Bild erteilt die Redaktion gern gegen Nennung der Quelle und Belegexemplar.
- Als Zugeständnis an die Lesbarkeit der Texte haben wir uns darauf geeinigt, alle Personen-Gruppen in männlicher Form anzugeben.

LandInForm wird durch den Bund und die Europäische Union im Rahmen des Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) gefördert.

# Neues aus der DVS

## Mit neuer Kraft in die Förderperiode 2007-2013

Von Isabell Friess

Am 15. Februar wurde das Bundesprogramm „Nationales Netzwerk für den ländlichen Raum Deutschlands“ (NLR) offiziell bestätigt. Ziel ist ein intensiver Informations- und Erfahrungstransfer über alle Schwerpunkte der ELER-Verordnung hinweg, der von der Deutschen Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) umgesetzt wird.

Der Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) bedeutet nicht nur für die Regionen, sondern auch für die DVS ein neues Aufgabenspektrum. Neben der Begleitung der Leader-Gruppen (Schwerpunkt 4) unterstützt die DVS nun auch die Akteure der Schwerpunkte 1 bis 3. Das erweiterte Aufgabenspektrum findet sich dementsprechend auch in der Teamstruktur wieder: 14 Leute (Voll- und Teilzeitstellen) kümmern sich um die Vernetzungsarbeit in Deutschland.



## Neuer Wind im Team der DVS

Nach einer erfolgreichen zweieinhalbjährigen Ausbildung zum Bürokaufmann unterstützt Benedikt Klepke seit Anfang 2008 das Team der Deutschen Vernetzungsstelle. Er bringt ein großes Vorwissen und Interesse für die Bereiche Computertechnik und -software mit. Diese Fähigkeiten bringt er bei der Pflege der Datenbanken und der Internetseite ein. Ebenfalls kümmert er sich um den Versand der Publikationen und hilft bei der Organisation und Vorbereitung der Veranstaltungen.

**Mehr Informationen:**  
Deutsche Vernetzungsstelle  
Ländliche Räume  
Benedikt Klepke  
Tel.: 0228 6845 99 3004  
E-Mail: dvs@ble.de

## Neues Outfit, neue Inhalte

Der Wechsel in die Förderperiode 2007-2013 zeigt sich ebenfalls in dem neuen Design der Vernetzungsstelle. Neben dem Logo für die DVS wurde auch für das Netzwerk ein Logo erarbeitet, also für alle Akteure des ELER. Bei Interesse werden die Logos jederzeit zur Verfügung gestellt. Im Juli wird auch die neue Webseite [www.netzwerk-laendlicher-raum.de](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de) online gehen (s. S. 6).

Ende April fiel der Startschuss für die DVS-Auftaktveranstaltungen für LEADER- und ILE-Akteure in den Bundesländern. Mit diesen Workshops will die DVS einerseits ihre Arbeitsstrukturen, -schwerpunkte, Vernetzungsmedien und Serviceleistungen vorstellen. Andererseits möchte die DVS mit den Veranstaltungen abfragen, welche Möglichkeiten es gibt, die Arbeit der Akteure noch weiter zu unterstützen. Des Weiteren sind auch für das zweite Halbjahr 2008 verschiedene Veranstaltungen geplant. Neben den Agrarumweltmaßnahmen, stehen die Themen Finanzierung und grenzüberschreitende Kooperation zur Auswahl. Mehr Informationen zu den

Terminen und den geplanten Inhalten der Veranstaltungen finden Sie auf den Seiten 8 bis 9.

## Noch vieles in der Pipeline

Die ersten Schritte sind getan, doch die DVS hat noch weitere Ideen. Beispielsweise sollen zukünftig Facharbeitskreise eingerichtet werden, die sich kontinuierlich treffen und aktuelle Themenschwerpunkte weiterentwickeln. Auch ein verstärkter Austausch mit weiteren Netzwerkpartnern ist gewünscht, wie dieser genau aussehen könnte, wird die Zukunft zeigen. Wenn Sie mehr über das Programm der Deutschen Vernetzungsstelle wissen möchten, können Sie unter [www.netzwerk-laendlicher-raum.de](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de) >>Service >>Downloads das Dokument „Nationales Netzwerk für den ländlichen Raum“ herunterladen.

**Mehr Informationen:**  
Deutsche Vernetzungsstelle  
Ländliche Räume  
Dr. Jan Swoboda  
Tel.: 0228 6845 99 3956  
E-Mail: dvs@ble.de  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de)

## Kooperationsgesuche

**Mehr Informationen:**  
Anke Wehmeyer  
Tel: 02 28 / 68 45 - 38 41  
E-Mail: dvs@ble.de



### LAGn aus Finnisch-Lappland

Vier lappländische LAGn haben sich in einem Kooperationsprojekt zusammengetan und suchen jetzt nach Partnern aus ganz Europa. Genaue Themen sind noch nicht vorgegeben, die lokalen Aktionsgruppen sind offen für Projektvorschläge.

**Mehr Informationen:**  
Marika Saranne  
Project Manager for Co-operation,  
Lapland  
Telefon: +358 (0) 40 7 77 69 93  
E-Mail: [marika.saranne@perapohjola.fi](mailto:marika.saranne@perapohjola.fi)

# Mit Partnern Ketten knüpfen

Von Jan Swoboda

Wie lassen sich Netzwerke bilden, um die Wertschöpfung in der Region zu erhöhen? Über diese Frage tauschten sich rund 50 Teilnehmer auf dem Workshop „Wertschöpfungspartnerschaften in der Regionalentwicklung – Kooperationsaufbau, Organisationsstrukturen und Management“ aus, den die Deutsche Vernetzungsstelle am 9. und 10. April 2008 im thüringischen Gotha durchgeführt hat.



Plenumsdiskussion auf dem DVS-Workshop  
Bild: DVS

Das Instrumentarium für den Aufbau von Wertschöpfungsketten ist da, aber die Verankerung in den Regionen beginnt gerade erst: Das zeigten die Ergebnisse der fünf Arbeitsgruppen, in denen Projekte und erste Skizzen der Teilnehmer im Mittelpunkt standen. Themen waren hier unter anderem „Altersgerechtes Wohnen“, „Berufliche Bildung“, „Streuobst-Vermarktung“ und „Regionale Produkte und Dachmarkenentwicklung“ – also durchaus auch ungewöhnliche Ansätze für den Aufbau von Wertschöpfungspartnerschaften. Deshalb war es besonders spannend, die angestrebten Ziele und die jeweiligen

Produkte oder Dienstleistungen vorgestellt zu bekommen und anschließend sämtliche Stufen der Wertschöpfungskette (WSK) von der Produktion über die Verarbeitung und Logistik bis zur Vermarktung sowie die daran beteiligten Akteure näher zu betrachten.

## Nutzen muss „gerecht“ verteilt sein

Nicht alle Beispiele der Teilnehmer konnten zu schlüssigen Konzepten für den Aufbau einer Wertschöpfungspartnerschaft (RWP) entwickelt werden. Eine solche funktioniert nur dann, wenn sowohl die beteiligten Unternehmen als auch die Kunden und die Region einen etwa gleich hohen Nutzen aus der RWP ziehen. In den Arbeitsgruppen wurde deutlich, dass die Regionalentwickler den regionalen Nutzen der Projekte in den meisten Fällen höher einschätzten als den für die Unternehmer und Kunden – kein Wunder, denken sie doch aus dieser Sicht. Um Kooperationen dauerhaft erfolgreich zu machen, gilt es aber, die Interessen der Unternehmen und die Kundenwünsche stärker in den Mittelpunkt zu stellen. Hier gibt es also auch für die Deutsche Vernetzungsstelle noch viel zu tun.

In einem weiteren Schritt wurden für die Fallbeispiele Ideen zu „Wertschöpfungspartnerschafts-Managementmodellen“ und deren Aufgaben entwickelt. Hier lautete die Botschaft: Die Aufgaben sind anders als die des Regionalmanagements und deshalb auch anders zu besetzen. Eine Diskussion über die Abgrenzung des einen vom anderen war die Konsequenz. Um das Regionalmanagement zu unterstützen, wurden möglichst genaue Zeit- und Arbeitsplanungen für die Aktivitäten des kommenden halben Jahres erstellt.

## ELER kann helfen

Die in den Arbeitsgruppen behandelten Beispiele waren teilweise noch in der Planung. Deshalb ließ sich noch nicht in jedem Fall sagen, ob sich der WSK-Ansatz für die Projektumsetzung eignet oder nicht. Aber die Möglichkeit, ein regionales Projekt aus dem Blickwinkel des RWP-Ansatzes zu analysieren, lohnt – auch aus Leader-Sicht – allemal. Denn durch Wertschöpfungsketten werden Partner und Teilprojekte oder Maßnahmen aus verschiedenen Bereichen zielgerichtet zusammengeführt, auch wenn die Akteure nicht in einer LAG eingebunden sind. Hier kann ELER mit seiner Bandbreite an Möglichkeiten helfen.

## www.netzwerk-laendlicher-raum.de: Neue Website der DVS ab Juli online

Aktuelle Nachrichten zur Entwicklung ländlicher Räume und zur Ausgestaltung der ELER-Förderung sind ein Schwerpunkt der neuen Website. Dazu kommen die Informationen zur Regionalentwicklung, vor allem in den deutschen Leader-Gebieten und die Hilfestellungen für Kooperationen zwischen Regionen deutschland- und europaweit. Die Veröffentlichung von Best-Practice-Beispielen aus dem ELER-Bereich wird ebenfalls einen großen Raum einnehmen. Alle Angebote der DVS, Veranstaltungen, Publikationen, Downloads etc. finden sich im neuen Angebot ebenso wie Informationen zu Programmen und Wettbewerben. Besonders nach dem Relaunch freuen wir uns über Anregungen und Kritik zu unserem Web-Angebot!  
[www.netzwerk-laendlicher-raum.de](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de) >> kontakt, [dvs@ble.de](mailto:dvs@ble.de), Stefan Kämper



# Man kann nicht nicht kommunizieren!

Von Stefan Kämper

**Das Handwerkszeug erfolgreicher Kommunikation kennenlernen und einüben: Diese Möglichkeit bot das Training der Vernetzungsstelle „Mit Kommunikation steuern – Rollenverständnis und Kommunikationsstrukturen klären“ vom 14. bis 16. Mai in Eisenach.**

**D**ie Bedeutung der Kommunikation als Mittel erfolgreicher Regionalentwicklung kann nicht hoch genug geschätzt werden. Ob es um die adäquate und erfolgreiche Ansprache der regionalen Akteure, der Kommunalpolitiker oder der Auftraggeber geht: Die jeweils passenden, lösungsorientierten Gesprächstechniken helfen dem Regionalmanager, die Interessen der Entwicklungsgruppe zu vertreten und durchzusetzen. Auftrags- und Rollenklärung, die Pflege des regionalen Netzwerks, die Vermittlung der eigenen Leistung: alles kommunikative Aufgaben.

## In sein Gegenüber hineinversetzen

Neben knappen theoretischen Inputs standen praktische Übungen und Rollenspiele im Zentrum der Veranstaltung. In verschiedenen Situationen aus dem Arbeitsalltag

wurden Gesprächstechniken geübt, die helfen, in die Sichtweise des Kommunikationspartners zu schlüpfen, ohne dabei die eigenen Ziele aus dem Blick zu verlieren. Der Perspektivenwechsel als Mittel und Haltung hilft, die – versteckten – „Ich-Botschaften“ des Gegenübers, also dessen Strategie und Interessen, zu verstehen. So kann ein gemeinsames Verständnis entstehen, das es erleichtert, gemeinsame Interessen herauszuarbeiten.

## Kommunikation auf Augenhöhe

Auf dieser Basis erarbeiteten die Teilnehmer an den drei Tagen intensiv, wie man in Verhandlungen und Diskussionen überzeugend argumentiert, vor allem dann, wenn es sich um schwierige oder auch statusbewusste Gesprächspartner handelt. Kommunikation auf Augenhöhe gelingt

dann, wenn man sich der eigenen Rolle, aber auch seiner (Macht-)Mittel bewusst ist. Nur wenn die Position und die Möglichkeiten klar sind, wird die Kommunikation erfolgreich sein. Zudem ist es wichtig, nicht nur das „Was“, sondern auch das „Wie“ im Gespräch zu beachten, dem Beziehungsaspekt einen angemessenen Stellenwert einzuräumen. Zum Abschluss der Veranstaltung wendeten die Teilnehmer die zuvor gelernten Techniken in einer Moderationssituation an.

Durch ihre aktive Mitarbeit und Offenheit gestalteten die Teilnehmer zusammen mit der engagierten Trainerin eine spannende Veranstaltung – drei Tage, an denen vieles erarbeitet, aber längst nicht alles erschöpfend behandelt werden konnte. Das nächste Training kommt bestimmt!

# Regionalentwicklung gestalten – wie funktioniert das?

Von Jan Swoboda

**Vom 22. bis 25. September 2008 veranstaltet die Deutsche Vernetzungsstelle die zweite Schulung zur „Umsetzung regionaler Entwicklungskonzepte in der Praxis“.**

**S**eit einigen Wochen tourt das Team der Deutschen Vernetzungsstelle (DVS) in wechselnder Besetzung und mundartlicher Anpassung – von „Moin!“ bis „Grüß Gott!“ – durch Deutschland. Der Grund dafür sind Startseminare für Leader, durchgeführt mit dem Ziel, die Anforderungen der ILE- und Leader-Akteure an das zukünftige Angebot der DVS zu klären. Ein viel genanntes Schlagwort ist hier Prozesskompetenz – für viele Akteure sehr wichtig, dabei inhaltsschwer und breit auszulegen. Da lässt sich leicht der Bogen zu unserer Veranstaltung schlagen, die wichtige Bausteine dafür liefert.

## Flexibilität weiterhin groß geschrieben

Die erste Veranstaltung im Februar wurde vor allem von Leader-Neueinsteigern aus den Regionen, von LAGs oder aus der Verwaltung genutzt. Die Module waren ausgeglichen besucht und so aufgebaut,

dass Belange der Teilnehmer gut aufgegriffen werden konnten. So wurde im „Netzwerkmodul“ intensiv auf LAG-Strukturen eingegangen; im Rahmen des Moduls zur Öffentlichkeitsarbeit verschiedene Kommunikationskonzepte diskutiert, und im „Moderationsmodul“ Auftaktveranstaltungen geplant.

Diese Ausrichtung werden wir beibehalten. Schließlich passiert gerade in der Startphase von Leader viel in den Regionen. Dabei ist mal ein Büro Ansprechpartner, mal eine Kreisverwaltung oder ein LAG-Vorsitzender, und erst nach und nach ein Manager. Einen Rahmen zu stecken, in dem ausreichend Bewegungsspielraum bleibt, ist deshalb wichtig. Im Februar ist uns das gelungen, die Teilnehmer waren zufrieden. Neben dem Programm war genügend Zeit für den informellen Austausch. So konnten ganz nebenbei in einer vertrauensvollen und kollegialen Atmosphäre auch Probleme offen angesprochen werden.



**Arbeitsgruppe zum begleitenden Projektmanagement**

Bild: Thomas Tschöke

Fortsetzung auf der nächsten Seite →

Fortsetzung von S.7

### **Bausteine: Projektbegleitung, Netzwerkaufbau, Öffentlichkeitsarbeit, Moderation**

Die Anschlussveranstaltung im September umfasst folgende Module:

- Begleitendes Projektmanagement mit dem Ziel, Projektträger professionell zu unterstützen und in regionsbezogene Zielsetzungen einbinden zu können.
- Kenntnisse über Aufgaben, interne Strukturen und Funktionsweise von Netzwerken sowie deren Aufbau und Gestaltungsmöglichkeiten durch das Management.

- Grundlagen der Öffentlichkeitsarbeit, zum Beispiel Arbeitstechniken und Methoden zur zielgruppenbezogenen Kommunikation.
- Selbstverständnis und Rollenklärung des Moderators im Umgang mit Akteuren sowie Moderationstechniken und Sitzungsvorbereitung.

Die Veranstaltung ist als 4-tägiger Workshop angelegt. Die vier Bausteine werden parallel zueinander in 2-tägigen Einheiten durchgeführt, so dass sich jeder Teilnehmer entsprechend seines persönlichen Hintergrunds für zwei Qualifizierungsangebote entscheiden kann.

Die Teilnehmerzahl für diese Veranstaltung ist auf 60 Personen begrenzt.



Bild: DVS

# Breites Veranstaltungsangebot der Vernetzungsstelle

**S**eit Januar dieses Jahres arbeitet die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume im neuen, erweiterten ELER-Rahmen. Neben den gewohnten Angeboten für Leader sind jetzt auch die meisten anderen Veranstaltungen für dieses Jahr auf den Weg gebracht. Das heißt, Inhalt und Zeitpunkt stehen bereits fest, die Veranstaltungsorte müssen in den meisten Fällen aber noch gesucht werden. ELER-Querschnittsthemen wie Diversifizierung, Natur- und Umweltschutz

sowie finanzielle Ressourcen stehen auf dem Programm – alles Themenfelder, die viel Gestaltungsspielraum bieten. Diesen Spielraum wollen wir nutzen. Deshalb haben wir unsere Angebote breit angelegt. Denn mit einer einzigen Veranstaltung sind die Themen nicht „erschlagen“. Vielmehr sollen die Veranstaltungen als Auftakt dienen, umfassend über das Thema informieren und gleichzeitig helfen, den weiteren Bedarf abzuschätzen.

Das gilt auch für die Leader- und ILE-Startseminare. Auf fünf Veranstaltungen können die Akteure ihre Wünsche und ihren Unterstützungsbedarf für die zukünftige Arbeit einbringen und so das Programm der Vernetzungsstelle mitgestalten. Was dabei herauskam und wie die Prioritäten für die nächste Zeit gesetzt wurden, erfahren Sie im nächsten Heft.

**Bereits auf der folgenden Seite erfahren Sie mehr über das Jahresprogramm und können sich so je nach Interesse schon den einen oder anderen Termin vormerken.**



**Bedarfsabfrage und Diskussionen auf einem DVS-Startworkshop**

alle Bilder: Meike Lücke

# Auf der Suche nach alternativen Finanzierungsinstrumenten

Von Isabell Friess

Viele Akteure aus der Regionalentwicklung, aber auch aus den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Natur- und Umweltschutz kennen das Problem: Eine gute Idee für ein Projekt oder eine Geschäftsidee ist das eine, doch wie soll man die Finanzierung stemmen? Denn zu dem geförderten Anteil, muss immer noch ein Kofinanzierungsanteil und/oder Eigenanteil aufgebracht werden. Nicht zu reden von der Anschubfinanzierung eines bewilligten

Projektes. Woher nehmen, wenn nicht stehlen?

Aus diesem Grund bietet die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume vom **9. bis 10. September 2008** eine Veranstaltung zum Thema „Möglichkeiten der Projektfinanzierung“ an. Vorgestellt und diskutiert werden sollen hier verschiedene Finanzierungsinstrumente wie kooperative Beteiligungsmodelle, bankgestützte

Lösungsansätze, Fondslösungen und deren Kombination. Nicht außer Acht bleiben soll auch die Frage, ob und wenn ja, wie sich die alternativen Instrumente mit der ELER-Förderung verbinden lassen.

*Die Veranstaltung ist für 70 Personen konzipiert. Neben dem Vortragsteil haben die Teilnehmer in Arbeitsgruppen die Möglichkeit, die vorgestellten Instrumente auf das eigene Arbeitsumfeld zu übertragen.*

# Agrarumweltmaßnahmen: wie geht es weiter?

Von Ursula Stratmann

Agrarumweltmaßnahmen stellen nicht nur die einzige Maßnahme dar, die die Bundesländer in ihren Programmen zur Entwicklung des ländlichen Raums verankern müssen, sie binden auch etwa ein Viertel aller finanziellen Mittel in der zweiten Säule der Agrarpolitik. Allein das ist Grund genug, ihnen besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Im Zuge der inzwischen deutlich veränderten Rahmenbedingungen – steigende Nahrungsmittel- und Energiepreise, veränderte Kontrollansprüche der EU usw. – geraten Agrarumweltmaßnahmen aber zunehmend

unter Druck, ihre Akzeptanz schwindet. Lassen sich vor diesem Hintergrund die mit ihnen ursprünglich verfolgten Ziele noch erreichen? Gleichzeitig muss den „neuen“ Herausforderungen, die im Rahmen des so genannten Health Checks der EU-Agrarpolitik festgestellt wurden, Biodiversität, Wassermanagement, Klimawandel und erneuerbare Energien, angemessen Rechnung getragen werden (s. S. 24). Inwieweit werden Agrarumweltmaßnahmen diesen Herausforderungen gerecht, welche zusätzlichen Maßnahmen sind notwendig?



All diese Fragen – und der Versuch, hierauf Antworten zu finden – stehen im Fokus einer Tagung, die die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume am **30. September bis 1. Oktober 2008** anbietet. Geplant ist ein breit angelegter Gedankenaustausch, der sowohl theoretisch-konzeptionelle Ansätze und politische Überlegungen als auch praktische Aspekte abdecken möchte. Damit soll eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Verbänden und interessierter Fachöffentlichkeit angesprochen und zum Mitdiskutieren angeregt werden.

# Kooperationsprojekte starten durch

Von Isabell Friess und Anke Wehmeyer

Ob gebietsübergreifend oder transnational – Kooperationsprojekte gewinnen im wachsenden Europa immer mehr an Bedeutung. Aus diesem Grunde veranstaltet die Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume, die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit und InWEnt im Rahmen der euregia eine gemeinsame Tagung am Vormittag des **28. Oktober 2008**. Unter dem Titel „Erfolgreich durch gemeinsame Projekte im ländlichen Raum – Chancen der europäischen Zusammenarbeit“ wird u. a. Funktion und

Mehrwert von Kooperationen sowie deren Erfolgsfaktoren diskutiert. Darüber hinaus werden besonders gelungene Projektbeispiele mit Partnern aus Bayern und Österreich zum Thema „Weißtanne“ als auch aus Südosteuropa vorgestellt.

Im Anschluss an die Tagung findet von 14 bis 17 Uhr die Kooperationsbörse „Biete Projekt, suche Projektpartner...“ statt. Hierbei steht das Kennenlernen von potenziellen Partnerregionen im Mittelpunkt.

Regionale Akteure aus Deutschland und anderen europäischen Ländern können ihre Ideen für Kooperationsprojekte vorstellen und Kontakte zu möglichen Projektpartnern knüpfen. Ein Moderatorenteam unterstützt die Akteure bei der Suche. Tagung und Kooperationsbörse finden auf Englisch statt, wobei die Tagungsinhalte simultan übersetzt werden und nachmittags Dolmetscher den Akteuren bei eventuellen Sprachbarrieren hilfreich zur Seite stehen.

Die Einladungen und Programme für die Veranstaltungen werden im Juli, bzw. August verschickt und unter [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine) abrufbar sein. Dann können sich die Teilnehmer entweder online oder per Fax bei der DVS anmelden.

**Mehr Informationen zu den Veranstaltungen:**

DVS Ländliche Räume, Dr. Jan Swoboda, Telefon: 02 28 / 99 68 45 39 56, E-Mail: [dvs@ble.de](mailto:dvs@ble.de)

**Ackerrandstreifen**

Bild: BLE, Bonn/Foto: Dominic Menzler

Bild: [www.wikipedia.de](http://www.wikipedia.de)



Bild: F. Kuhl



Bilder (bis auf anders gekennzeichnete): [www.pixello.de](http://www.pixello.de)

# ausforderung Klimawandel

## Klimawandel – die globale und regionale Herausforderung

Von Ursula Stratmann

Der Klimawandel ist Realität. Seine Dynamik hat selbst Wissenschaftler, die sich seit langem mit der Klimamodellierung befassen, überrascht. Aktuelle Beobachtungen zeigen einen erheblich schnelleren Anstieg der Durchschnittstemperaturen, als von den Modellen noch vor zehn Jahren vorhergesagt wurde. Das von der EU und vielen anderen Staaten anvisierte Ziel, die globale Durchschnittstemperatur um nicht mehr als 2°C gegenüber 1750 ansteigen zu lassen, erscheint – wie der 4. Sachstandsbericht des International Panel of Climate Change (IPCC) 2007 zeigt – nicht mehr sicher erreichbar.

Seit der ersten internationalen Klimaschutzkonferenz 1979 in Genf, auf der über den Zusammenhang von Klima-Anomalien und der Klimabeeinflussung durch den Menschen in weltweitem Maßstab debattiert wurde, hat sich die Klimadiskussion intensiviert. 1992 wurde die UN-Klimarahmenkonvention verabschiedet, fünf Jahre später das Kyoto-Protokoll, das allerdings erst mit der Ratifizierung durch Russland im Jahr 2005 in Kraft trat und bis 2012 rechtsgültig ist. Hier wurden für die Industriestaaten erstmals verbindliche Reduktionsziele für den Ausstoß der sechs wichtigsten Treibhausgase formuliert. Auf der letzten Vertragsstaatenkonferenz in Bali im Dezember 2007 wurde der weitere Fahrplan vereinbart: Gut 18 Monate verbleiben noch bis zur Klimakonferenz in Kopenhagen, auf der die Weltgemeinschaft ein neues Abkommen für die Zeit nach 2012 verabschieden will. Mit Blick auf dieses wichtige Ereignis hatten die europäischen Staats- und Regierungschefs im Frühjahr 2007 die Vorreiterrolle der Industriestaaten angemahnt und beschlossen, ihre Emissionen gegenüber 1990 bis zum Jahr 2020 um mindestens 20 Prozent zurückzufahren. In seinem soeben veröffentlichten Gutachten bezweifelt der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) allerdings, dass dies zum Erreichen des „2-Grad-Ziels“ ausreichen wird.

Bei allen Anstrengungen ist eines inzwischen aber klar: Auch drastische Klimaschutzmaßnahmen werden die Klimaerwärmung nicht aufhalten, sondern nur noch deren Ausmaß beeinflussen können. Insofern gilt es, den Klimawandel in *mehrfacher* Hinsicht als eine – wie die EU-Kommission Anfang 2007 in ihrer Mitteilung an den Europäischen Rat formulierte – der „größten ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen“ zu begreifen, der sich die Menschheit in den kommenden Jahren stellen muss: Denn mittlerweile geht es eben nicht mehr nur um Klimaschutzmaßnahmen, sondern mit Hochdruck beispielsweise auch darum, Innovationen im Hinblick auf veränderte Produktionsweisen und den Energiekonsum zu entwickeln. Und nicht zuletzt darum, sich auf die kommenden Veränderungen einzustellen und Entscheidungen zu treffen, die den Umgang mit den letztlich selbst geschaffenen Problemen erleichtern. Dass dabei „Vermeidung“ eine entscheidende Bedingung für erfolgreiche „Anpassung“ ist – daran hat zumindest der SRU in seinem Gutachten keinen Zweifel gelassen.

Während aber der Klimaschutz insbesondere auf der politischen Ebene globaler Lösungen bedarf, ist die Frage der *Anpassung* an die Folgen des Klimawandels vor allem eine regionale, zum Teil sogar lokale Angelegenheit: Neuere Untersuchungen zeigen, dass es gerade die regionalen Unterschiede sind, die die Auswirkungen der globalen Erwärmung in Deutschland ausmachen werden (s. S. 12/13): Neben den Küstengebieten, die dem steigenden Meeresspiegel und einem zunehmenden Sturmrisiko ausgesetzt sind, und der Alpenregion sind insbesondere Südwestdeutschland und viele Regionen in Nordostdeutschland betroffen. Darüber hinaus können die Auswirkungen der Klimaveränderung aber auch innerhalb weniger Kilometer stark variieren, wenn sich beispielsweise Topografie und Mikroklima erheblich unterscheiden.

Dies ist der Hintergrund für unser Fokusthema, dem wir uns mit ausgewählten Beiträgen aus den verschiedensten Blickrichtungen möglichst breit zu nähern versucht haben. Der Bogen spannt sich von der Darstellung der Situation, auf die sich Deutschland in den kommenden Jahren einzustellen hat, über querschnittsorientierte und sektorale Ansätze bis hin zu konkreten Projekten, die sich in unterschiedlicher Weise mit Anpassungsnotwendigkeiten und -maßnahmen befassen. Relevante Publikationen und Internetlinks, die Ihnen in Anbetracht der Flut an einschlägigen Informationen ein wenig den Überblick über das Thema erleichtern sollen, runden den Schwerpunkt ab.

Weiterführende Informationen finden sich auf unserer Internetseite [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/klima](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/klima).

# Klimawandel: Womit muss Deutschland rechnen?

Von Petra Mahrenholz

**Der Klimawandel wird sich in Zukunft beschleunigen. Dies bringt Risiken für viele Regionen und für die meisten Gesellschaftsbereiche mit sich. Durch geeignete Anpassungsmaßnahmen ist es aber möglich, die negativen Folgen der globalen Erwärmung deutlich zu verringern.**

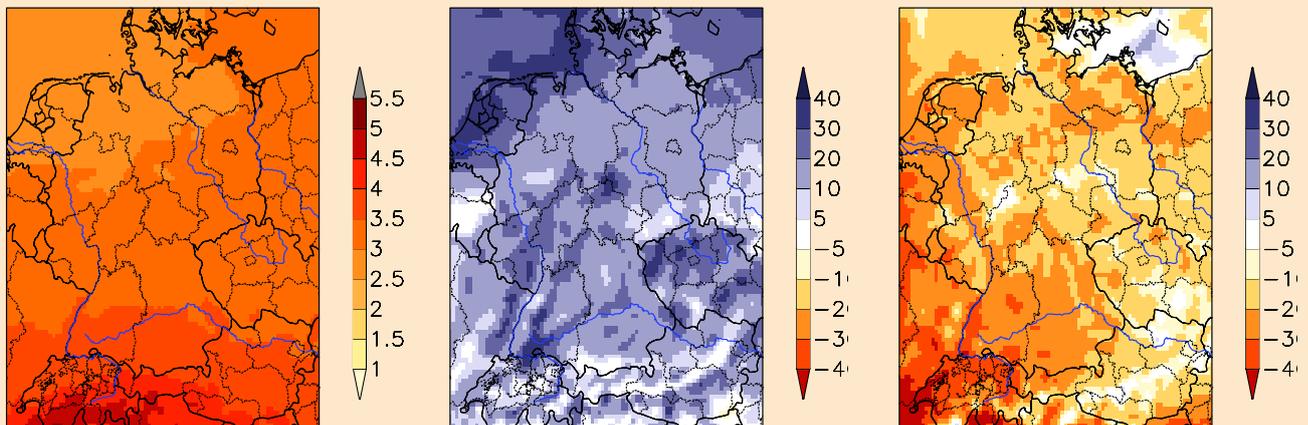
**D**er globale Klimawandel macht sich auch in Deutschland bemerkbar. Die Jahresmitteltemperatur ist in den vergangenen 100 Jahren um etwa 0,8°C gestiegen. Die Erwärmung beschleunigte sich zuletzt deutlich und hat sich nun mit 0,15°C je Dekade fast verdoppelt. Vor allem die Wintermonate wurden wärmer (DWD 15.04.2008)\*. Gleichzeitig nahmen besonders im Westen Deutschlands die winterlichen Niederschläge beträchtlich zu. Im Osten hingegen wurde es hauptsächlich im Sommer trockener. Extremereignisse wie Hitzeperioden und Starkniederschläge traten länger, häufiger oder intensiver auf (Schönwiese et al. 2005). Dieses Phänomen wird sich in Zukunft wahrscheinlich verstärken, wie Klimamodellrechnungen zeigen. Auch wenn derartige Modellrechnungen aufgrund der zu treffenden Annahmen immer mit Unsicherheit behaftet sind und nicht alle Prozesse des Klimasystems bekannt sind, lassen sich heute eindeutige Trends für wahrscheinliche Entwicklungen ablesen. Für Deutschland liegen Ergebnisse aus vier verschiedenen regionalen Klimamodellen vor.

## Was wird erwartet?

Regional könnten demnach die Jahresmitteltemperaturen bis 2100 (Vergleichszeitraum: 1961 - 1990) um 2,0 bis 4,0°C ansteigen. Diese Erwärmung wird insbesondere im Winter mit +3,5 bis +4,0°C spürbar. Dabei könnte die Erwärmung im Süden Deutschlands stärker als im Norden ausfallen.

Obwohl sich die Jahressumme der Niederschläge kaum ändern würde, könnte es eine – teilweise erhebliche – Niederschlagsverlagerung vom Sommer in den Winter geben. So wird erwartet, dass die Sommerniederschläge bis 2100 zum Vergleichszeitraum großflächig um bis zu 25 Prozent abnehmen, im Südwesten und Nordosten Deutschlands sogar um bis zu 40 Prozent. Für den Winter dagegen werden für große Teile Deutschlands Zunahmen zwischen 15 und 55 Prozent projiziert. Für Teile von Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Hessen zeigt ein Modell sogar winterliche Niederschlagszunahmen von bis zu 70 Prozent an (MPI, CEC, DWD 15.04.08). So weit zu den Zahlen. Doch was bedeuten sie konkret für einzelne Regionen und für die einzelnen gesellschaftlichen Bereiche? Hierzu gibt die Tabelle auf der rechten Seite einen komprimierten Überblick.

Bilder (bis auf anders gekennzeichnete): www.pixelio.de



Änderung der Jahresmitteltemperatur [°C] (links) sowie des Niederschlags [%] im Winter (Mitte) und Sommer (rechts) (MPI-M: REMO, AIB) für den Zeitraum 2071 - 2100 verglichen mit 1961 - 1990 (Spekat et al. 2007 und Jacob et al. 2008)

Es zeigt sich, dass die meisten Gesellschaftsbereiche sowie viele Regionen mäßig bis hoch empfindlich gegenüber Klimaänderungen sind. Wenn der derzeitige Trend anhält, ist davon auszugehen, dass

- regional Südwestdeutschland, zentrale Teile Ostdeutschlands, die Küstenregionen und die Alpen die höchste Anfälligkeit besitzen, dass
- sektoral Wasserressourcen, Gesundheit und Tourismus als besonders anfällig gelten, daneben aber auch Land- und Forstwirtschaft, Biodiversität und Naturschutz sowie Verkehr und Siedlungsentwicklung, und dass – hierauf bezogen – wiederum
- Feuchtgebiete (Wasserhaushalt und Biodiversität) und Ballungs-

räume (Gesundheit/Hitzebelastung und Infrastruktur/Verkehr) eine besondere Anfälligkeit aufweisen.

## Anpassung ist notwendig!

Da die Folgen des Klimawandels in absehbarer Zeit nicht mehr rückgängig zu machen sind, müssen zusätzlich zu den notwendigen Klimaschutzmaßnahmen baldmöglichst geeignete Anpassungsmaßnahmen ergriffen werden (Zebisch et al. 2005). Das heißt, es kommt jetzt verstärkt darauf an, regionale Auswirkungen des Klimawandels frühzeitig zu erkennen und durch aktive Anpassung Schäden zu vermeiden oder zumindest zu begrenzen. Allerdings ist die Auseinandersetzung mit Anpassungsstrategien verhält-

nismäßig neu und das entsprechende Wissen lückenhaft. Dies gilt insbesondere für Kenntnisse zu Kosten und Nutzen solcher Strategien.

### KomPass hilft lokalen Akteuren

Nicht zuletzt aufgrund der regional sehr ungleich ausgeprägten Auswirkungen des Klimawandels werden solche Maßnahmen im Wesentlichen durch lokale oder regionale Akteure entschieden und veranlasst. Fachliche Unterstützung bietet ihnen dabei das Kompetenzzentrum Klimafolgen und Anpassung – KomPass – des Umweltbundesamtes, das im Oktober 2006 im Zuge der Erarbeitung der „Deutschen Strategie zur Anpassung an den Klimawandel“ – DAS (s. S. 14 - 15) durch das Bundesumweltministerium eingerichtet wurde. KomPass soll das Fachwissen zu Klimafolgen

und Anpassung vernetzen und an Entscheidungsträger sowie die Öffentlichkeit vermitteln. Gleichzeitig will es dazu beitragen, die Risikowahrnehmung der Entscheidungsträger in Unternehmen und Verwaltung zu schärfen.

#### Mehr Informationen:

Petra Mahrenholz  
 Umweltbundesamt  
 Klimaschutz  
 Telefon: 03 40 / 21 03-20 84  
 E-Mail: [petra.mahrenholz@uba.de](mailto:petra.mahrenholz@uba.de)  
[www.anpassung.net](http://www.anpassung.net)

\* Eine vollständige Literaturliste findet sich unter [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/klima](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/klima)

### Mögliche Auswirkungen der Klimaänderungen auf verschiedene Sektoren

Sektor	Beispiele für mögliche Wirkungen des Klimawandels
<b>Gesundheit</b>	Beeinträchtigungen aufgrund von Hitzewellen, Stürmen, Überschwemmungen, Lawinen oder Erdbeben, Änderung der Verbreitungsgebiete vektorübertragener Krankheiten (z. B. Frühsommer-Meningitis (FSME) und Borreliose), Herz-Kreislauf-Probleme aufgrund verstärkter Hitzebelastung, Beeinträchtigung der Trinkwasserqualität und -quantität, verändertes Auftreten von Luftallergenen (z. B. Pollen), verstärkte Bildung bodennahen Ozons
<b>Bauwesen/ Städtebau</b>	Hitzebelastungen und schlechteres Innenraumklima, Beeinträchtigung der Infrastruktur (z. B. der Kanalisation) durch höhere Starkniederschläge, Korrosion metallischer und zementgebundener Kanalbauteile aufgrund von Faulprozessen in der Mischwasserkanalisation während Trockenphasen, Schäden an der Bausubstanz durch aufsteigendes Grundwasser
<b>Wasserhaushalt, Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz</b>	Verschiebung von Abflussspitzen in den Winter mit steigender Hochwasserwahrscheinlichkeit im Winter und Frühjahr; häufigeres Niedrigwasser im Sommer mit der Gefahr von Nutzungskonflikten, veränderte Grundwasserspiegel und -dargebote, Qualitätsprobleme für Trinkwasserressourcen aufgrund vermehrter Starkniederschläge durch zu gering bemessene Regenwasserableitung in den Städten
<b>Küstenschutz</b>	Erhöhung der Erosionsbeiträge durch Anstieg des Meeresspiegels und veränderte Sturmregime, Gefahr starker Schäden bei Versagen der Schutzanlagen
<b>Naturschutz und Biodiversität</b>	Veränderungen von Jahresrhythmus, Verbreitung und Reproduktionserfolg von Arten, veränderte Zusammensetzung und Struktur von Lebensgemeinschaften, Gefährdung der Artenvielfalt – besonders in Feuchtgebieten und Gebirgs- sowie Küstenregionen
<b>Landwirtschaft</b>	Ertragssteigerungen bei wärmeliebenden Kulturen in eher kühlen/feuchten Gebieten sowie Ertragsabnahmen in trockenstress-limitierten Gebieten, abnehmende Ertragssicherheit wegen erhöhter Klimavariabilität, mögliche negative Beeinflussung der Nähr- und Inhaltsstoffkonzentration des Erntegutes durch den ertragssteigernd wirkenden CO <sub>2</sub> -Düngeeffekt, Verstärkung der Schädlingsproblematik, verringerte Produktivität aufgrund von Hitzestress – auch in der Tierproduktion, Auftreten neuer Krankheiten (wie Blauzungenkrankheit)
<b>Forstwirtschaft</b>	Steigerung der Holzproduktion infolge des CO <sub>2</sub> -Düngeeffekts und längerer Vegetationsperioden, erhöhte Anfälligkeit nicht standortgerechter Wälder durch Sturm, Hitze- und Trockenstress sowie erhöhte Waldbrandgefahr, zunehmender Druck durch Schädlinge, veränderte Anbaueignung von Arten
<b>Bodenschutz</b>	Verstärkung der Bodenerosion, Erhöhung der Stoffeinträge in Gewässer; verringerte Abbauleistung und Filterfunktion für Schadstoffe in Trockenzeiten, Mobilisierung von Schadstoffen und Eintrag in Gewässer bei Starkniederschlägen steigende Staunässeanfälligkeit, Überflutung oder Trockenstress, veränderte Austragsverhältnisse von Nähr- und Schadstoffen in das Grundwasser und Oberflächengewässer
<b>Energiewirtschaft</b>	Beeinträchtigung der Kraftwerkskühlung durch fehlendes oder zu warmes Wasser; Betriebseinschränkungen von Wasserkraftwerken durch Hoch- oder Niedrigwasser; verringerter Wirkungsgrad der Elektrizitätserzeugung durch höhere Lufttemperatur; Versorgungsengpässe bei Rohstoffen durch Verkehrsbeeinträchtigungen, veränderte Nachfragemuster nach Elektrizität (Kühlung), Zunahme der Sturmschäden an Windkraftanlagen
<b>Finanz- und Versicherungswirtschaft</b>	langfristige Wirkungen auf die Sicherheit bestehender Investitionen, veränderte Risiken in der Versicherungsbranche (Extremereignisse)
<b>Katastrophen- und Bevölkerungsschutz</b>	zunehmende Gefährdungen „kritischer Infrastrukturen“ wie Energie- und Trinkwasserversorgung, von Hauptverkehrsadern und des Gesundheitswesens sowie deren technischer Versorgungssysteme, Krisen- und Notfallmanagement, veränderter Selbstschutz und Selbsthilfemaßnahmen
<b>Verkehr / Infrastruktur</b>	Beeinträchtigung des Straßenverkehrs durch Schneefall, Eis, Nebel, Hagel oder Stürme sowie der Binnenschifffahrt durch häufigere Hoch- und Niedrigwässer; Destabilisierung von Trassenabschnitten durch Hangrutsche und Unterspülungen, Zerstörung der Infrastruktur durch Extremereignisse (Hitze, Wald- und Grasbrände), erhöhte Unfallzahlen durch zunehmenden Hitzestress
<b>Tourismus</b>	Abnahme der Schneesicherheit in Gebirgen und verschlechterte Beschneigungsmöglichkeiten in tieferen Lagen, verbesserte wirtschaftliche Erfolgsaussichten für die Ziele an Küsten; vermehrtes Auftreten von Quallen und toxischen Algen an Küsten
<b>Raum- und Siedlungsentwicklung</b>	Einschränkung der Nutzbarkeit natürlicher Ressourcen durch Überschwemmungen, Sturzfluten, Berg- und Erdbeben, Sturmfluten, tidebeeinflusste Hochwasser; Waldbrände, Gefährdung von Baugebieten und baulichen Anlagen durch zunehmende Hochwasserereignisse, Verstärkung des Wärmeinseleffekts in Innenstädten, Verschärfung von Nutzungskonflikten (Schutz wertvoller Flächen vs. unterschiedliche Nutzungsansprüche)

# Robuste Raumstrukturen ermöglichen Anpassung

Von Fabian Dosch und Lars Porsche

Alle Politikbereiche sind derzeit gefordert, Strategien zur Anpassung an den Klimawandel zu erarbeiten. Die Raumentwicklung trägt sektorübergreifend dazu bei, Vulnerabilitäten zu mindern und an den Klimawandel angepasste Raumstrukturen zu etablieren.

## Beitrag der Raumentwicklung zur sektoralen Anpassung an Klimawandel und Vulnerabilitäten

Sektor	mögliche Auswirkungen des Klimawandels durch ...	hohe regionale Vulnerabilität	Anpassungsoptionen durch ...	potenzieller Beitrag bzw. Förderung durch Stadt- und Raumentwicklung
<b>Gesundheit</b>	Extremereignisse Hitzestress Krankheitszunahme	Flussauen Metropolen Baggerseen, Auen	Aufklärung Monitoring Frühwarnsysteme	Wassermanagement Grünvernetzung Bewusstseinsbildung
<b>Bauwesen/ Städtebau</b>	Hitzestau Innenraumklima Extremwitterungen	urbane Gebiete Oberrhein Lausitz	Arkaden/Luftaustausch Raumklimaregulation Städtebauoptimierung	Hitzewellenplan Gebäudeventilation Rückhaltebecken
<b>Wasserhaushalt, Wasserwirtschaft und Hochwasserschutz</b>	Hochwasser Sommerniedrigwasser Grundwasserabsenkung Versorgungsunsicherheit	Flussauen Flussanrainer Grundwasserleiter semiaride Gebiete	Retentionsräume Wassersparen Infiltrieren Speichern	Flussraummanagement Siedlungswasserwirtschaft und angepasste Landnutzung
<b>Küstenschutz</b>	Meeresspiegelanstieg Küstenabbruch Binnenhochwasser	Wattenmeer Depressionen Innendeiche	Deichüberlaufsicherung Innendeichabdichtung Rückdeichung	IKZM (Integriertes Küstenzonenmanagement) Konfliktmanagement Retentionsräume
<b>Naturschutz und Biodiversität</b>	Artenabnahme Artenspektrum Landschaftsbild	Feuchtgebiete Gebirge periphere Gebiete	Lebensraumschutz Sukzession Landmanagement	Flächenmanagement Landschaftsplanung Multifunktionalität
<b>Landwirtschaft</b>	Ertragsunsicherheit Vegetationsperiode Trockenstress Schadorganismen	rurale Gebiete semiaride Gebiete Börden Lausitz	Klimatoleranz Ertragsoptimierung Trockenresistenz Biopflanzenschutz	Bodenbewirtschaftung Vorranggebiete Wassermanagement Regionale Entwicklungskonzepte
<b>Forstwirtschaft</b>	Waldbrandgefahr Trockenstress	semiaride Gebiete Hanglagen	Anbauartenwahl Trockenresistenz	Waldumbau Forstmanagement
<b>Bodenschutz</b>	Wind-/Wassererosion Humusverluste Pufferleistung	semiaride Gebiete Hanglagen leichte Böden	Erosionsschutz Humusmanagement Bodenbewirtschaftung	Minderung von Bodenversiegelung und -verdichtung
<b>Energiewirtschaft</b>	Kühlwassererwärmung Energietransport Energieversorgung	Kraftwerke Leitungsnetze	Kühlalternativen Resilienzerhöhung Netzverbünde	Regionalverbünde Ressourcenmanagement Virtuelle Kraftwerke
<b>Finanz- und Versicherungswirtschaft</b>	Kritische Infrastrukturen Schadenserhöhung Investitionsrisiken	Auen Hanglagen Küsten Kuppen	Kreditvergabe Risikoprämien Rückversicherung	„Climate Proofing“ Risikovermeidung ggf. Public Private Partnerships
<b>Katastrophen- und Bevölkerungsschutz</b>	Hitzewellen Extremwitterungen Versorgungssysteme	alle Regionen Metropolen Risikogebiete	Risikoeinsatzpläne Krisenmanagement Resilienzsteigerung	Hitzewellenplan Strukturanpassung Mitplanen
<b>Verkehr / Infrastruktur</b>	Trassenzerstörung Infrastrukturverfall Hitzestressunfälle	alle Regionen Flussauen Hangbereiche Hitzeregionen	Rückbau Technikverbesserung Klimaanlagen	Freiraumschutz Planungsflexibilisierung postfossile Mobilität
<b>Tourismus</b>	Erwärmung Schneesicherheit Extremereignisse	Nord-/Ostsee Mittelgebirge Alpen	Angebotserweiterung Beschneigung Naturrisikominderung	Infrastrukturanpassung Restriktionen Angebotsverbreiterung
<b>Raum- und Siedlungsentwicklung</b>	urbane Wärmeinseln Naturrisiken, Nutzungskonflikte, Außenzuwanderung/ Klimafüchtlinge	Stadtregion Hanglagen Auen Citylagen	Luftzirkulation Restriktionen Schutzgebiete Wohnraumangebote	Regioklimaplanung Ausschlussgebiete Innenentwicklung Flächenmobilisierung

Quelle: verändert nach Mahrenholz 2007 in BBR Online Publikation 11/2008, S.8 und BMU 2008 ([www.wasklim.de/download/Hintergrundpapier\\_BMU.pdf](http://www.wasklim.de/download/Hintergrundpapier_BMU.pdf))

Die Folgen des Klimawandels werden viele Raumnutzungen und -strukturen regional in unterschiedlicher Intensität sowie unterschiedlichen Zeitskalen treffen (s. S. 12 - 13). Niemand weiß genau, wann wer warum wo und wie betroffen sein wird (Jungermann 2008, [www.wasklim.de/BMU-Konferenz.htm](http://www.wasklim.de/BMU-Konferenz.htm)). Und doch ist das Risiko des Nichthandelns vermutlich größer als der konstruktive Umgang mit Unsicherheit. Überdies lassen sich räumliche Schwerpunkte schon jetzt feststellen (vgl. Tab., Spalte 3). Deshalb müssen jetzt auch die Weichen für die zukünftige Entwicklung im Bereich der Anpassung gestellt werden.

## Anpassungsoptionen der Stadt- und Raumentwicklung

„Anpassung“ steht im Wesentlichen für das nachhaltige Management der Klimafolgen für Mensch und Umwelt, etwa durch die Schaffung von Retentionsräumen im Rahmen des Hochwasserschutzes. Allerdings ist dies nicht allein eine Aufgabe der einzelnen Fachpolitiken. Gerade auch die Raumentwicklung ist mit integrativen Strategien und spezifischen Beiträgen zu Klimaschutz und –anpassung gefordert (vgl. Tabelle, Spalte 5) – sei es durch CO<sub>2</sub>-mindernde Raumstrukturen, in der Daseinsvorsorge, in der Ermittlung regionaler Vulnerabilitäten, bei planerischen Festlegungen, in der Freiraumsicherung, bei so genannten Risk-Governance-Prozessen oder durch die Durchführung von Klimaverträglichkeits-Betrachtungen.

Aufgabe der Raumentwicklung ist es aber vor allem, die vorhandene Infrastruktur zu sichern und die zukünftige robust zu planen. Dies fördert so genannte resiliente Raumstrukturen (s. Infokasten). Ein resilientes System ist wenig anfällig in Bezug auf die klimatische Variabilität und hat die Kapazität, sich anzupassen. Mit anderen Worten: je höher die Resilienz, desto geringer die Schadenswahrscheinlichkeit und desto schneller die Regeneration. Ein sektorales Beispiel sind neue, nach dem Hochwasser 1993 (Scheitel 10,63m) am Rhein geschaffene Hochwasserrückhalteräume und verstärkte Deiche, die beim nächsten, höheren Hochwasser 1995 in Köln (10,69m) die Schäden um ca. 50 Prozent minderten; ein weiteres Beispiel ist der Hochwasserschutz mit Klimaänderungsfaktor, z.B. in Projekträumen an der fränkischen Saale oder im Berchtesgadener Land. Wie viel Resilienz die Gesellschaft für erforderlich hält, ist letztlich die zentrale Frage im Aushandlungsprozess der einzelnen Nutzungsansprüche. Die Raumplanung nimmt bei dem sektorenübergreifenden Dialog und den Abstimmungsprozessen eine Schlüsselrolle zur Entwicklung angepasster, robuster Raumstrukturen ein.

## Modellvorhaben auf dem Weg

Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung und das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung haben unter dem Titel „Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel“ im Herbst 2007 einen Dialogprozess initiiert und diesen in einer Tagungsbroschüre dokumentiert. In Vorbereitung sind Modellvorhaben für Raumentwicklungsstrategien zum Klimawandel. Daneben werden im Rahmen der nationalen Stadtentwicklungspolitik und des experimentellen Wohnungs- und Städtebaus Lösungsansätze erarbeitet, bei denen energieeffiziente Raumstrukturen und eine nachhaltige Energieversorgung im Mittelpunkt stehen. Die ländlichen Räume spielen hierbei eine wichtige Rolle: denn während beispielsweise der urbane Raum vornehmlich als Energiekonsument auftritt, übernehmen ländliche Räume durch die Bereitstellung erneuerbarer Energien schon heute eine Schlüsselrolle als Produzent.

Schließlich werden transnationale Projektinitiativen, etwa im vom Klimawandel besonders betroffenen Alpenraum (s. S. 26 - 27), unterstützt.

### ... aus dem Klima-Lexikon

#### Vulnerabilität (engl. vulnerability – Verwundbarkeit, Anfälligkeit)

In Bezug auf Umweltrisiken und im Speziellen auf solche, die durch den Klimawandel hervorgerufen werden, meint Vulnerabilität das Maß der Verwundbarkeit einer Gesellschaft gegenüber einer Naturgefahr.

#### Resilienz (engl.: resilient – belastbar, elastisch)

Der Begriff stammt ursprünglich aus der Ökologie und meint die Robustheit bzw. die Widerstandsfähigkeit (ursprünglich von Ökosystemen) gegenüber Naturgefahren. Mit der Zeit hat sich der Begriff auch in den Sozialwissenschaften etabliert, so dass er heute auch die Robustheit von Gesellschaften und Mensch-Umwelt-Systemen gegenüber (klimawandelbedingten) Naturgefahren beschreibt.

### DAS – Gemeinsame Strategie von Bund und Ländern

Die Beiträge der räumlichen Fachpolitiken zur Entwicklung von Strategien zur Anpassung an den Klimawandel sollen in die Konzeption einer ressortübergreifenden „Deutschen Strategie zur Anpassung an den Klimawandel“ (DAS) münden. Unter Federführung des Bundesumweltministeriums werden Bund und Länder diese Strategie bis Ende 2008 erarbeiten. Ihr Ziel ist es, einen bundesweiten Handlungsrahmen zu schaffen, um den Risiken des Klimawandels für die Bevölkerung, für Unternehmen und Kommunen vorzubeugen. Neben volkswirtschaftlichen und individuellen Schäden sind hierbei auch die Auswirkungen auf die natürlichen Lebensräume zu berücksichtigen.

#### Mehr Informationen:

Dr. Fabian Dosch  
Lars Porsche  
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung  
Telefon: 02 28 / 401-23 07 bzw. -23 51  
E-Mail:  
[Fabian.Dosch@bbr.bund.de](mailto:Fabian.Dosch@bbr.bund.de)  
[Lars.Porsche@bbr.bund.de](mailto:Lars.Porsche@bbr.bund.de)

#### Dokumentation der Fachtagung am 30. Oktober 2007 im Umweltforum Berlin



Download unter: [www.bbr.bund.de](http://www.bbr.bund.de) > Forschungsprogramme > MORO > Initiativen  
Bild: bbr

# Energie aus Biomasse – auch fürs Klima gut?

Von Alois Heißenhuber

In seinem zu Jahresbeginn veröffentlichten Gutachten „Nutzung von Biomasse zur Energiegewinnung – Empfehlungen an die Politik“ betrachtet der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik beim BMELV auch den klimapolitischen Beitrag verschiedener Formen der Energie aus Biomasse. Das Urteil fällt durchaus differenziert aus.

Die Nutzung von Biomasse zur Energiegewinnung verfolgt mehrere Ziele. An erster Stelle ist der Klimaschutz zu nennen. Weiterhin werden ein Beitrag zur Verbesserung der Versorgungssicherheit und ein beschäftigungsfördernder Effekt speziell im ländlichen Raum angestrebt.

## Von der Realität eingeholt

Um den möglichen Beitrag der Bioenergie zum Erreichen dieser Ziele zu ermitteln, wurden bereits vor einigen Jahren umfangreiche Potenzialabschätzungen durchgeführt. Dabei stellte man der zur Ernährung der einheimischen Bevölkerung erforderlichen Produktionsfläche die landwirtschaftliche Nutzfläche gegenüber, die insgesamt zur Verfügung steht. Auf dieser Basis ergab sich, dass in Deutschland im Jahr 2000 ein Potenzial von 1,5 Millionen Hektar, ansteigend auf 3 Millionen Hektar im Jahr 2030, für die Produktion von Biomasse zur Verfügung steht.

In der Zwischenzeit haben sich die Preisverhältnisse auf den Agrarmärkten dramatisch verändert. Dies hat auch gravierende Auswirkungen auf den möglichen Beitrag der Biomasse für die eingangs genannten Ziele. So ist beispielsweise Bioethanol aus heimischer Produktion zurzeit sehr eingeschränkt wettbewerbsfähig. Die gesetzlich vorgeschriebenen Beimischungsverpflichtungen ändern an dieser Situation nichts, da die Mineralölunternehmen sich auf dem Markt mit kostengünstigeren Partien aus dem Ausland versorgen können. Durch die gestiegenen Agrarpreise sind auch Biogasanlagen trotz einer relativ hohen Einspeisevergütung für elektrischen Strom in eine wirtschaftlich schwierige Situation gekommen.

## Empfehlungen

Insgesamt sind aufgrund der geschilderten Zusammenhänge und weitergehender Überlegungen folgende Empfehlungen für die Politik abzuleiten:

- Gemessen am gesamten Energieverbrauch bzw. an den gesamten Treibhausgasemissionen kann die verfügbare Bioenergie nur einen begrenzten Beitrag leisten. Daher muss die für den Energiebereich eingesetzte Biomasse möglichst effizient genutzt werden. Als wichtiger Indikator dienen die CO<sub>2</sub>-Minderungskosten. Letztlich geht es darum, die kostengünstigsten Möglichkeiten zu nutzen.
- Bei Biogasanlagen ist auf eine möglichst umfassende Nutzung von Strom und Wärme zu achten. Eine hohe Effizienz ist auch mit der direkten Gasnutzung (Einspeisung in das Gasnetz) zu erreichen. Anzustreben ist die vermehrte Nutzung von biogenen Reststoffen, z.B. durch eine deutliche Anhebung des Güllebonus. Um den Konkurrenzdruck zur Nahrungsmittelerzeugung zu verringern, sollte der Anreiz für Neuanlagen deutlich reduziert werden,
- Für Biosprit sollten die Beimischungsziele schrittweise wieder rückgängig gemacht werden. Durch die hohen Preise agrarischer Rohstoffe ist es schwieriger geworden, inländischen Bio-

sprit zu erzeugen, andererseits ergeben sich relativ hohe CO<sub>2</sub>-Minderungskosten. Bei importiertem Biosprit sind Zertifikate für eine nachhaltige Erzeugung ein erster Schritt; dadurch kann aber nicht vermieden werden, dass an anderer Stelle klimaschädigende Abholzaktionen durchgeführt werden.

- Der weltweit stark ansteigende Energiebedarf erfordert globale Strategien, um diejenigen Energieformen zu nutzen, welche mit geringen CO<sub>2</sub>-Emissionen verbunden sind. Dabei wird die Sonnenenergie (vor allem auch die Solarthermie) künftig eine viel wichtigere Rolle spielen müssen.

Generell müssen Alternativen zu den fossilen Energieträgern gefunden werden. Deshalb ist die Nutzung regenerativer Energien in ihrer gesamten Bandbreite voranzubringen. Darüber hinaus ist ein effizienterer bzw. sparsamerer Umgang mit der Energie wichtig. Auch sollte der Konflikt zwischen Nahrung und Energie, der sich durch die deutlich gestiegenen Preise für wichtige agrarische Rohstoffe verschärft hat, beachtet werden. Die Auswirkungen dieses Konflikts sind in den ärmeren Ländern wesentlich größer als in den reicheren Ländern.

### Mehr Informationen:

Prof. Dr. Dr. h. c. Alois Heißenhuber  
TU München  
Wissenschaftszentrum Weihenstephan  
Lehrstuhl für Wirtschaftslehre des Landbaues  
Telefon: 0 81 61 / 71 34 09  
E-Mail: heissenhuber@wzw.tum.de

Prof. Heißenhuber ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für Agrarpolitik beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.



Bild: www.pixelio.de

Das Gutachten zur „Nutzung von Biomasse zur Energiegewinnung“ des Beirats für Agrarpolitik kann unter [www.bmelv.de](http://www.bmelv.de) > *Wir über uns* > *Beiräte* > *Der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik* > *Veröffentlichungen* heruntergeladen werden.

# Die Neuerfindung der Landschaft

Von Hermann Lotze-Campen

**Die Landschaften der Erde verändern sich: Unter dem Druck von Klimawandel und expandierender Landnutzung gestaltet der Mensch seine Umgebung neu. Stärker als je zuvor müssen wir uns die Frage stellen: In welcher Landschaft können und wollen wir in Zukunft leben?**

Computersimulationen des Klimawandels zeigen, dass die Biosphäre der Erde sich in diesem Jahrhundert grundlegend verändern wird. Es kommt zu einer großräumigen Umstrukturierung vieler Ökosysteme mit ihren zahlreichen Arten. Bei einem Temperaturanstieg von mehreren Grad Celsius ist ein Zusammenbruch des südamerikanischen Regenwaldes aufgrund veränderter Niederschläge nicht ausgeschlossen. Auch die ausgedehnten Wälder des Nordens können sich möglicherweise nicht überall anpassen. In kontinentalen Lagen werden sie möglicherweise durch Steppen ersetzt, während sich andernorts der Wald nach Norden ausbreitet. In Afrika verholzen manche Savannen oder fallen zunehmender Trockenheit zum Opfer.

## Landnutzung wird intensiver

Eine Intensivierung der Landnutzung ist vor allem aus zwei Gründen zu erwarten: Für eine steigende Weltbevölkerung muss die Nahrungsmittelproduktion erhöht werden. Außerdem soll die Produktion von Biomasse als Energieträger einen wichtigen Beitrag zum Erreichen ambitionierter Klimaschutzziele leisten. Das Bioenergie-Potenzial wird im Jahr 2050 auf weltweit 75 bis 150 Exa-Joule pro Jahr geschätzt, was einem Anteil von rund 15 Prozent am Primärenergie-Verbrauch entspräche. Die Konsequenzen für Bodenqualität, Wasserverbrauch und Artenvielfalt wurden bislang nur unzureichend abgeschätzt.

## Zeit der Überschüsse ist vorbei

Bis vor wenigen Jahren sorgten in Europa ein stetiger landwirtschaftlicher Produktivitätszuwachs und eine stagnierende Nachfrage nach Nahrungsmitteln für einen Rückgang der benötigten Flächen. Diese Tendenz könnte sich allerdings umkehren, wenn neben der aktuellen Nachfragesteigerung auf den globalen Agrarmärkten auch die Nachfrage nach Bioenergie weiterhin stark ansteigt, sei es durch bereits eingeführte direkte Subventionen oder durch hohe CO<sub>2</sub>-Preise im Rahmen eines funktionierenden Emissionshandels. Der Klimawandel wird außerdem die Anbauzonen verschieben und die Zusammensetzung der Fruchtfolgen verändern. So wie der Mais in den vergangenen Jahrzehnten von

Südeuropa aus langsam bis nach Schweden vorgerückt ist, könnten in Zukunft weitere Kulturarten wie die Sojabohne folgen.

## Interessenkonflikt

Für die europäischen Landwirte wären dies überwiegend positive Entwicklungen. Steigende Agrarpreise würden den leidigen Druck auf die Politik verringern, landwirtschaftliche Einkommen durch staatliche Unterstützung zu sichern. Auch gesamtwirtschaftlich wäre dies eine wünschenswerte Entwicklung, allerdings unter der Bedingung, dass die Biomasse im Rahmen des Emissionshandels direkt mit anderen Energieträgern um den Beitrag zur Emissionsminderung konkurrieren könnte. Dann würden sich vor allem jene Bioenergiepflanzen mit dem höchsten Netto-Energieertrag langfristig auf dem Markt durchsetzen.

Andere gesellschaftliche Zielstellungen, beispielsweise der Naturschutz oder der Erhalt einer multifunktionalen Kulturlandschaft, könnten allerdings zu kurz kommen. Wenn die Bioenergie einen substanziellen Beitrag zur Energieversorgung leisten soll, werden Mais und Ölsaaten (vor allem Raps), aber auch spezielle Energiepflanzen wie Pappeln oder Weiden („Energiewald“) zunehmend das Landschaftsbild prägen und möglicherweise eintöniger machen. Die Gesellschaft muss sich dieser Nutzungskonflikte bewusst werden und die verschiedenen Zielsetzungen und Maßnahmen zu Fragen der Landschaftsgestaltung gegeneinander abwägen. Dies gilt im regionalen und nationalen Maßstab ebenso wie für die Rahmenbedingungen einer globalisierten und im Klimawandel stehenden Weltgesellschaft.

## Mehr Informationen:

Dr. Hermann Lotze-Campen  
Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK)  
Telefon: 03 31 / 288-26 99  
E-Mail: lotze-campen@pik-potsdam.de  
www.pik-potsdam.de

# Sechs Positionen zum Klimawandel

**Hitzeschäden, vermehrte Krankheiten, Ertragsseinbußen: Land- und Forstwirtschaft bekommen die Folgen des Klimawandels bereits heute deutlich zu spüren. Auch die Kommunen sehen sich – etwa durch zunehmende Hochwasserschäden – direkt mit den Auswirkungen der globalen Erwärmung konfrontiert. Wir haben sechs Experten aus diesen drei Bereichen gefragt, welches für sie die größten Herausforderungen der globalen Klimaveränderung sind und wo sie Handlungsmöglichkeiten und Anpassungspotenzial sehen.**

**„Für die Landwirtschaft wird vor allem die zunehmende Klimavariabilität problematisch“**

**Hans-Joachim Weigel, (Institutsleiter),  
Johann Heinrich von Thünen-Institut**

**Herr Weigel, was sind die schwerwiegendsten Auswirkungen des Klimawandels auf die Landwirtschaft? Und welche Konsequenzen hat dies für Pflanzenbau und Tierhaltung?**

Für den Pflanzenbau und die Tierhaltung im mitteleuropäischen Raum stellen die sich allmählich ändernden Klimaparameter wie steigende mittlere Temperaturen, die zunehmende CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Umgebungsluft und die Tendenz zu leichter Abnahme der Sommerniederschläge kein schwerwiegendes Problem dar. Teilweise wirken sich steigende mittlere Temperaturen und zunehmende CO<sub>2</sub>-Gehalte sogar positiv auf die Ertragsleistungen aus. Problematischer sind die vorausgesagte Zunahme der Klimavariabilität – sowohl zwischen verschiedenen Jahren als auch innerhalb eines Jahres – und die Tendenz zur Zunahme von Extremereignissen. Längere Phasen ohne Niederschläge in der Vegetationsperiode verbunden mit extrem warmen Temperaturen schädigen alle Kulturpflanzen nachhaltig und führen zu Ertragsverlusten im Ackerbau und im Grünlandbereich. Darüber hinaus haben Extremtemperaturen auch negative Auswirkungen auf die Tiergesundheit und die Leistungen von Nutztieren, insbesondere in der Freilandtierhaltung, aber auch in der Stallhaltung, sofern hier nicht mit zusätzlichem Aufwand gekühlt wird. Entscheidender Wachstumsfaktor für Pflanzen ist eine ausreichende Wasserversorgung. Die Vorhersagen über die regionale und lokale Entwicklung der Niederschläge sind jedoch sehr unscharf, so dass kleinräumig mit großen Unterschieden in der Wirkung der Klimaveränderungen zu rechnen ist.



Foto: M. Welling / vTI

**Welche Möglichkeiten gibt es, hierauf zu reagieren? Und welche Anpassungsstrategien halten Sie für sinnvoll?**

Die Landwirtschaft hat zahlreiche Möglichkeiten zur Anpassung an sich ändernde Klimabedingungen. Diese Anpassung kann autonom sein, indem der Landwirt beziehungsweise der Betrieb fortlaufend auf die sich ändernden Temperaturen oder Niederschlagsverhältnisse reagiert. Sie umfasst aber vor allem auch Strategien oder Maßnahmen von Seiten der Wissenschaft und Politik, um Kapazitäten des Agrarsektors gezielt zu beeinflussen. Dazu zählen unter anderem längerfristig wirksame strukturelle Maßnahmen, etwa durch Züchtung neuer Sorten oder die Entwicklung neuer Landnutzungs- und Bewässerungstechniken.

Die Pflanzenzüchtung gehört zu den wichtigsten Präventionsmaßnahmen, um negativen Auswirkungen des Klimawandels zu begegnen oder positive Wirkungen zu optimieren. Klimaänderungen wirken zum einen direkt auf die Pflanzen, zum Beispiel in Form steigender Temperaturen und zunehmender Trockenheit, zum anderen indirekt durch ihren Einfluss auf so genannte biotische Stressfaktoren, zu denen Schädlinge oder die Verschiebung von Pathogensituationen zählen. Ziel der Züchtung muss es sein, stresstolerantere und resistenere Sorten zu entwickeln und anzubieten.

In der pflanzenbaulichen Landnutzung müssen standortangepasste, multifunktionale Systeme weiterentwickelt werden, beispielsweise über vielfältigere Fruchtfolgen mit neuen Fruchtarten, über andere Sorten und über veränderte Anbauverfahren zur Bodenschonung und Wassereinsparung.

In der Tierhaltung gilt es, in der Stall- beziehungsweise Weidehaltung Maßnahmen zu entwickeln, um insbesondere Hitzestressperioden für Nutztiere zu mildern.

Generell ist davon auszugehen, dass die Winter milder und niederschlagsreicher und die Sommer strahlungsreicher und trockener werden. Hierfür sind im ländlichen Raum vielfältige Anpassungsmaßnahmen denkbar. Dazu gehören Maßnahmen zur Stabilisierung des Landschaftswasserhaushalts wie Wasserregulierungssysteme zum Rückhalt von Winterniederschlägen und zur gezielten Abflussregulierung, die Bereitstellung von Retentionsflächen zur Begrenzung von Hochwasserschäden und neue, wassersparende Beregnungstechnologien. Ebenso denkbar sind Maßnahmen zur Minderung negativer Klimawirkungen auf die Biodiversität, etwa eine weitere Biotopvernetzung sowie eine neue Fruchtarten- und Sortenvielfalt im Pflanzenbau.

#### Mehr Informationen:

Prof. Dr. Hans-Joachim Weigel - Johann Heinrich von Thünen-Institut  
Bundesforschungsinstitut für  
Ländliche Räume, Wald und Fischerei  
Institut für Biodiversität  
Telefon: 05 31 / 5 96 25 01  
E-Mail: hans.weigel@fal.de  
www.vti.bund.de



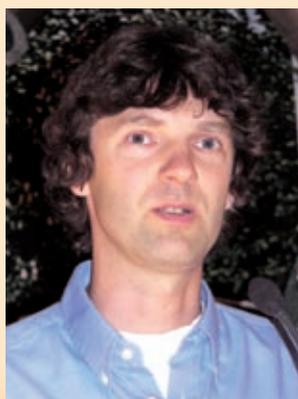
# Landwirtschaft und Klimawandel

## 2 „Die bäuerliche Landwirtschaft ist Teil der Zukunftsstrategie“

**Ulrich Jasper, stellvertretender Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.**

Herr Jasper, wie beurteilen Sie die verschiedenen möglichen Anpassungsstrategien an den Klimawandel, etwa eine Einschränkung der Produktion, Einsparungen beim Einsatz stickstoffhaltiger Düngemittel oder Leistungssteigerungen in der Milchviehhaltung?

Bei der Suche und Umsetzung so genannter Anpassungsstrategien an den Klimawandel muss es darum gehen, das Ziel „Anpassung“ mit dem Ziel „Vermeidung eventueller negativer Klimaeffekte von landwirtschaftlichen Methoden“ möglichst stark in Einklang zu bringen. Wenn es im Sommer weniger regnet, liegt ein Ausbau der Bewässerung nahe, so dass die Pumpenmotoren nicht mehr stillstehen. Sinnvoller wäre die Entwicklung von Anbausystemen, die letztlich besser mit Zeiten geringerer Niederschlagsmengen auskommen. Auf trockenen Standorten wasser- und humuszehrenden Mais anzubauen, ist im Einzelfall betrieblich vielleicht notwendig, auf Dauer aber die falsche Strategie. Sowohl vom Aspekt des Klimaschutzes als aus Gründen der Ertragssicherheit ist es sinnvoller, den Humusgehalt der Böden durch eine wasserschonende Fruchtfolge zu erhöhen, die auch noch Luftstickstoff in den Boden bringt – etwa durch den verstärkten Anbau von Leguminosen –, und gleichzeitig einen schnellen Wasserabfluss und damit auch Erosion zu vermeiden und die Grundwasserbildung zu erhöhen. Dazu zählt auch, die Grünlandflächen, also Wiesen und Weiden, zu erhalten und einen Umbruch nach Möglichkeit zu vermeiden oder diesen zumindest durch Neuansaat an anderer Stelle flächenmäßig auszugleichen.



**Wie hoch schätzen Sie den Beitrag der europäischen Landwirtschaft am Klimawandel ein?**

Mit den Zahlen ist das immer so eine Sache: Welche Parameter fließen in die Bewertung ein, und wie werden sie gewichtet? Entscheidender als Zahlen und ein „CO<sub>2</sub>-Kräftemessen“ ist es, nicht eindimensional zu handeln oder nun alles allein durch die Klimabrille zu sehen, sondern die Zusammenhänge weiterhin im Blick zu behalten. Allerdings

setzt sich in der Klimadiskussion die Erkenntnis durch, dass lokal angepasste und möglichst ressourcenschonende Wirtschaftsweisen unter dem Strich die meisten Vorteile aufweisen. Die ökologische und die soziale Frage sind eng miteinander verknüpft. Das, was wir bäuerliche Landwirtschaft nennen, ist daher nicht etwas, das es früher oder später zu überwinden gilt; sie ist vielmehr ein Teil der Zukunftsstrategie.

**Die EU-Kommission verlangt, bis 2020 die Treibhausgase der deutschen Landwirtschaft um 14 Prozent zu reduzieren? Wie stehen Sie zu diesen Plänen?**

Das Ziel, möglichst viele Treibhausgase zu reduzieren, ist natürlich richtig. Aber wenn die Kommission dieses Ziel mit dem Unterziel verbindet, einen bestimmten Anteil von Treibstoffen auf pflanzlicher Basis zu erreichen, zeigt sich bereits ein Widerspruch in der EU-Strategie. Der Beitrag von Agrar-Diesel oder -Ethanol zur Minderung des Klimawandels ist sehr umstritten. Um das Oberziel zu erreichen, muss es also erlaubt bleiben, nach effektiveren Maßnahmen zu suchen, anstatt eine ökologisch fragwürdige Maßnahme vorzuschreiben.

**Welche Weichen sollte die Politik – auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene – in den nächsten Jahren stellen, um die Auswirkungen des Klimawandels auf die Landwirtschaft aufzufangen?**

Die EU-Kommission hat am 20. Mai konkrete Vorschläge zur Überprüfung der europäischen Agrarpolitik vorgelegt. Darin betont sie als eine neue Herausforderung den Klimawandel und nennt als ein Ziel, landwirtschaftliche Wirtschaftsweisen zu stärken, die einen positiven Klima-Beitrag leisten. Das alles lässt sie relativ vage, vor allem, was die Finanzierung der Maßnahmen betrifft, aber immerhin. Nun sitzen die Agrarminister der EU über den Vorschlägen, und es zeichnet sich – mit der deutschen Bundesregierung an der Spitze – großer Widerstand gegen die Finanzierungs-Pläne ab. Denn die Kommission will dazu einen Teil der Direktzahlungen, die an die Landwirte gehen, umwidmen – oder anders gesagt: an konkrete Leistungen unter anderem im Bereich Klimaschutz binden. Mit dem Scheinargument der „Planungssicherheit“ wird aber hier gebremst. Doch die Gelder würden ja der Landwirtschaft erhalten bleiben.

**Mehr Informationen:**

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.  
Ulrich Jasper  
Telefon: 0 23 81 / 905 31 71  
E-Mail: jasper@abl-ev.de  
www.abl-ev.de



## 3 „Ohne wirtschaftliche Alternativen werden die Erträge vieler Forstbetriebe fallen“

**Wolfram Zimmeck, Privatforstrat, Beauftragter des Arbeitsbereiches Klimawandel des Deutschen Forstvereins**

Herr Zimmeck, der Klimawandel fordert waldbauliche Anpassungen. Welche Baumarten sind besonders betroffen, und welche Folgewirkungen sind durch den Umbau zu erwarten?

Die sich vermutlich rasch verändernden Klimaverhältnisse werden in den Wäldern die Konkurrenzverhältnisse und das Zusammenspiel der Tier- und Pflanzenarten verändern. Eine genaue Prognose ist aufgrund der Komplexität der neuen verschiedenen Klimafaktoren und der unterschiedlichen Reaktionsmöglichkeit der Tier- und Pflanzenwelt nicht möglich. Verstärkte Pilzkrankungen und die Massenvermehrung von Schadinsekten sind aber zu erwarten.

Baumarten, deren ökologische Amplitude gering ist, die also hohe spezifische Standortansprüche besitzen, können sich veränderten Bedingungen schlechter anpassen. Besonders gefährdet ist bei uns im Flachland und auf wechselfeuchten Standorten der „Brotbaum“ der Forstwirtschaft, die Fichte, in trockenen Bereichen aber auch die Buche. Besonders bei der Fichte spielt zum einen die Gefährdung durch stärkere Stürme, zum anderen durch Borkenkäfer die entscheidende Rolle. Die Erträge vieler Forstbetriebe werden deshalb fallen, wenn nicht andere Baumarten – etwa die Douglasie – als wirtschaftliche Alternativen genutzt werden können. Waldbauliche Bewirtschaftungskonzepte müssen dies zukünftig berücksichtigen.

Deutschland hat sich im Rahmen des Kyoto-Protokolls die Kohlenstoff-Speicherung im Wald in der nationalen Bilanz für die erste Phase 2008 bis 2013 anrechnen lassen. Was bedeuten die zu erwartenden Veränderungen in diesem Hinblick für die zukünftige nationale Klimapolitik und die Waldbesitzer?

Die Anerkennung der Kohlenstoffspeicherung im Wald durch die Bundesrepublik im Rahmen des Kyoto-Protokolls macht es möglich, eine Infrastrukturleistung des Waldes direkt monetär zu bewerten. Der Wald bringt also als Ertrag nicht nur Holz, das der Waldbesitzer verkaufen kann, sondern auch Kohlenstoffbindung. Die Differenz zwischen Zuwachs und Holznutzung ergibt die CO<sub>2</sub>-Speicherleistung. Eine Tonne Kohlenstoff, die zusätzlich im Wald gespeichert wird, hat den Wert eines Emissionszertifikates für eine Tonne Kohlenstoff Verschmutzungsrecht für die Bundesregierung. Unklar ist, wie der Waldbesitz an dieser Wertschöpfung beteiligt werden soll. Die Bundesregierung hat erklärt, dass sie von dem Gewinn einen substantziellen Teil an den Waldbesitz weitergeben will.

Welche Rolle kann die energetische Nutzung von Holz – sei es als Vollnutzung/Rückstandsnutzung im Wald oder als Kurzumtriebsplantage auf landwirtschaftlichen Flächen – zukünftig spielen?

Das Potenzial für Kurzumtriebsplantagen ist in der Bundesrepublik eher gering, die Investitionsunsicherheit, die Flächenbindung über Jahrzehnte und die Flächenkonkurrenz zu anderen Produk-



tionszielen im landwirtschaftlichen Bereich problematisch. Interessant ist eher die Optimierung der Waldnutzung – und damit viel größerer Flächen – unter Verwendung von zuwachsstarken Baumarten. In den letzten Jahrzehnten wurde bei der Waldwirtschaft oft extensiviert. Wenn man mehr will als nur ertragsschwache Wälder aus Naturverjüngung, muss man ertragreiche Baumarten einbringen.

Was sind für Sie die wichtigsten Aufgaben, die in den kommenden Jahren angegangen werden müssen?

Der Wald wird seiner Rolle als Rohstofflieferant, Klimaschützer und Biotop nur dann gerecht werden können, wenn die personellen und finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Für die Anpassung an den Klimawandel ist es notwendig, über ausreichende Daten der Bestände und Standorte zu verfügen, um die Mittel für den beginnenden Waldumbau dorthin lenken zu können, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Pläne für den Waldumbau auf Länderebene müssen entwickelt und die notwendigen Mittel für den Waldumbau und die Katastrophenvorsorge bereitgestellt werden. Dabei sollte auf Bundesebene versucht werden, unnötige parallele Forschung einzuschränken und einen Informationsaustausch auch über Ländergrenzen hinweg zu ermöglichen.

### Mehr Informationen:

Wolfram Zimmeck

Deutscher Forstverein, Arbeitsbereich Klima

Telefon: 05 11 / 905 55 58

E-Mail: [zimmeck@forstverein.de](mailto:zimmeck@forstverein.de)

[www.forstverein.de](http://www.forstverein.de)



## 4 „Die Wasserkonkurrenz zwischen Land-, Forst- und Wasserwirtschaft wird zunehmen“

**Prof. Dr. Hermann Spellmann, Leiter der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt**

Prof. Spellmann, wie wird sich die Holznutzung in den nächsten 20 Jahren entwickeln, und welche Rolle spielt hierbei der Kleinprivatwald?

Aufbauend auf den Daten der Bundeswaldinventur 2 wurde von der Bundesforschungsanstalt in einem Basisszenario, das den naturnahen Waldbau der 90er-Jahre abbildet, das potenzielle Rohholzaufkommen für den Zeitraum bis 2022 auf durchschnittlich 76 Millionen Kubikmeter jährlich geschätzt.

Mittlerweile haben sich jedoch die ökonomischen Rahmenbedingungen wesentlich verändert. Der Globalisierungsprozess beeinflusst zunehmend die deutsche Forst- und Holzwirtschaft, die im europäischen Vergleich hinsichtlich Holzproduktion und Holzverwendung Spitzenplätze einnimmt. Getragen vom Export, hat sich der Nadel-schnittholzbereich zunehmend zum wichtigsten Produktionsbereich entwickelt. Die Zahl der Sägewerke geht zurück, die Kapazität der verbliebenen Sägewerke steigt, so dass insgesamt mehr Schnittholz auf den Markt gelangt. Gleichzeitig steigt die Rohholznachfrage im Inland mit einer veränderten Sortenstruktur.

Trotz stetig steigender Holzeinschläge zeichnen sich insbesondere beim Nadelholz Engpässe mit Verteilungsproblemen ab, weil in den letzten Jahren bei der Ansiedlung neuer großer holzbe- und -verarbeitender Konzerne offensichtlich die gleichen Holzrohstoffpotenziale mehrfach verplant wurden und sich die Situation durch die steigende Energieholz-Nachfrage – fast 30 Prozent – verschärft hat. Der Markt hat diese Knappheiten über steigende Preise bewertet und auf diesem Wege vorhandene Holzrohstoffreserven auch im Kleinprivatwald besser erschlossen. Hier bestehen aber nach wie vor die größten ungenutzten Mobilisierungspotenziale, die durch eine Stärkung der forstlichen Zusammenschlüsse, den Ausbau der Erschließungsnetze und die Sicherung einer effizienten Privatwaldbetreuung besser erschlossen werden könnten.

Auf den steigenden Rohholzbedarf kann die Forstwirtschaft nur unter Wahrung der Nachhaltigkeit reagieren. Dies schließt eine Übernutzung der Bestände zur kurzfristigen Überwindung von Versorgungsengpässen aus. Andererseits bestehen sehr wohl Möglichkeiten, das Rohholzangebot verantwortungsbewusst auf 80 bis 90 Millionen Kubikmeter zu steigern, indem der Kleinprivatwald besser gefördert, die Flächenproduktivität bei der Bestandsbehandlung mehr beachtet, der Altholzüberhang unter Wahrung naturschutzfachlicher Belange abgebaut und ein angemessener Nadelbaumanteil gesichert wird.



Der Nutzungsdruck steigt auch in der Land- und Wasserwirtschaft. Welche Konsequenzen hat das für den Wald, und wie kann für ein ausgewogenes Miteinander gesorgt werden?

Wald hat aus wasserwirtschaftlicher Sicht gegenüber landwirtschaftlich genutzten Flächen den Nachteil einer erhöhten Interzeption (*Anm. d. Red.: Interzeption = das Zurückhalten von Niederschlagswasser auf der Pflanzenoberfläche*), Transpiration und Filterung von Schadstoffen aus der Luft, aber den

großen Vorteil einer nahezu dünger-, biozid- und erosionsfreien Bewirtschaftung. Das qualitativ hochwertige Wasser unter Wald wird benötigt, um es für Trinkwasserzwecke mit dem oft schlechteren Wasser unter landwirtschaftlichen Flächen zu verschneiden. Mit dem Klimawandel wird es in den am stärksten betroffenen Gebieten zu einer Wasserkonkurrenz zwischen Land-, Forst- und Wasserwirtschaft kommen, die sich vor allem aus der reduzierten Grundwasserneubildung und dem steigenden Bedarf an Feldberegung für bestimmte Früchte – beispielsweise Kartoffel, Mais, Raps – ergibt. Ein vermehrter Laubwaldanbau in den Grundwasserbildungsgebieten könnte die Grundwasserneubildungsrate langfristig um 10 bis 20 Prozent und damit merklich erhöhen, aber die Forstbetriebe ökonomisch stark belasten. Es sind daher Kompromisse von allen Seiten erforderlich.

### Mehr Informationen:

Prof. Dr. Hermann Spellmann  
Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt  
Telefon: 05 11 / 694 01-122  
E-Mail: Hermann.Spellmann@nw-fva.de  
www.nw-fva.de

## 5 „Klimaschutz ist eine kommunale Zukunftsaufgabe!“

**Norbert Portz, (Beigeordneter),  
Deutscher Städte- und Gemeindebund**



**Herr Portz, warum sollten sich gerade Kommunen für den Klimaschutz stark machen?**

Das Postulat „Global denken, lokal handeln“ gilt vor allem für den Klimaschutz. Städte und Gemeinden sind von den Klimaänderungen wie Hochwasserschäden unmittelbar betroffen. Umgekehrt haben sie aber vielfache Möglichkeiten, als öffentlichkeitswirksame Vorbilder für ihre Bürger und lokalen Unternehmen, als Planer und Gestalter und als Energieberater zu wirken. Als

Träger der Schulen können die Kommunen darauf hinwirken, dass in gemeinsamen Aktionen mit Lehrern und Schülern sehr frühzeitig ein Bewusstsein für den Klimaschutz geschaffen wird. Immer mehr Kommunen greifen daher auch zu so genannten Fifty-Fifty-Programmen: Die Hälfte der dabei eingesparten Energiekosten können Schulen zusätzlich für Sachmittel, etwa im naturkundlichen Bereich, einsetzen.

**Welches sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Auswirkungen des Klimawandels auf die Kommunen?**

Vor allem die extremeren Witterungsverhältnisse wirken sich auf die Kommunen aus: Mehr Hitze- und Dürreperioden stehen mehr Regen-Ereignissen und damit auch lokalen Überschwemmungen gegenüber. Das Schmelzen des Polareises und der Gletscher im Alpenraum trägt daher ebenso wie die Erderwärmung schon heute dazu bei, dass Klimaschutz, etwa durch geeignete Hochwasserschutzmaßnahmen, in unseren Städten und Gemeinden ein hochaktuelles Thema ist.

**Welche Anpassungsmöglichkeiten an den Klimawandel haben die Kommunen?**

Insbesondere eine klimaschützende und energieeinsparende Stadtplanung kann neben der Vorbild- und Beratungsfunktion dazu beitragen, das Klima zu schützen und energieeffiziente Maßnahmen zu ergreifen. Hier gibt es bereits heute viele gute Beispiele – etwa die Einführung des Passivhausstandards, Energieversorgungskonzepte mit Kraft-Wärme-Koppelung in Blockheizkraftwerken oder die Nutzung erneuerbarer Energien, vor allem der Solarenergie. Auch das Modell der „kompakten Stadt“ trägt dazu bei, unnötigen Verkehr zu vermeiden und energieeinsparende ÖPNV-Konzepte und den Fahrradverkehr zu stärken.

Zu den Aufgaben eines kommunalen Energiemanagements gehört es zudem, alle Plandaten der kommunalen Liegenschaften – etwa Verwaltungsgebäude, Schulen oder Kindergärten – zu sammeln, den Verbrauch zu erfassen, laufend zu kontrollieren und entspre-

chende Energiesparmaßnahmen zu ergreifen. Hier besteht zum Teil noch erheblicher energetischer Sanierungsbedarf. Auch die umweltfreundliche und energieeffiziente Beschaffung von Bürogeräten, Dienstfahrzeugen sowie Bussen kann durch Vorgaben in kommunalen Vergaberichtlinien und durch geeignete Zuschlagskriterien ausgebaut werden. Abgerundet wird das Spektrum der eigenen Maßnahmen durch die Beratung der Bürger sowie der privaten Wirtschaft im Energiebereich.

**Die meisten Kommunen klagen über leere Haushaltskassen. Die Anpassung an den Klimawandel kostet aber Geld. Wie können die Kommunen solche Sonderausgaben überhaupt finanzieren?**

Klimaschutz und Kosteneinsparung stehen nicht unbedingt im Gegensatz zueinander, sondern können durch eine effektive kommunale Strategie dauerhaft miteinander verknüpft werden. Auch bei steigendem Wachstum und Wohlstand lässt sich der Kohlendioxidausstoß in Deutschland durch Energieeinsparung, intelligente Energienutzung und durch den Ausbau erneuerbarer Energien drastisch verringern. Dennoch werden viele Kommunen angesichts ihrer schlechten Haushaltssituation nicht ohne die Förderung von Bund und Ländern auskommen. Dies gilt insbesondere für die energetische Erneuerung aller 40.000 Schulen und 50.000 Kindergärten.

**Wie unterstützen Sie als Verband die Kommunen bei der „Herausforderung Klimawandel“?**

Der DStGB hat auf seiner Homepage bereits frühzeitig „Klimaschutz und Energieeffizienz“ als Schwerpunktthema eingerichtet. Dort bereiten wir unter anderem Förderprogramme oder praktische Hinweise auf. Auch gibt der DStGB über seine Monatszeitschrift und verschiedene Dokumentationen Informationen zum Thema. Daneben trägt er über Konferenzen und Veranstaltungen – zuletzt im Januar 2008 gemeinsam mit dem Bundesumweltministerium – zu einer Sensibilisierung der Bevölkerung bei.

**Mehr Informationen:**

Deutscher Städte- und Gemeindebund  
Norbert Portz  
Telefon: 02 28 / 959 62-20  
E-Mail: [norbert.portz@dstgb.de](mailto:norbert.portz@dstgb.de)  
[www.dstgb.de](http://www.dstgb.de)



**DStGB**

Deutscher Städte-  
und Gemeindebund

# Kommunen und Klimawandel

## 6 „Der ländliche Raum bietet hervorragende Chancen, um unabhängig von fossilen Energien zu werden“

**Ulrike Janssen, (Geschäftsführerin),  
Klima-Bündnis / Alianza del Clima e.V.**

**Frau Janssen, was verbirgt sich hinter der Initiative „Klima-Bündnis?“**

Das „Klima-Bündnis / Alianza del Clima e.V.“ ist 1990 von Vertretern europäischer Kommunen und indigener Völker des Amazonas-Regenwaldes gegründet worden, um sich gemeinsam für den globalen Klimaschutz einzusetzen. Dieses Ziel wurde in eine konkrete Selbstverpflichtung gefasst: Die Mitglieder wollen ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen alle fünf Jahre um zehn Prozent reduzieren und eine Halbierung bis spätestens 2030 erreichen. Außerdem wollen sie die tropischen Regenwälder durch Verzicht auf Tropenholz aus Raubbau und durch Unterstützung der dort lebenden indigenen Völker schützen. Heute hat das Klima-Bündnis 1.400 Mitglieder in 17 Ländern, die rund zehn Prozent der Bevölkerung in der EU repräsentieren. In Deutschland sind 400 Städte, Gemeinden und Landkreise mit dabei.

**Warum sollten sich gerade die Kommunen für das Thema Klimaschutz stark machen?**

Kommunen sind die Politikebene, die der Bevölkerung am nächsten steht, das direkte Lebensumfeld gestaltet und damit ganz wesentlich die Weichen stellt, wie wir in unseren Städten und Gemeinden in Zukunft leben. Gerade der ländliche Raum bietet hervorragende Chancen, von immer teurer werdenden fossilen Energien unabhängig zu werden, denn hier können heimische Biomasse und Reststoffe zur Energieversorgung genutzt werden. Erste Bio-Energieeregionen sind bereits Realität, und etliche weitere Gemeinden und Landkreise haben sich mittlerweile das Ziel „100 Prozent erneuerbar“ gesetzt.

**Welche Handlungsmöglichkeiten haben die Kommunen?**

Städte und Gemeinden sollten zuallererst bei sich selber anfangen und die eigenen Gebäude energetisch sanieren. Damit sparen sie Energie und Geld und setzen ein Zeichen: Wir nehmen Klimaschutz ernst, sind Vorbild und zeigen Hauseigentümern und ortsansässigen Unternehmen, wie sie den steigenden Energiepreisen trotzen können. Darüber hinaus haben Kommunen Einfluss auf die Flächennutzungs- und Verkehrsplanung. Sie können die Orientierung von Gebäuden festschreiben, damit Solarenergie optimal genutzt werden kann; sie können zum Teil Energiestandards festlegen, die Nutzungsmischung der Energieträger vorantreiben und die Bedingungen für eine



umweltfreundlichere Mobilität verbessern. Und sie können bei der Energieversorgung auf Fernwärme und Blockheizkraftwerke setzen. Beratungs- und Förderprogramme für Bürger und Gewerbe runden das Aktivitätsspektrum ab.

**Wie unterstützen Sie die Kommunen dabei?**

Das Klima-Bündnis unterstützt den Erfahrungsaustausch zwischen Städten und Gemeinden und verbreitet erfolgreiche Maßnahmen. Daraus werden Ratgeber zur Strategie- und Projektentwicklung auf lokaler Ebene entwickelt. Ganz aktuell ist unser Internet-Tool zur Energie- und CO<sub>2</sub>-Bilanzierung von Kommunen. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Entwicklung und Organisation von Kampagnen, an denen sich Kommunen ohne viel eigenen Aufwand beteiligen und so ihre Bürger direkt einbeziehen können. Beispiele sind die Eisblockwette oder unsere Kindermeilen-Kampagne.

**Warum sollte eine Kommune Ihrer Initiative beitreten?**

Alle Mitglieder profitieren direkt von dem enormen Wissensschatz, den dieses Netzwerk in seinen 15 Jahren Existenz angehäuft hat, sei es durch Publikationen, durch Tagungen oder durch individuelle Beratung. Aber es gibt noch einen wichtigen Grund für den Beitritt: Auch wenn Klimaschutz bei der Bundesregierung und in Europa mittlerweile ziemlich weit oben auf der Tagesordnung steht, muss noch viel geschehen – insbesondere bei den Rahmenbedingungen. Und je größer das Klima-Bündnis, desto geballter die Kraft, mit der wir diese Bedingungen einfordern können. So haben wir zum Beispiel erfolgreich dafür gefochten, dass kommunaler Klimaschutz auf der europäischen Ebene überhaupt erst wahrgenommen wird. Derzeit setzen wir uns für eine Ergänzung klimaschutzbezogener Festsetzungsmöglichkeiten im BauGB sowie für eine zukunftsorientierte Energieversorgung ohne neue Kohlekraftwerke ein.

**Mehr Informationen:**

Klima-Bündnis / Alianza del Clima e.V.  
Ulrike Janssen  
Telefon: 0 69 / 71 71 39-21  
E-Mail: [u.janssen@klimabuendnis.org](mailto:u.janssen@klimabuendnis.org)  
[www.klimabuendnis.org](http://www.klimabuendnis.org)



**CLIMATE ALLIANCE  
KLIMA-BÜNDNIS  
ALIANZA DEL CLIMA**

# Neuen Herausforderungen begegnen: Die EU-Politik für den ländlichen Raum im Zeichen des Klimawandels

Von Peter Wehrheim

Die EU-Kommission sieht beim sogenannten „Health Check“ der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) vier „neue“ Herausforderungen: erneuerbare Energien, Biodiversität, Wassermanagement und vor allem den Klimawandel. Allerdings steht vorerst kein zusätzliches Geld zur Bewältigung dieser Aufgaben zur Verfügung. Die Kommission schlägt daher eine Kürzung der Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe zugunsten entsprechender Fördermaßnahmen im Rahmen der ländlichen Entwicklungspolitik vor.



photocase.com

Die genannten vier Herausforderungen wurden schon früher in der ländlichen Entwicklungspolitik der EU angesprochen, so in den im Februar 2006 veröffentlichten strategischen Leitlinien für die Entwicklung des ländlichen Raums. Auch in den 88 regionalen oder nationalen Programmen finden sich entsprechende Maßnahmen. Allerdings sind die Herausforderungen in jüngster Zeit gewachsen, und die diesbezüglichen Ziele Europas wurden weiterentwickelt. Dabei dürfte der Umgang mit dem Klimawandel als die größte Aufgabe anzusehen sein, nicht zuletzt wegen der Wechselwirkungen mit den anderen Bereichen.

## Vermeidungs- und Anpassungsstrategien entwickeln

Die GAP kann im Rahmen der 2. Säule – der ländlichen Entwicklungspolitik – in Bezug auf den Klimawandel in zwei Bereichen positive Beiträge leisten. Der erste umfasst die Reduktion von Emissionen sowie die Bindung von Kohlenstoffen in der Land- und Forstwirtschaft („climate change mitigation“). In diesem Bereich hat die Landwirtschaft bereits Fortschritte erzielt: EU-weit sind die Treibhausgas-Emissionen aus der Landwirtschaft zwischen 1990 und 2004 um 20 Prozent gesunken, größtenteils aufgrund effizienterer Produktionsmethoden sowie einer Verringerung des Viehbestands. Damit ist der Ausstoß von Treibhausgasen hier beträchtlich stärker zurückgegangen als im Durchschnitt aller Wirtschaftssektoren der EU (-8%). Andererseits ist die Landwirtschaft vom Klimawandel direkt betroffen. So haben sich zum Beispiel Vegetationszeiten und Wasserverfügbarkeiten geändert, was eine Anpassung der Produktionsmethoden verlangt. Im Rahmen der GAP sollen deshalb auch verstärkt Maßnahmen gefördert werden, die den Landwirten dabei helfen, sich auf die negativen Auswirkungen des Klimawandels einzustellen („climate change adaptation“).

Mit dem am 20. Mai 2008 veröffentlichten Legislativvorschlag zum „Health Check“ der GAP will die EU-Kommission im Rahmen der

ländlichen Entwicklungspolitik die finanzielle Förderung zugunsten der Klimaschutzpolitik („Mitigation“ und „Adaptation“) sowie der anderen drei betroffenen Politikbereiche verstärken. Damit dies trotz der begrenzten Mittel möglich ist, sollen zunächst Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe, die über 5.000 € und unter 100.000 €/Jahr erhalten (und die bisher schon mit 5 Prozent gekürzt werden), bis zum Jahr 2012 zusätzlich um weitere 8 Prozentpunkte gesenkt werden. Dies würde rund 48 Prozent der bundesdeutschen Betriebe betreffen. Für Betriebe mit höheren Direktzahlungen pro Jahr (ca. 1,5 % der deutschen Betriebe) soll die zusätzliche Kürzung auf bis zu 17 Prozent steigen. Rund die Hälfte der deutschen Bauernhöfe wäre von den Kürzungen gar nicht betroffen, da sie weniger als 5.000 € an Direktzahlungen erhalten. Die frei werdenden Mittel sollen im Bereich der 2. Säule eingesetzt werden, und zwar dort, wo der Schuh am meisten drückt: in den vier genannten Aufgabenbereichen und damit auch für Maßnahmen zum Umgang mit dem Klimawandel.

## Mitgliedstaaten entscheiden über geeignete Maßnahmen

Die Mitgliedstaaten sollen selbst entscheiden, wie sie mit den zusätzlichen Mitteln die neuen Herausforderungen möglichst effizient und effektiv meistern wollen. Mögliche Beispiele hierzu finden sich im Legislativvorschlag. Dazu gehören etwa Maßnahmen zur Förderung von einzelbetrieblichen Investitionen, sofern sie die Energieeffizienz der Betriebe erhöhen. Auch Agrarumweltmaßnahmen – etwa der Anbau von Zwischenfrüchten oder die extensive Bodenbearbeitung, die geringere Emissionen an Treibhausgasen bzw. eine höhere Bindung von Kohlenstoffen im Boden ermöglichen – wären denkbar. Weiterhin sollen die Mitgliedstaaten Mittel zur Förderung der erneuerbaren Energien (z.B. Hackschnitzelanlagen) einsetzen können; dadurch könnten fossile Brennstoffe ersetzt und somit indirekt ein positiver Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Ferner bietet der Legislativvorschlag den Mitgliedstaaten die Möglichkeit, zusätzliche Maßnahmen zu konzipieren, mit denen dem Klimawandel und den anderen Herausforderungen zielorientiert begegnet werden kann.

Die Vorschläge der EU-Kommission zum „Health-Check“ der GAP unter: [www.ec.europa.eu/agriculture/healthcheck/index\\_de.htm](http://www.ec.europa.eu/agriculture/healthcheck/index_de.htm)

### Mehr Informationen:

Dr. Peter Wehrheim  
Europäische Kommission, Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung  
F3 - Kohärenz der Maßnahmen für die Entwicklung des ländlichen Raums  
E-Mail: [peter.wehrheim@ec.europa.eu](mailto:peter.wehrheim@ec.europa.eu)

# Klimaschutz und Klimaanpassung: Was bietet ELER? Was machen die Länder?

Von Ursula Stratmann

Mit der Veröffentlichung der Legislativvorschläge der Kommission zum Health Check steht fest, dass die EU-Mitgliedstaaten Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Anpassung an den Klimawandel künftig stärker berücksichtigen müssen. Doch sehen die Bundesländer in ihren Programmen zur Entwicklung des ländlichen Raums bereits heute entsprechende Maßnahmen vor – allerdings mit unterschiedlicher Gewichtung.



Das mit dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums – ELER – verbundene Maßnahmenpektrum eröffnet schon jetzt zahlreiche Möglichkeiten, sowohl Klimaschutzaspekte zu berücksichtigen als auch Maßnahmen zur Anpassung an eintretende Klimaveränderungen zu fördern: Energieeinsparung bzw. Steigerung der Energieeffizienz vor allem im Rahmen der Agrarinvestitionsförderung, Ausbau erneuerbarer Energieträger (insbesondere von Bioenergie), Vorkehrungen eines klimaschutzorientierten Landmanagements – all dies ist denkbar und wird von den Bundesländern – wenngleich in unterschiedlicher Weise – umgesetzt.

Anpassungsmaßnahmen finden sich vorwiegend im Bereich des Hochwasser- und Küstenschutzes; sie können aber auch bei Dorferneuerungsmaßnahmen oder bei Vorhaben der touristischen Infrastruktur in Betracht gezogen werden. Der Umbau nicht standortgemäßer nadelholzdominierter Waldbestände in stabile Laub- und Mischwälder ist mit Blick auf den bevorstehenden Klimawandel ebenfalls ausdrücklich auch als eine Maßnahme der Risikovorsorge angelegt. Nicht zuletzt sind die über ELER förderfähigen „Bildungs- und Informationsmaßnahmen“ – sowohl im Schwerpunkt 1 als auch im Schwerpunkt 3 – von Bedeutung. Hier werden beispielsweise Kenntnisse zu effizienten Klimaschutzmaßnahmen vermittelt oder die Teilnehmer in Fragen der energetischen Biomassenutzung geschult. Schließlich fordern einige Länder, dass entsprechende Vermeidungs- und Anpassungsstrategien auch in den Integrierten Ländlichen bzw. Regionalen Entwicklungskonzepten verankert werden.

## Breites Spektrum, unterschiedliche Prioritätensetzung

Die Auswertung der Entwicklungsprogramme\* im Hinblick auf Klimaschutz- und -anpassungsziele lässt nicht nur Unterschiede im Förderangebot erkennen. Sie zeigt darüber hinaus, dass die Länder die Klimaschutzrelevanz einzelner Maßnahmen zum Teil sehr unterschiedlich bewerten. Besonders offensichtlich wird dies bei der Förderung von Bioenergie, die sich in der Regel über verschiedene ELER-Maßnahmen vollzieht (s. LEADERForum 02/2007, S. 38). Da hiermit durchaus auch andere Ziele – wie die Schaffung

von Arbeitsplätzen oder die Nutzung von Wertschöpfungspotenzialen – verfolgt werden (s. S. 16), wird der Klimaschutzaspekt oftmals gar nicht ausdrücklich erwähnt. Umgekehrt definiert die EU in dem von ihr vorgegebenen Gemeinsamen Begleitungs- und Bewertungsrahmen (CMEF) als Indikator für die Gesamtwirkung der ELER-gestützten Anstrengungen zur Bekämpfung des Klimawandels allein Veränderungen in der Erzeugung erneuerbarer Energien. Dies führt dazu, dass Länder wie Hamburg auch nur in diesem Bereich eine entsprechende Wirkung für den Klimaschutz erwarten. Ähnlich argumentiert Brandenburg, wobei dort den Fördermaßnahmen des Schwerpunkts 2, die zum Schutz und Umbau der Wälder beitragen, zumindest auch ein „indirekterer Beitrag“ zum Klimaschutz attestiert wird.

## Unstrittig: Landmanagement wirkt direkt

Die Auswertung der Ergebnisindikatoren zeigt demgegenüber, dass fast alle Länder den Maßnahmen der nachhaltigen Nutzung von Waldflächen – insbesondere der Erstaufforstung, aber auch anderen Formen CO<sub>2</sub>-schonender nachhaltiger Waldbewirtschaftung – unmittelbare Bedeutung für den Klimaschutz beimessen. Daneben wird vornehmlich Agrarumweltmaßnahmen eine positive Wirkung auf das Klima unterstellt, vor allem dort, wo sie mit Düngerektionen verbunden sind oder zur Erhaltung kohlenstoffspeichernder Biotope (Grünland, Moore) bzw. Böden (Feuchtgebiete) beitragen. Dies kann durch entsprechende Maßnahmen des Schwerpunktes 3 sinnvoll unterstützt werden, wie das Moorschutzprogramm in Mecklenburg-Vorpommern zeigt.

### Mehr Informationen:

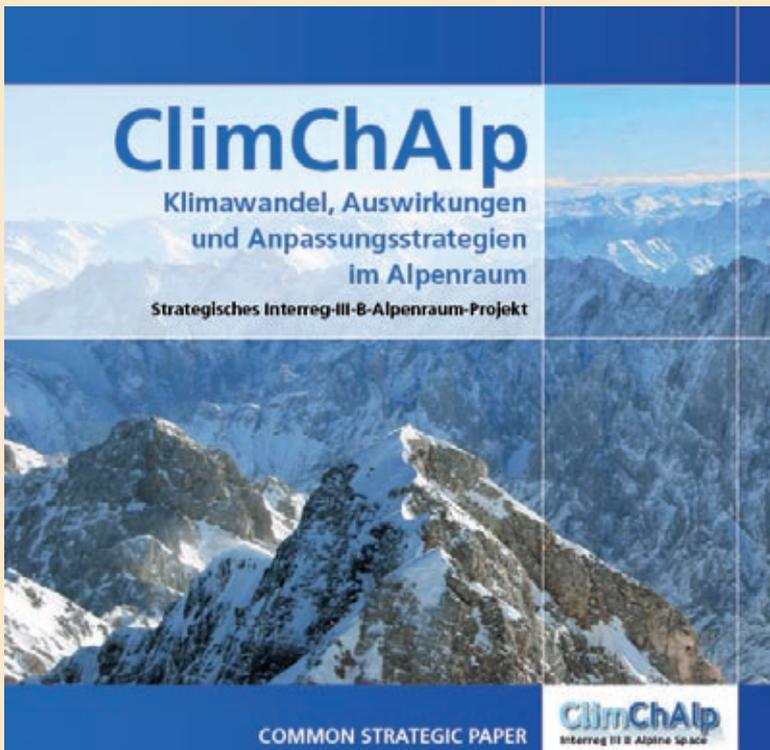
Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS)  
Ursula Stratmann  
Telefon: 02 28 / 68 45 - 34 77  
E-Mail: dvs@ble.de

\* Die ausführliche Programmauswertung findet sich unter [www.netzwerk-laendlicher-raum.de/klima](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/klima).

# Innovative Anpassungsstrategien für die Alpenregion

Von Ursula Stratmann

**Stärkerer Temperaturanstieg und größere Naturgefahren: ganz offensichtlich beeinflusst der Klimawandel den Alpenraum deutlich stärker als andere europäische Regionen. Das Projekt ClimChAlp hat sich deshalb zur Aufgabe gemacht, länder- und sektorübergreifend nach Anpassungswegen zu suchen.**



**N**euere Studien zufolge wird der Klimawandel im Alpenraum vor allem dazu führen, dass Siedlungen und Infrastruktur verstärkt Naturgefahren ausgesetzt sind und der zu erwartende Schneemangel den Wintertourismus beeinträchtigt. Art und Dynamik des Klimawandels unterscheiden sich jedoch auch hier von Region zu Region erheblich. Während einige Gebiete immer stärker von Naturkatastrophen bedroht sind, zählen andere aufgrund ihrer Lage zu den „Gewinnern“. Besonders Raumplanung und Wirtschaft benötigen deshalb spezifische Anpassungsstrategien, damit potenzielle Gefahren vermieden und Chancen genutzt werden können.

## Sieben Alpenländer, ein Arbeitsprogramm

Um diesen komplexen Herausforderungen besser begegnen zu können, haben sich im Jahr 2006 Ministerien, Verwaltungsbehörden, Forscher und Experten aus sieben Alpenländern zusammengetan: Im Rahmen eines ambitionierten Arbeitsprogramms wollten sie die Auswirkungen des Klimawandels im Alpenraum analysieren und Grundlagen für grenzüberschreitende Anpassungsstrategien erarbeiten (s. *Infokasten*). Im Zentrum von „ClimChAlp“ – so der Name des EU-geförderten Projektes – standen vor allem Maßnahmen in den Bereichen Naturgefahren, Risikoprävention, Raumentwicklung und Wirtschaft. Die beiden

letzten Themenfelder wurden innerhalb eines von insgesamt acht „Arbeitspaketen“ gesondert unter die Lupe genommen. Für konkrete Modellregionen wurden hier Szenarien für das Jahr 2030 und darüber hinaus erstellt und mit den Partnern vor Ort Vorschläge zur Anpassung der Raumplanung sowie von Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Tourismus entwickelt.

## Raumplanung als Risikovorsorge

In Anbetracht der künftig zunehmenden Nutzungskonflikte – etwa zwischen Siedlungsentwicklung und Hochwasserschutz oder zwischen Landwirtschaft und Flächenmanagement – muss die Raumplanung verstärkt den Spagat zwischen dem Schutz vorhandener Strukturen und der Schaffung von Optionen zur Weiterentwicklung bewältigen. Hierbei gilt es abzuwägen, welche Risiken noch akzeptabel sind und welche nicht, weil nur so möglichst kostenwirksame Anpassungsmaßnahmen festgelegt werden können. Dafür sind die relevanten Raum- und Risikoinformationen auf kommunaler Ebene aufzubereiten. Sie bilden die Grundlage so genannter Vulnerabilitätsbewertungen, mit denen die vorrangig gefährdeten und empfindlichen Bereiche identifiziert werden. Dort müssen Entwicklungen unter Umständen ausgeschlossen bzw. diese unter Einsatz planerischer Steuerungsinstrumente in andere Räume gelenkt werden. Allerdings reicht es nicht aus, das raumplanerische Instrumentarium zu verbessern. Vielmehr müssen alle betroffenen Politik- und Wirtschaftsbereiche in Anpassungsstrategien integriert werden.

## Was heißt das für Land- und Forstwirtschaft?

Für die Landwirtschaft im Alpenraum bedeutet das beispielsweise, dass sie verstärkt selbst zur Risikovorsorge, vorwiegend zum Boden- und Hochwasserschutz, beitragen muss: indem sie



Das strategische Projekt „**ClimChAlp - Climate Change, Impacts and Adaptation Strategies in the Alpine Space**“ (Klimawandel, Auswirkungen und Anpassungsstrategien im Alpenraum) wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz ins Leben gerufen und im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative „Interreg-III-B-Alpenraum“ innerhalb von zwei Jahren – bis März 2008 – durchgeführt. Ausgestattet mit einem Gesamtbudget von rund 3,5 Millionen Euro wurde es als transnationale Partnerschaft von über 22 Beteiligten aus allen Alpenländern verwirklicht. Die wichtigsten Ergebnisse und die daraus abgeleiteten Empfehlungen sind im ClimChAlp Common Strategic Paper (auch auf deutsch) zusammengefasst; eine ausführliche Ergebnisdarstellung enthält der *Extended Scientific Final Report*. Beide Dokumente sind unter [www.climchalp.org](http://www.climchalp.org) verfügbar.

Anbaumethoden verwendet, die dem jeweiligen Standort und seiner Empfindlichkeit entsprechen, oder indem sie schlicht eine Ausweitung von Ackerland in traditionelle Weidegebiete unterlässt. Die Beratung der Landwirte spielt hierbei eine zentrale Rolle. Sie muss sowohl Möglichkeiten für die individuelle Anpassung aufzeigen – angefangen von veränderten Verfahren bis hin zur Diversifizierung der Einkommensquellen – als auch das Bewusstsein für den eigenen Anteil am Risiko zukünftiger Ernteschäden, etwa durch Hochwasser, schärfen. Bewusstseinsbildung und Beratung sind auch bei privaten Waldbesitzern von Bedeutung, um das Verständnis für die Notwendigkeit eines standortgerechten Waldumbaus sowie eines klimaangepassten Forstmanagements zu wecken. Umwandlungs- und Regenerationsmaßnahmen sollten bei Wäldern mit vordringlichem Handlungsbedarf beginnen, also bei solchen, die Schutzfunktionen für Siedlungen und Infrastruktur ausüben. Wo diese Maßnahmen nicht ausreichen, müssen technische Schutzvorkehrungen getroffen werden.

### Gesucht: Innovative Ideen für den Alpentourismus

Sicher ist, das kürzere Winter mit abnehmender Schneesicherheit den Tourismus als eine der Schlüsselbranchen im Alpenraum treffen werden. Probleme für den Skitourismus wird es naturgemäß in tiefer gelegenen Regionen geben, wo sich der Schneemangel hemmend auf Investitionen in die Wintersportinfrastruktur auswirkt. Zwei Dinge werden jedoch in diesem Zusammenhang vergessen: zum einen, dass sich angesichts der prognostizierten Hitze in Südeuropa gerade für den Sommertourismus in den Bergen ganz neue Chance bieten können; zum anderen, dass sich der Tourismus zwischen 1960 und 1980 zwar rasant, aber weitgehend ohne echte Innovationen entwickelt hat. Dabei ist die Tourismusindustrie durchaus in der Lage, Angebot und Infrastruktur innerhalb weniger Jahre anzupassen. Denkbar wäre etwa, den Wintertourismus in tieferen Lagen zu diversifizieren und vom Schnee unabhängige Alternativangebote zu entwickeln. Der Klimawandel sollte daher vor allem als Antriebskraft für die ohnehin dringend erforderlichen Innovationen genutzt werden. Dies umso mehr, als der entstehende Anpassungsbedarf innerhalb des nächsten Jahrzehnts eher aus Änderungen des Verbraucherverhaltens (Stichwort: Umweltbewusstsein) als aus dem Wandel klimatischer Bedingungen hervorgehen dürfte. Innovationsstrategien im Tourismus müssen daher differenziert begriffen werden; sie sind zudem für jede Region individuell und im Grunde auch für jede Saison neu zu entwickeln. Dafür müssen die beteiligten Akteure gezielt in der Produktinnovation qualifiziert werden. Um Akzeptanz bei den Verbrauchern zu finden, wird es auch darauf ankommen, *nachhaltige* Tourismuskonzepte vorweisen zu können. Daher sollten auf der Basis fundierter Marktforschungsergebnisse und innerhalb partizipativer Prozesse Gesamtpläne für den lokalen Tourismus erstellt und diese wiederum mit der Regionalplanung abgestimmt werden.



### Der Weg zur Umsetzung

Die in ClimChAlp erarbeiteten Empfehlungen müssen in den kommenden Jahren schrittweise in einen Anpassungsplan für lokale und regionale Strategien eingespeist werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es erst die Kombination aus direkten Wirkungen lokaler und regionaler „menschengemachter“ Störungen und den Folgen des globalen Klimawandels ist, die zu einer neuen Qualität von Umweltbelastung und Naturkatastrophen führt. In allen untersuchten Bereichen wurden daher Bewusstseinsbildung, interdisziplinäre Kommunikation und Kooperation als Schlüsselfaktoren für die Anpassung an den Klimawandel ausgemacht. Dies betrifft Politik, Verwaltung, Forschung, Verbände, Unternehmen und die Öffentlichkeit gleichermaßen. Als Voraussetzung für das gegenseitige Verständnis ist eine „gemeinsame Sprache“ über den Klimawandel und seine Auswirkungen unerlässlich.

#### Mehr Informationen:

Projektleitung Arbeitspaket 7 – Auswirkungen des Klimawandels auf Raumentwicklung und Wirtschaft  
Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie  
Abt. Landesentwicklung, Referat IX/6  
Telefon: 0 89 / 21 62-70 61  
E-Mail: margit.hiller@stmwivt.bayern.de



Alle Bilder: [www.climchalp.org](http://www.climchalp.org)

# Handeln, bevor das Wasser bis zum Hals steht

Von Wolfgang Hennegriff und Jürgen Reich

**Wie wird sich der Klimawandel in den nächsten 50 Jahren auf den Wasserhaushalt in Süddeutschland auswirken? Und wie müssen vor diesem Hintergrund zukunftsorientierte wasserwirtschaftliche Handlungsstrategien konzipiert werden? Diese Fragen stehen im Zentrum des baden-württembergisch-bayerischen Kooperationsvorhabens KLIWA.**

**A**ngesichts der beobachteten Häufung von Hochwasserereignissen in den letzten Jahren – man denke nur an das Jahrhunderthochwasser an Elbe und Donau, das 2002 ganze Landstriche unter Wasser setzte – drängt sich unwillkürlich die Frage auf, ob solche Ereignisse im Zuge des Klimawandels künftig an der Tagesordnung sein werden. Mit dieser Frage beschäftigt sich das Kooperationsprojekt **KLIWA** (Klimawandel und Konsequenzen für die Wasserwirtschaft), das 1999 von Baden-Württemberg, Bayern und dem Deutschen Wetterdienst ins Leben gerufen wurde und dem Anfang 2007 auch Rheinland-Pfalz beigetreten ist. Ziel von KLIWA war es insofern zunächst, den Bereich Hochwasser genauer zu untersuchen, um Erkenntnisse für mögliche wasserwirtschaftliche Vorsorgeempfehlungen zu gewinnen.

## Fest steht: Hochwasser werden zunehmen

In einem ersten Schritt wurde hierzu die Häufung der Hochwasserereignisse seit den 1970er Jahren hydrologisch bewertet, um auf dieser Basis die Folgen der Klimaentwicklung auch regional abschätzen zu können. Dabei zeigte sich, dass die Hochwasserhäufigkeit und die Höhe der monatlichen Hochwasserabflüsse seit den 1970er Jahren im Winterhalbjahr in vielen Einzugsgebieten tatsächlich zugenommen haben. Diese Befunde dienen als Grundlage für die Simulation mit regionalen Klimamodellen, die im Rahmen von KLIWA entwickelt worden sind. Die so ermittelten zukünftigen Klimadaten wurden anschließend in die länderspezifischen Wasserhaushaltsmodelle übertragen. Auf diese Weise wurden Aussagen über die Entwicklung des Hochwassergeschehens in den nächsten 50 Jahren möglich: Vereinfachend gesagt, wird danach der Klimawandel zu einer erheblichen Zunahme vor allem kleiner und mittlerer Hochwasser sowie zu einer deutlichen Erhöhung der gerade für den Hochwasserschutz maßgebenden größeren Hochwasser führen. Aus Vorsorgegründen muss somit für den Hochwasserschutz eine Anpassungsstrategie entwickelt

werden, die der zu erwartenden möglichen Entwicklung der nächsten Jahrzehnte sowie den mit solchen Prognosen stets verbundenen Unsicherheiten gleichermaßen Rechnung trägt. Es gilt also, den Folgen der erwarteten Klimaänderung mit Maßnahmen zu begegnen, die langfristig zweckmäßig und zugleich verhältnismäßig kostengünstig sind. Wie aber kann das gehen?

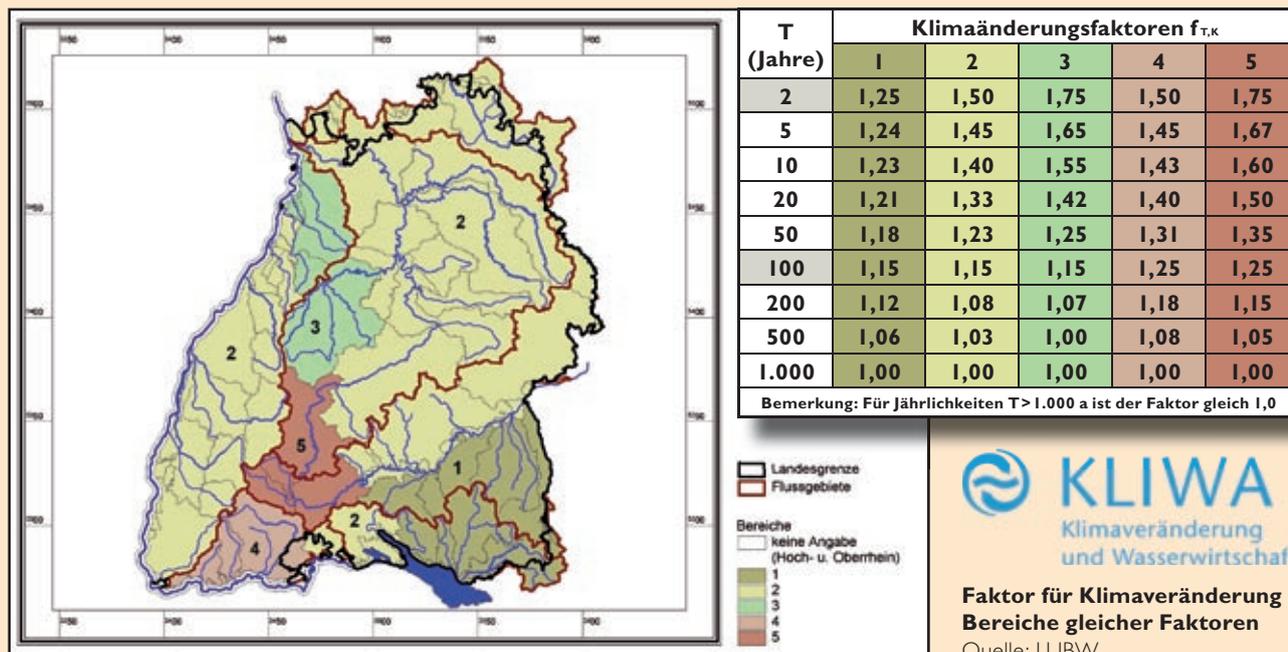
## Klimawandel mit einkalkulieren

Während bislang Hochwasserschutzanlagen meist so dimensioniert werden, dass sie ein „Jahrhunderthochwasser“ abzufangen in der Lage sind, schien es aufgrund der oben genannten Auswertungen naheliegend, künftig einen „Lastfall Klimaänderung“ zusätzlich zu berücksichtigen. Konkret bedeutet dies, dass die den Planungen zugrunde gelegten Bemessungsabflüsse mit einem bestimmten Zuschlag versehen werden. Fallbeispiele aus der Praxis haben gezeigt, dass die Einbeziehung eines solchen „Klimaänderungsfaktors“ in technische Hochwasserschutzmaßnahmen in den meisten Fällen zu relativ moderaten Kostensteigerungen geführt hätte, wenn er bereits bei der Planung einkalkuliert und beim Bau entsprechende Vorkehrungen für eine spätere Anpassung getroffen worden wären. Nachträgliche Anpassungen sind dagegen meist mit sehr hohen Kosten verbunden. Als ein wichtiges Element vorausschauender Daseinsvorsorge soll deshalb der „Lastfall Klimaänderung“ künftig bei allen Planungen neuer technischer Hochwasserschutzmaßnahmen mit untersucht werden. Die empfohlene Vorgehensweise ist in Baden-Württemberg mit einer Sammlung von Beispielen in einem Leitfaden veröffentlicht worden. Zusammen mit den inzwischen für das ganze Bundesland vorliegenden regionalisierten Hochwasserkennwerten wurde somit eine einheitliche Grundlage dafür geschaffen, wie mit den Auswirkungen des Klimawandels auf die Hochwasserabflüsse – praktisch leicht handhabbar – umzugehen ist (s. Infokasten „Technischer Hochwasserschutz in der Praxis – Beispiele“).

Hochwasser in Riedlingen/Donau (Februar 1990)

Bild: LUBW





### Technik allein genügt nicht ...

Die bislang gewonnenen Erkenntnisse werden sich mit den Fortschritten der weltweiten Klimaforschung und der Verbesserung der Modellierungsinstrumente zwangsläufig fortentwickeln müssen. Durch die Aufstellung von Wasserhaushaltsmodellen für die einzelnen Flussgebiete lassen sich entsprechende Untersuchungen aber relativ einfach weiterführen beziehungsweise ausdehnen. Die durch den Klimawandel verschärfte Hochwasserproblematik zeigt allerdings auch, dass eine Hochwasserschutz-Strategie nicht allein auf technische Lösungen setzen kann. Die Bausteine „Hochwasservorsorge“ und „Hochwasser-Flächenmanagement“ müssen ebenfalls ausgebaut werden, damit Land, Gemeinden und betroffene Bürger gegen die zunehmende Hochwassergefahr gerüstet sind.

### Die Kehrseite der Medaille: Niedrigwasser im Sommer

Bisher hat sich KLIWA vor allem der Hochwasserproblematik angenommen. Wie die Ergebnisse der Klimaszenarien allerdings zeigen, ist dies nicht das einzige Problem: Denn während die Niederschläge im Winterhalbjahr zunehmen, werden die Sommerhalbjahre immer trockener. Mit der Zunahme von Hitze- und Trockenperioden wird Wasser in den Sommermonaten immer mehr zu einer knappen Ressource – auch wenn es hier

zeitliche und regionale Unterschiede gibt. Niedrigwasser kann beispielsweise zu Problemen für die Binnenschifffahrt führen. Die veränderte Niederschlagsverteilung wirkt sich zudem auf die Grundwasserneubildung aus und erhöht zusammen mit steigenden Temperaturen und länger andauernden Trockenperioden den Wasserbedarf. In einigen Regionen kann es so im Sommer zu verschärften Nutzungskonkurrenzen kommen: zwischen der öffentlichen Trinkwasserversorgung, der Landwirtschaft, Energiewirtschaft (Kraftwerkskühlung) sowie – nicht zu vergessen – mit gewässerökologischen Belangen. Neben der Notwendigkeit eines Hochwassermanagements wird daher das Handlungsfeld Niedrigwassermanagement zukünftig immer mehr Beachtung finden müssen.

### Untersuchungsfelder ausgedehnt

Ein weiteres Phänomen, das wissenschaftlich im Auge behalten werden muss, ist die Entwicklung der so genannten Kurzzeiteiniederschläge: Sie bringen innerhalb kürzester Zeit sehr viel Wasser und haben aufgrund einer Überlastung der kommunalen Entwässerungsnetze örtliche Überschwemmungen zur Folge. In Anbetracht dieser vielfältigen Auswirkungen des Klimawandels wurden die Untersuchungen im Rahmen von KLIWA inzwischen auf die Bereiche Grundwasser, Siedlungsentwässerung, Niedrigwasser und Seen ausgedehnt.

#### Mehr Informationen:

Wolfgang Hennegriff  
 Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW)  
 Telefon: 07 21 / 56 00 12 63  
 E-Mail: Wolfgang.Hennegriff@lubw.bwl.de

Jürgen Reich  
 Umweltministerium Baden-Württemberg  
 Telefon: 07 11 / 126 15 54  
 E-Mail: Jürgen.Reich@um.bwl.de

### Technischer Hochwasserschutz in der Praxis – Beispiele

#### Beispiel Hochwasserdamm

Der Damm wird gebaut wie geplant, an der Außenseite wird aber ein Streifen freigehalten, so dass bei Bedarf problemlos eine Dammerhöhung vorgenommen werden kann.

#### Beispiel Ufermauer

Die Statik wird bei einer neuen Ufermauer so ausgelegt, dass die Mauer zu einem späteren Zeitpunkt ohne Schwierigkeiten erhöht werden kann.

#### Beispiel Brücke

Da bei Brücken eine nachträgliche Anpassung kaum oder nur mit sehr hohen Kosten möglich ist, wird hier der Klimaänderungsfaktor von vornherein berücksichtigt.

Mit dem Thema „**Klimawandel und Wasserwirtschaft**“ befasst sich in allgemein verständlicher und informativer Weise auch die Broschüre „Unser Klima verändert sich: Folgen – Ausmaß – Strategien“. Sie ist bei der LUBW, Griesbachstraße 1, 76185 Karlsruhe, erhältlich und steht außerdem auf der KLIWA-Homepage [www.kliwa.de](http://www.kliwa.de) als Download zur Verfügung.

# Krank durch Klimawandel?

Von Helmut Uphoff und Anja Hauri

**Die beobachteten und prognostizierten Klimaveränderungen werden sich auch auf den Gesundheitsbereich auswirken. Worauf sich die Bevölkerung einstellen sollte und welche Risiken demgegenüber überbewertet werden, hat eine Studie im Rahmen des hessischen Klimaschutzprogramms – INKLIM – untersucht.**

**G**esundheitliche Risiken befinden sich im ständigen Wandel. Auch in Deutschland haben sie sich von der Nachkriegszeit bis heute stark verändert. Dazu haben die geänderten Lebensumstände – unter anderem durch Industrialisierung, Impfungen, demographischen Wandel, Verfügbarkeit von Antibiotika, technischen Fortschritt, Tourismus und Handel – maßgeblich beigetragen. Der Wandel gesundheitlicher Risiken ist sehr komplex und unterliegt einer Vielzahl von Einflüssen, die teilweise ausgeprägter und kurzfristiger sind als der mit Zeithorizonten von 20 bis 100 Jahren stattfindende Klimawandel. Um die möglichen Einflüsse des Klimawandels auf den Gesundheitsbereich in Hessen abzuschätzen, hat das Hessische Landesamt für Umwelt und Geologie im Rahmen des Integrierten Hessischen Klimaschutzprogramms INKLIM 2005 eine detaillierte Studie durchgeführt.

## Direkte Gefahren: Sonnenbrand, Hautkrebs & Co.

Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Gesundheit lassen sich in direkte und indirekte Auswirkungen unterteilen. Zu den direkten Auswirkungen werden die unmittelbaren Folgen etwa von Hitzewellen, erhöhter Sonnenexposition oder Wetterextremen auf die menschliche Gesundheit gezählt. Auch für Hessen werden ein Anstieg der Temperatur und damit häufiger auftretende Hitzeextreme erwartet. Gefährdet sind hierdurch insbesondere ältere Menschen und Menschen, die nur eingeschränkt für sich sorgen können.

Neben einer Erwärmung wird auch eine vermehrte **Sonnenscheindauer** insbesondere im Frühjahr und Sommer prognostiziert. Eine Zunahme von Sonnenbränden, Sonnenallergien und Hautkrebs ist daher plausibel, sofern keine Anpassung des

Verhaltens erfolgt. Inwiefern auch Lichtschädigungen der Augen zunehmen werden, ist kaum abzuschätzen, ebenso wie die Auswirkungen von UV-bedingten Immunsuppressionen (Schwächung der Abwehrreaktionen). Zudem werden für Hessen auch vermehrt **Witterungsextreme** erwartet, mit gesundheitlichen Risiken insbesondere durch Überschwemmungen, Blitzschlag und Stürme.

## Indirekte Gefahren: Neue Infektionskrankheiten

Indirekte Auswirkungen umfassen Risiken, die aufgrund klimabedingter Änderungen der Ökosysteme, des Lebensraumes oder der Lebensbedingungen entstehen.

Günstige Lebensbedingungen für **Überträger von Krankheitserregern (Vektoren) oder Wirtstieren (Reservoir)** können den Infektionsdruck auf die Menschen erhöhen oder die Verbreitung von Erkrankungen erheblich verändern. Eine Klimaerwär-



gefährlicher Schädling: Die Schwammspinner-Raupe

Bild: [www.wikipedia.de](http://www.wikipedia.de), auch Hintergrundbild



Die Beifuß-Ambrosie (*Ambrosia artemisiifolia*) hat einen stark allergieauslösenden Pollen.

Bild: Robert H. Mohlenbrock @ USDA-NRCS PLANTS Database / USDA SCS.1989  
Bild links: www.photocase.com

Die Wahrscheinlichkeit der Ausbreitung von Arten erhöht somit die Gefahr, dass sich vorhandene Arten massenhaft vermehren oder neue Arten einwandern. Informationen etwa zur aktuellen Verbreitung von Vektor-Insekten und deren teils komplexen ökologischen Ansprüchen an den Lebensraum oder zur Durchseuchung von Wirtstieren sind oft nur lückenhaft vorhanden oder nur Spezialisten bekannt.

## Gutes Gesundheitsmanagement relativiert Risiko

Die dauerhafte Etablierung von Tropenerkrankungen (z.B. Malaria) ist unter Beibehaltung der derzeitigen Gesundheitsversorgung und des Hygienemanagements nicht sehr wahrscheinlich. Dennoch sind begrenzte Ausbrüche eingeschleppter Erkrankungen möglich, wie im Sommer 2007 in Italien der Ausbruch von Chickungunia – einer durch eingewanderte Mücken übertragenen Viruserkrankung – zeigte. Das Auftreten und die Verbreitung verschiedener, bei Menschen und Tieren vorkommender Erkrankungen wie Leishmaniose, aber auch von Viren wie dem West-Nil-Virus, könnte durch die Klimaveränderungen begünstigt werden. Dies gilt insbesondere, wenn sich Vektor-Insekten, wie im Falle der Leishmaniose die Sandmücke, etablieren können. Massenvermehrungen von Wirtstieren können ebenfalls ein Gesundheitsrisiko darstellen, und zwar durch die von ihnen auf den Menschen übertragbaren Erkrankungen, z.B. Hantaviren von Mäusen.

Somit ergeben sich im Zusammenhang mit der Klimaerwärmung auch für Hessen gesundheitliche Risiken durch Infektionskrankheiten, die von heimischen oder eingeschleppten Wirtstieren und Vektoren ausgehen. Bei gutem Gesundheitsmanagement erscheint es aber möglich, diese zu beherrschen.

## Eldorado für Bakterien und Viren

Durch Lebensmittel übertragbare Erkrankungen können bei höheren Temperaturen aufgrund besserer Vermehrungsbedingungen für die Erreger zunehmen. Allerdings haben hier andere Faktoren – hygienische Maßnahmen von der Lebensmittelproduktion bis zum Verzehr, das Kühlen von kritischen Lebensmitteln sowie Verzehrsgewohnheiten (Verzehr nicht durchgegarter Lebensmittel z.B. beim Grillen) – größere Bedeutung. Da für Hessen eine Zunahme des Niederschlags erwartet wird, sind aufgrund der Grundwasserreserven und technischer Möglich-

keiten Versorgungsengpässe mit sauberem **Trinkwasser** unwahrscheinlich. Gesundheitliche Probleme durch Überschwemmungen, die durch den Eintrag von Keimen in Brunnen und das Leitungsnetz und Verschmutzungen des Oberflächenwassers, der Feldfrüchte und des Bodens etc. entstehen, sind jedoch möglich. Inwiefern höhere Bodentemperaturen den Verbleib von Keimen im Leitungsnetz fördern, ist kaum abzusehen.

Infektionen oder Vergiftungen über **Badegewässer**, z.B. durch das Auftreten von toxinproduzierenden Algen, können durch höhere Temperaturen begünstigt werden. Dabei spielt zum einen das Verhalten, etwa häufigere und längere Aufenthalte im Wasser aufgrund der Klimaerwärmung, eine Rolle, zum anderen klimabedingte Einflüsse auf die Gewässerqualität. In den letzten Jahren hat sich die Qualität der Gewässer durch vermehrte Schutzmaßnahmen verbessert. Auch deren Überwachung wurde intensiviert, ist aber in Bezug auf Belastungen mit verschiedenen Erregern noch lückenhaft.

Darüber hinaus sind im Rahmen der Erwärmung und vermehrten Sonneneinstrahlung zusätzliche gesundheitliche Belastungen durch **Ozon und Luftschadstoffe** (Sommersmog) möglich.

## Mehr Allergien?

Die in Hessen erwarteten klimatischen Änderungen können sich auf **allergische Erkrankungen** wie Asthma auswirken. Eine zeitliche Verschiebung der Allergenbelastung ist etwa durch veränderte Blühperioden oder Sporenbildung wahrscheinlich. Ob diese Erkrankungen in Folge einer veränderten Vegetation häufiger auftreten werden, ist kaum abzuschätzen. Neben den Pollen und Sporen stellen toxische oder allergieauslösende Produkte von Schädlingen oder Lästlingen wie Eichenprozessionsspinner, Schwammspinner, Mehlmilbe und Speckkäfer – insbesondere bei Massenvermehrung – weitere denkbare Gesundheitsrisiken dar. So mussten 2005 in Südhessen wegen des gehäuften Auftretens von Nestern des Eichenprozessionsspinners auch Gemeinschaftseinrichtungen geschlossen werden.

## Summa summarum: Komplexe Herangehensweise nötig

Aufgrund der Komplexität der beeinflussenden Faktoren ist es kaum möglich, den Faktor Klimaveränderung im Hinblick auf die gesundheitlichen Risiken isoliert zu betrachten und zu bewerten. Noch schwieriger ist es, die Auswirkungen der prognostizierten Klimaveränderungen in der Zukunft abzusehen. Auch für Hessen sind gesundheitliche Risiken, die mutmaßlich mit dem Klimawandel in Verbindung stehen, zu erwarten. Sie erscheinen aber unter Beibehaltung oder Verbesserung der Versorgungs- und Hygienestandards beherrschbar. Die Vielfältigkeit der Faktoren erfordert eine interdisziplinäre Zusammenarbeit, etwa mit den Fachrichtungen Insektenkunde, Ökologie, Veterinärwesen und Wildbiologie. Um Bedrohungen rechtzeitig zu erkennen, ursächliche Zusammenhänge abzuklären, tragfähige Handlungskonzepte zu entwickeln und die Wirksamkeit der eingeleiteten Maßnahmen zu überwachen, ist ein vorausschauendes Monitoring besonders wichtig. In diesem Zusammenhang werden in Hessen bereits Projekte gefördert, etwa "Forschung für den Klimaschutz und Schutz vor Klimafolgen"; auch werden bereits entsprechende Maßnahmen, beispielsweise das Hitzewarnsystem des Deutschen Wetterdienstes umgesetzt.

### Mehr Informationen:

Dr. Helmut Uphoff

Dr. Anja Hauri

Hessisches Landesprüfungs- und Untersuchungsamt  
im Gesundheitswesen

E-Mail: h.uphoff@hlpug.hessen.de

# Geballtes Wissen zum Klimawandel

Der Klimawandel ist mittlerweile nicht nur in aller Munde, sondern auch in zahlreichen Internetportalen und Publikationen präsent. Eine kleine Auswahl daraus stellen wir Ihnen im Folgenden vor.

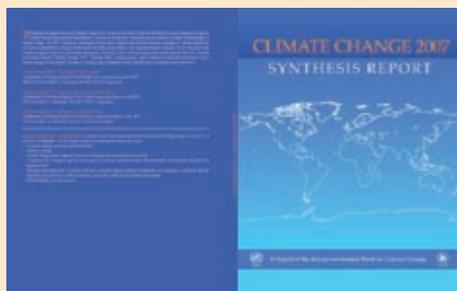


## Die politische Dimension: UN / EU / Deutschland

Die Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (**United Nations Framework Convention on Climate Change – UNFCCC**) ist 1994 in Kraft getreten. Sie wurde zwei Jahre zuvor auf dem Weltgipfel für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro beschlossen. Mit ihr verpflichtet sich die Staatengemeinschaft, dem Klimawandel und seinen Auswirkungen entgegenzuwirken. Auf der Website <http://unfccc.int/> des UNFCCC-Sekretariats finden sich umfassende Informationen zum Thema Klimawandel und Klimaschutz – sowohl für „alte Hasen“ als auch für Neulinge.

Ende Juni 2007 hat die EU-Kommission ihr Politikpapier „**Adaptation to climate change in Europe – options for EU action**“ angenommen. Dieses Papier sowie zahlreiche Studien und Karten zu den Auswirkungen des Klimawandels – etwa zu Ertragsveränderungen in der Landwirtschaft, zu Änderungen in der Biodiversität, zu Szenarien zum Hochwassergeschehen – sowie zu Anpassungsstrategien in verschiedenen Bereichen bietet die Website der Generaldirektion Umwelt der EU. Ein ausführliches Linkverzeichnis zu relevanten Institutionen und Aktivitäten auf internationaler und EU-Ebene sowie auf relevante Internetseiten der EU-Mitgliedstaaten runden das Angebot ab.  
Internet: [www.ec.europa.eu/environment/climat/adaptation/index\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/environment/climat/adaptation/index_en.htm)

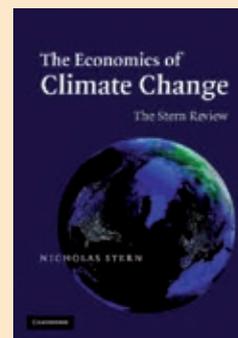
Das Klimaschutzprogramm der Bundesregierung stellt das Bundesumweltministerium (BMU) auf seinen Internetseiten [www.bmu.de/klimaschutz](http://www.bmu.de/klimaschutz) vor. Hier werden die Gesetze im Zusammenhang mit dem Klimaschutz erläutert und verschiedene Instrumente wie Clean Development Mechanism oder Joint Implementation vorgestellt. Wer sich speziell für den Emissionshandel interessiert, wird auf den Seiten von [www.bmu.de/emissionshandel](http://www.bmu.de/emissionshandel), [www.dehst.de](http://www.dehst.de) (die deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) im Umweltbundesamt) und [www.co2-handel.de](http://www.co2-handel.de) (ein Portal zum Emissionshandel und Klimaschutz) fündig.



## Am Puls von Wissenschaft und Forschung

Das **Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC)** wurde 1988 gegründet, um den politischen Entscheidungsträgern und allen am Thema Interessierten objektive Informationen zum Klimawandel zur Verfügung zu stellen. Es bündelt die weltweit gewonnenen neuesten wissenschaftlichen, technischen und

sozio-ökonomischen Forschungsergebnisse zum (vom Menschen verursachten) Klimawandel, zu seinen Auswirkungen und zu Möglichkeiten der Schadensminderung und der Anpassung. Die regelmäßig erscheinenden Berichte des IPCC finden sich unter [www.ipcc.ch](http://www.ipcc.ch). Die deutsche Koordinierungsstelle des IPCC hat die Adresse [www.de-ipcc.de](http://www.de-ipcc.de).



Der Ende Oktober 2006 veröffentlichte **Stern-Report** ist der Bericht des ehemaligen Weltbank-Chefökonom Nicholas Stern. Der 650 Seiten starke Bericht, erstellt im Auftrag der britischen Regierung, untersucht insbesondere die wirtschaftlichen Folgen der globalen Erwärmung. Der Report sowie Hintergrundinformationen dazu und Zusammenfassungen in mehreren Sprachen sind unter [www.hm-treasury.gov.uk/independent\\_reviews/stern\\_review\\_economics\\_climate\\_](http://www.hm-treasury.gov.uk/independent_reviews/stern_review_economics_climate_change/sternreview_index.cfm)

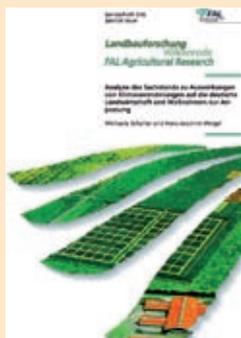
[www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/Stern\\_Review\\_148906b\\_LONG\\_Executive\\_Summary\\_GERMAN.pdf](http://www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/Stern_Review_148906b_LONG_Executive_Summary_GERMAN.pdf) abrufbar. Eine umfassende deutsche Zusammenfassung findet sich unter [www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/Stern\\_Review\\_148906b\\_LONG\\_Executive\\_Summary\\_GERMAN.pdf](http://www.dnr.de/publikationen/eur/archiv/Stern_Review_148906b_LONG_Executive_Summary_GERMAN.pdf).

Im 1992 gegründeten **Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK)** arbeiten Natur- und Sozialwissenschaftler zusammen, um wissenschaftliche und gesellschaftlich relevante Fragen zu den Bereichen globaler Wandel, Klimawirkung und nachhaltige Entwicklung zu untersuchen. Die Arbeit des PIK, die als Grundlage für Entscheidungen in Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft dienen soll, ist in vier Forschungsfelder gegliedert. Neben „Erdsystemanalyse“ und „Transdisziplinäre Konzepte und Methoden“ sind dies „Klimawirkung und Vulnerabilität“ ([www.pik-potsdam.de/forschung/aktuelle-forschungsfelder/klimawirkung-vulnerabilitat](http://www.pik-potsdam.de/forschung/aktuelle-forschungsfelder/klimawirkung-vulnerabilitat)) sowie „Nachhaltige Lösungsstrategien“ ([www.pik-potsdam.de/forschung/aktuelle-forschungsfelder/nachhaltige-losungsstrategien](http://www.pik-potsdam.de/forschung/aktuelle-forschungsfelder/nachhaltige-losungsstrategien)).

Noch im Aufbau befindet sich das Portal des **Deutschen Klimakonsortiums (DKK)**. Sein Ziel ist es, Universitäten und außer-universitäre Forschungseinrichtungen zusammenzuführen, die in hoher Qualität Forschung zu Klimawandel, Klimafolgen und Klimaschutz betreiben. Die wissenschaftliche Expertise verschiedener Forschungsdisziplinen in Deutschland soll gebündelt werden, um als Plattform für integrative Forschungsprojekte zu fungieren. Zurzeit hat das DKK 19 Mitglieder, die unter [www.deutsches-klimakonsortium.de](http://www.deutsches-klimakonsortium.de) vorgestellt werden.

## Klimawandel, Land- und Forstwirtschaft

Die **Generaldirektion Landwirtschaft der EU-Kommission** bietet umfassende Informationen zu den Wechselwirkungen von Klimawandel und Landwirtschaft an; beispielsweise werden die Herausforderungen für den Sektor in der Broschüre „Climate change: the challenges for agriculture“ vorgestellt, mögliche Anpassungsstrategien zeigt die Studie „Adaptation to Climate Change in the Agricultural Sector“ auf, beide zu finden unter [www.ec.europa.eu/agriculture/climate\\_change/index\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/agriculture/climate_change/index_en.htm).



Der Ende Dezember 2007 fertiggestellte, ca. 250 Seiten umfassende Bericht **Analyse des Sachstands zu Auswirkungen von Klimaveränderungen auf die deutsche Landwirtschaft und Maßnahmen zur Anpassung** von **Michaela Schaller und Hans-Joachim Weigel (2007)** beschreibt die Szenarien des globalen und regionalen Klimawandels. Anschließend geht er auf die möglichen Folgen der Veränderungen einzelner Klimaelemente (Temperatur, Niederschlag,

Kohlendioxid- und Ozongehalt der Atmosphäre etc.) für die Pflanzen- und Tierproduktion ein und fasst abschließend eine Reihe möglicher Anpassungsmaßnahmen zusammen. Er kann unter [www.vti.bund.de/de/institute/bd/publikationen/pdf/lbf\\_sh316.pdf](http://www.vti.bund.de/de/institute/bd/publikationen/pdf/lbf_sh316.pdf) als Buch bestellt oder als PDF-Dokument heruntergeladen werden.

Auch der **Deutsche Bauernverband (DBV)** befasst sich mit der globalen Erwärmung. In seinem **Klimareport der Land- und Forstwirtschaft (2007)** zeigt er unter anderem auf, welche Herausforderungen der Klimawandel für die Landwirtschaft bedeutet, wie sich die Anbauverhältnisse ändern werden und welchen Beitrag der Sektor zum Klimaschutz leistet, etwa durch CO<sub>2</sub>-Bindung oder den Anbau nachwachsender Rohstoffe. Der Bericht steht unter [www.bauernverband.de/index.php?redid=205702](http://www.bauernverband.de/index.php?redid=205702) zum Download bereit.

Die negativen Auswirkungen der Landwirtschaft auf das Weltklima und Möglichkeiten, diese zu reduzieren, hat der **World Wide Fund for Nature (WWF)** in seiner Studie **Methan und Lachgas – Die vergessenen Klimagase** zusammengefasst. Eine Kurzfassung steht als PDF-Datei unter [www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/pdf\\_neu/Methan\\_und\\_Lachgas\\_Die\\_vergessenen\\_Klimagase.pdf](http://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/pdf_neu/Methan_und_Lachgas_Die_vergessenen_Klimagase.pdf) zum Download bereit.

Wald, Klima, Forstwirtschaft und Holznutzung: Wer sich mit diesem Themenkomplex befasst, findet unter [www.waldundklima.net/](http://www.waldundklima.net/) ein offenes Internetportal. Forschungseinrichtungen, Institutionen und Forstverwaltungen, aber auch Projektträger, Vereine und Verbände, die sich mit diesen Themen befassen, können hier ihre Arbeiten und Ergebnisse präsentieren. Ziel ist es, die Informationen zu bündeln und in thematisch gegliederter Form aufzubereiten, so dass sie einem breiten Kreis von Interessenten zur Verfügung gestellt werden können.

## Speziell für Kommunen

Einen Schwerpunkt „Kommunaler Klimaschutz“ bietet die **Heinrich-Böll-Stiftung** auf ihren Internetseiten an. Unter [www.kommunale-info.de/index.html?nav/umwelt\\_sgb.asp?BereichId=1000200&SachgebietId=1001100](http://www.kommunale-info.de/index.html?nav/umwelt_sgb.asp?BereichId=1000200&SachgebietId=1001100) stehen zahlreiche Materialien und Arbeitspapiere zur Verfügung, die den Kommunen Hilfestellung zum Klimaschutz und zum Umgang mit dem Klimawandel geben – unter anderem zu Bau- und Wohnungswesen, Mobilität, Beschaffungswesen, Abfallwirtschaft und Energie-Einsatz. Ergänzt werden die Informationen durch Beispiele verschiedener Gemeinden, die bereits entsprechende Projekte umgesetzt haben.



Die „Tatenbank“ **Energiekommunal** des **Klimabündnisses** ist eine Projektdatenbank mit Beratungspool, die Kommunen und besonders die „Energiefachleute“ in Städten und Gemeinden in ihrem Bemühen

unterstützt, Energie intelligent und rationell einzusetzen. Sie stellt vorbildliche Projekte aus den Wettbewerben „Energiesparkommune“ und „Bundeshauptstadt im Klimaschutz“ der Deutschen Umwelthilfe vor. Kommunen erhalten außerdem die Möglichkeit, selbst Energie-Projekte einzustellen. Dabei ermöglicht die Struktur der Datenbank, mit den Projektverantwortlichen direkt Kontakt aufzunehmen: [www.energiekommunal.de/tatenbank.html](http://www.energiekommunal.de/tatenbank.html)

## Klima schützen und Geld sparen (oder sogar gewinnen!)

Ziel der Bundesregierung ist es, im Jahr 2020 den Ausstoß von Treibhausgasen in Deutschland gegenüber 1990 um 40 Prozent zu senken. Dazu können und sollen nicht nur Industrie und Landwirtschaft beitragen, sondern auch Privathaushalte. Wie Hauseigentümer und Mieter das Klima schützen und zugleich Geld sparen können, zeigt die Broschüre „Die Klima-Prämie“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, zu bestellen unter [www.bmu.de/klima-praemie](http://www.bmu.de/klima-praemie).



Privatpersonen, Firmen, Vereine, Verwaltungen und alle anderen Institutionen, die sich für den **Klimaschutz im Alpenraum** einsetzen, können sich bis zum 31. Juli 2008 im mit insgesamt 100.000 Euro dotierten **Wettbewerb cc.alps** bewerben. Dabei können Maßnahmen eingereicht werden, die zum

Klimaschutz oder zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels beitragen. Ausführliche Informationen gibt es unter [www.cipra.org/de/cc.alps/wettbewerb](http://www.cipra.org/de/cc.alps/wettbewerb).

Geld zu vergeben hat auch das nordrhein-westfälische Umweltministerium: Eine Förderung in Höhe von drei Millionen Euro winkt der Stadt oder Gemeinde, die sich als **NRW-Klimakommune** in einem Modellversuch auf die Folgen des Klimawandels vorbereiten will. Interessierte Kommunen müssen zunächst bis zum 15. Juli 2008 eine Kurzbewerbung beim Umweltministerium einreichen. Informationen hierzu stehen unter [www.klimakommune.nrw.de](http://www.klimakommune.nrw.de) bereit.



## Immer auf dem Laufenden

Wer in Sachen Klimaschutz immer auf dem aktuellsten Stand sein möchte, kann den Newsletter des **Kompetenzzentrums Klimafolgen und Anpassung (KomPass)** im Umweltbundesamt abonnieren. Der Newsletter stellt etwa vierteljährlich aktuelle Entwicklungen, Initiativen und Projekte im Zusammenhang mit der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel vor. Er kann bestellt werden unter [www.anpassung.net/Inn\\_701048/DE/Service/Newsletter/newsletter\\_\\_node.html?\\_\\_nnn=true](http://www.anpassung.net/Inn_701048/DE/Service/Newsletter/newsletter__node.html?__nnn=true).



# Mehr Schlagkraft für Forst und Holz in Bayern

Von Jörg Meyer, Markus Blenk und Jürgen Bauer

**Die Forst- und Holzwirtschaft ist die zentrale Kraft im ländlichen Raum Bayerns: Mit einem jährlichen Umsatz von über 31 Milliarden Euro und 175.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählt sie zu den wirtschafts- und gesellschaftspolitisch wichtigsten Branchen im Freistaat. Grund genug, dass sie auf Initiative von Forstminister Josef Miller in die Cluster-Politik der Bayerischen Staatsregierung aufgenommen wurde.**

**M**it 2,5 Millionen Hektar machen Wälder rund ein Drittel der bayerischen Landesfläche aus. Ein großer Teil der über 40.000 Betriebe der Forst-, Holz- und Papierwirtschaft im Freistaat ist räumlich eng an den Rohstoff Holz gebunden und somit überwiegend in ländlichen Regionen ansässig. Die große Bedeutung der Branche für die Entwicklung der ländlichen Räume gab im Jahr 2006 den Anstoß, die „Cluster-Initiative Forst und Holz in Bayern“ zu gründen. Mit der Cluster-Politik hat sich die bayerische Staatsregierung das Ziel gesetzt, 19 Branchen durch die Bildung von Netzwerken zu stärken. Der Begriff „Cluster“ steht hierbei für die enge Zusammenarbeit von Unternehmen und anderen Akteuren innerhalb einer Wertschöpfungskette.

## Potenzial ermittelt, Schwächen erkannt

Zu Beginn des Jahres 2007 wurde als Grundlage für die Ausrichtung der weiteren Aktivitäten zunächst eine bayernweite Cluster-Studie im Sektor Forst-Holz-Papier in Auftrag gegeben. Erstmals wurde damit die gesamte Branche im Land systematisch erfasst. In studienbegleitenden Regional-Konferenzen in den sieben bayerischen Regierungsbezirken haben die Cluster-Akteure Handlungsfelder und -empfehlungen für die künftige Weiterentwicklung und Stärkung der regionalen Netzwerke erarbeitet. Ein wichtiger Ansatzpunkt liegt darin, überregionale Kooperationen aufzubauen und diese miteinander zu vernetzen. Beispielhaft werden im Folgenden die regionalen Netzwerke im Allgäu und im Bayerischen Wald vorgestellt.

## Netzwerk I: Holzforum Allgäu



Das Holzforum Allgäu e. V. ist ein regionaler Zusammenschluss der Forst- und Holzwirtschaft im Allgäu. Im Jahr 2002 gegründet, waren von Anfang an alle Mitglieder der Wertschöpfungskette darin vertreten: vom Staatsforst und den forstlichen Zusammenschlüssen über Säger, Zimmerer, Holzbauunternehmer und Schreiner bis hin zu Architekten und zum Anbieter von Bioenergie. Grundgedanke des Holzforums ist es, das heimische Allgäuer Holz und die daraus entstehenden Produkte – vom Baum bis zum fertigen Möbelstück oder Haus – zu fördern und durch die Kontakte zwischen den einzelnen Teilbranchen neue Absatzmöglichkeiten zu schaffen. Forstminister Josef Miller hat diese Initiative von Anfang an kräftig unterstützt. Bis Anfang 2008 wurde die Regionalinitiative ehrenamtlich geführt. Gemeinsam mit der bayerischen Cluster-Initiative Forst und Holz konnte die Finanzierung eines hauptamtlichen Netzwerkmanagers gesichert werden. Er wird die Kooperation der Akteure auf lokaler und regionaler Ebene vorantreiben, die gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit intensivieren und z. B. auch Forschungsprojekte anstoßen. Neuestes Projekt der Initiative ist der Erweiterungsbau des Landratsamtes Oberallgäu in Sonthofen als energieeffizienter Neubau in Holz. Die Realisierung des Bauvorhabens ist ein gutes Beispiel regionaler Wertschöpfung: Von der Planung angefangen über die Bereitstellung des Rohstoffs bis hin zur Verarbeitung und Montage der

Konstruktion sind ausschließlich Allgäuer Unternehmen beteiligt.

**Tätigkeitsschwerpunkte des Holzforums sind:**

- Verbesserung des Absatzes von Holz und Holzserzeugnissen der einheimischen Forst-, Säge- und Holzwirtschaft;
- Förderung des Transfers von innovativem Wissen in die Region;
- Vernetzung des vorhandenen Potenzials in der Region als Grundlage für Innovationen;
- Werbung bei öffentlichen Bauten sowie bei Gewerbe- und Wohnungsbauten für die Holzbauweise unter Einbeziehung einheimischer Architektur- und Ingenieurbüros, Sägewerke, Zimmereien, Schreinereien und Holzbauunternehmen;
- Förderung des Holzhandwerks und des Holzkunsthandwerks;
- Förderung holzgebundener Energieträger;
- Organisation der Allgäuer Holzbaumesse in Kempten;
- gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit;
- Information und Weiterbildung von Entscheidungsträgern und Planern.

**Die Cluster-Initiative Forst und Holz in Bayern wiederum unterstützt diese Arbeit durch:**

- die Vermittlung von Expertenwissen (z. B. durch die Organisation von Vorträgen und Workshops);
- die Analyse von Stärken und Schwächen in den regionalen Wertschöpfungsstufen sowie von Handlungsfeldern (im Rahmen der erwähnten Studie);



Bild: 1 & 2: Holzabsatzfonds, 3: Holzforschung München



Forstminister Josef Miller im Gespräch beim Waldinfotag in Kempten.

Bild: Zentrum Wald-Forst-Holz Weißenstephan



Oben: Netzwerkmodell der Holzregion Bayerischer Wald/Ostbayern bei der zentralen Auftaktveranstaltung - Bild: Christoph Graf

Rechts: Großes Interesse der Allgäuer Waldbesitzer am Waldinfotag in Kempten - Bild: Zentrum Wald-Forst-Holz Weißenstephan



- die Mithilfe bei Projektanträgen für die Umsetzung konkreter Kooperationen und Forschungsprojekte mit regionalem Bezug;
- Forschung und Wissenstransfer;
- die Koordination und Abstimmung der Öffentlichkeitsarbeit;
- die Organisation von Veranstaltungen, die den Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis im ländlichen Raum vorantreiben sollen, beispielsweise beim regionalen Waldinfotag am 19. April 2008 in Kempten.

## Netzwerk 2: Cluster Forst und Holz Bayerischer Wald

In einer 2006 von der Cluster-Initiative Forst und Holz in Bayern initiierten zen-

tralen Auftaktveranstaltung haben sich Waldbesitzer, Waldbesitzervereinigungen, Sägewerke, Zimmerer, Schreiner, Heizungsbauer und Architekten zur „Holzregion Bayerischer Wald/Ostbayern“ zusammengefunden. Auch ihr Ziel ist der Aufbau eines regionalen Netzwerks entlang der Wertschöpfungskette Forst und Holz. Der Bayerische Wald weist eine der höchsten Walddichten Bayerns auf und aufgrund des großen Rohstoffaufkommens gibt es eine Vielzahl an klein- und mittelständischen Holzbe- und -verarbeitern. Insofern ist die Region Ostbayern eine Schwerpunktregion für den Cluster Forst und Holz. Ein Höhepunkt der bisherigen Arbeit ist der erfolgreiche Start einer neuen Messe in Ostbayern: Mit ihr wurde im Juni 2007 erstmalig in der Region eine Branchenausstellung entlang der gesamten Wertschöpfungskette organisiert. Hilfestellung bei

der Organisation und Durchführung des Projektes kam auch hier von der bayerischen Cluster-Initiative Forst und Holz sowie vom Landesbeirat Holz. Rund 13.000 Besucher haben sich auf der „Holz Passau 07“ von einer gelungenen Messepremiere des Sektors mit großer Außenwirkung auch in das benachbarte Österreich und Tschechien überzeugt.

## Cluster-Gedanke trägt Früchte

Bis Mitte 2007 wurde zudem gemeinsam mit den Akteuren vor Ort ein Businessplan für die Region entwickelt. Die Lokalen Aktionsgruppen von sechs Landkreisen im Bayerischen Wald haben sich darüber hinaus mit einem Projekt zum Aufbau eines regionalen Cluster-Managements beim Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten erfolgreich um Leader-Fördermittel beworben. Ab Sommer 2008 wird ein „Netzwerkmanager Forst und Holz“ in enger Abstimmung mit der Cluster-Initiative Veranstaltungen in der Region durchführen, Forschungsprojekte initiieren und Kooperationen bei kleinen und mittelständischen Unternehmen begleiten. Derweil zeigt der Cluster-Gedanke einer überregionalen Vernetzung bereits erste Früchte: Das etablierte Holzforum Allgäu bringt sich mit seinen langjährigen Erfahrungen aktiv für einen guten Start der Bayerwald-Initiative ein.

### Mehr Informationen:

Jörg Meyer  
Bayerisches Staatsministerium  
für Landwirtschaft und Forsten  
Telefon: 0 89 / 21 82-26 34  
E-Mail: joerg.meyer@stmlf.bayern.de

Dr. Jürgen Bauer  
Markus Blenk  
Cluster-Initiative Forst und Holz in Bayern  
Telefon: 0 81 61 / 71 51-48  
E-Mail: blenk@cluster-forstholzbayern.de  
www.cluster-forstholzbayern.de

## Die Cluster-Initiative Forst und Holz in Bayern

Die Steigerung von Wertschöpfung und Innovationsfähigkeit und die Sicherung von Arbeitsplätzen insbesondere im ländlichen Raum: So kann man die Ziele der Cluster-Initiative Forst und Holz in Bayern auf den Punkt bringen. Mit ihrer Hilfe soll die Kooperation von Wissenschaft, Handwerk und Wirtschaft angestoßen und intensiviert werden. Ein wichtiger Ansatzpunkt der Clusterarbeit sind dabei regionale Netzwerke in der Branche Forst – Holz – Papier. Die politische Federführung für die Initiative liegt beim Bayerischen Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten.

# Landwirtschaft und Gewässerschutz: Partner statt Konkurrenten

Von Astrid Krüger, Hubertus Schültken, Britta Schmitt und Hilke Prange

**Wenn die Wasserqualität von Europas Grundwasser, Flüssen und Seen zu wünschen übrig lässt, liegt das nicht nur, aber auch an den Einträgen aus der Landwirtschaft. Das Projekt WAgriCo will Wege aufzeigen, wie die Anforderungen der EG-Wasserrahmenrichtlinie mit den Belangen der landwirtschaftlichen Betriebe in Einklang gebracht werden können.**

**D**ie europäische Wasserrahmenrichtlinie (EG-WRRL) hat eine gute Gewässerqualität zum Ziel. Doch diese Qualität wird vielerorts noch nicht erreicht. Ein Grund hierfür sind diffuse Belastungen aus der Landwirtschaft, die die Qualität von Grundwasser und Oberflächengewässern nachhaltig beeinträchtigen. Im Sinne der EG-WRRL gilt es daher, geeignete Strategien und Maßnahmenprogramme zu entwickeln, mit deren Hilfe schädliche Einträge in die Gewässer reduziert werden können. Genau dies ist der zentrale Ansatzpunkt des dreijährigen EU-Life-Projektes **WAgriCo**. Das Kürzel steht für „**W**ater Resources Management in **C**ooperation with **A**griculture“, also „Wasserressourcenbewirtschaftung in Kooperation mit der Landwirtschaft“. Der Name macht deutlich: Es geht darum, die erarbeiteten Maßnahmenvorschläge gemeinsam mit Landwirten in der Praxis zu erproben. Auf diese Weise sollen die positiven Ansätze aus den niedersächsischen Trinkwasserkoooperationen für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie nutzbar gemacht und weiterentwickelt werden. Die Projektleitung liegt auf deutscher Seite beim Niedersächsischen Landesbetrieb für

Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWK); beteiligt sind außerdem vier deutsche und fünf englische Partner aus Wasserwirtschaft, Landwirtschaft und Forschung (s. *Infokasten*).

## 52 Betriebe in der Testphase

Ein wichtiges Ziel des Projektes ist es, zum Ende der Projektlaufzeit – im Herbst 2008 – einen Katalog mit konkreten Maßnahmen für einen landesweiten nachhaltigen Gewässerschutz vorzulegen. Hierzu werden in Niedersachsen zurzeit in drei ausgewählten Pilotgebieten (Große Aue, Lager Hase, Ilmenau/Jeetzel) Maßnahmen zur Reduzierung des Nährstoffeintrags erprobt. Die Gebiete unterscheiden sich hinsichtlich des Landschaftsraums, der bestehenden Flächennutzungen und damit auch der jeweiligen Problemstellungen erheblich. Insgesamt beteiligen sich mittlerweile 52 landwirtschaftliche Betriebe unterschiedlicher Produktionsausrichtungen mit rund 5.000 Hektar Fläche. Durch den intensiven Austausch zwischen den Projektpartnern einerseits und mit den praktizierenden Landwirten andererseits ist gewährleistet, dass die vorgeschlagenen

Konzepte praxistauglich sind. Schließlich kommt es darauf an, dass die angebotenen Maßnahmen bei den Landwirten auf Akzeptanz stoßen und auch vor Ort umsetzbar sind. So wurden beispielsweise Bewirtschaftungsbedingungen terminlich an die entsprechenden Standortverhältnisse angepasst, um den Anbau der Folgefrucht zeitnah besser umsetzen zu können.

## Erste Maßnahmenliste liegt vor

Als aktuelles Zwischenergebnis hat das Projekt WAgriCo Vorschläge erarbeitet, die jetzt bei der landesweiten Umsetzung der EG-WRRL berücksichtigt werden. Die Liste enthält vor allem Maßnahmen zur aktiven Begrünung, zur reduzierten Bodenbearbeitung und zur gewässerschonenden Ausbringung von Wirtschaftsdünger durch den Einsatz moderner Technik und durch zeitliche Beschränkungen der Ausbringung. Elementarer Bestandteil der zielgerichteten Maßnahmenumsetzung ist die Beratung.

### Die Partner von WAgriCo

Am Projekt WAgriCo sind auf deutscher Seite neben dem NLWK als Projektleiter die Landwirtschaftskammer Niedersachsen, das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie, das Johann Heinrich von Thünen-Institut – Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei sowie das Forschungszentrum Jülich beteiligt. Ein analoges Teilprojekt wird in Großbritannien durchgeführt. Auch hier sind fünf Projektpartner aus der Wasserwirtschaft, der Landwirtschaft und der Forschung beteiligt. Ziel ist es, die Teilergebnisse aus Niedersachsen und Großbritannien zusammenzuführen und durch den fachlichen Austausch die Übertragbarkeit der Projektergebnisse auf weitere europäische Mitgliedstaaten zu fördern. Aktuelle (Zwischen-)Ergebnisse finden sich unter [www.wagrico.de](http://www.wagrico.de)



Erläuterungen und Diskussion zur Cultan-Injektionsmaschine  
Bild: NLWK



**Gülleausbringung mit Schleppschuhtechnik zur erhöhten Nährstoffausnutzung von Wirtschaftsdüngern**

Bild: NLWKN

## Unverzichtbar: Erfahrungsaustausch ...

Ein wesentlicher Projektbestandteil ist der internationale Erfahrungsaustausch mit den englischen Projektpartnern und Landwirten. Hierbei wird unter anderem diskutiert, inwieweit übertragbare Ergebnisse und Methoden als gemeinsames Projektergebnis bereitgestellt werden können. Zu diesem Zweck fand im September 2006 in Dorchester/Südengland und im Juni 2007 in Lüneburg ein Treffen der deutschen und englischen Landwirte und der Projektpartner statt.

## ... mit Praxisbezug

Bei beiden Treffen wurden konkrete Praxisbeispiele aufgezeigt. In Dorchester wurden drei unterschiedlich ausgerichtete landwirtschaftliche Betriebe besucht, die in ihrer Gesamtheit sowohl den Futterbau-/Veredlungszweig als auch den Marktfruchtzweig abdecken. In den niedersächsischen Pilotgebieten Lager Hase und Ilmenau/Jeezel standen Betriebe mit Ackerbau, Mast Schweinehaltung und Biogasanlagen auf dem Programm. Neben der Besichtigung der Flächen, Hofanlagen und WAgriCo-Maßnahmen nahm die Diskussion zwischen den Landwirten besonderen Raum ein: zu den Rahmenbedingungen der Bewirtschaftung (Boden- und Klimaverhältnisse, Preisspiegel für Verbrauchsgüter wie Treibstoff oder Trinkwasser, aber auch für landwirtschaftliche Produkte) sowie zu den Erfahrungen und Erwartungen bezüglich der Maßnahmen zur gewässerschonen Landbewirtschaftung.

## Was ist gleich, was ist anders?

Auf der Grundlage der jeweils andersartigen naturräumlichen, rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Landbewirtschaftung in Großbritannien und Niedersachsen haben die Teilnehmer hierbei Unterschiede und Ähnlichkeiten in der Maßnahmenplanung und -umsetzung diskutiert. In beiden Ländern sind die Maßnahmen schwerpunktmäßig auf Beratung, Begrünung und den gewässerschonenden Einsatz von Wirtschaftsdüngern ausgerichtet. Unterschiede bestehen hinsichtlich der Einzelmaßnahmen. So ist in Großbritannien lediglich eine Variante zum Zwischenfruchtanbau vorgesehen, während dazu in Niedersachsen verschiedene Möglichkeiten angeboten werden. Hier gibt es außerdem spezielle Maßnahmen zum Maisanbau. Die englischen Projektpartner wiederum hat-

ten großes Interesse am Cultan-Verfahren, einer Ammonium-betonen Stickstoff-Depotdüngung, die ebenfalls in Niedersachsen angeboten wird. Da aufgrund der rechtlichen Regelungen in Großbritannien vergleichsweise wenig Lagerstätten für Wirtschaftsdünger vorhanden sind, ist für die britischen Partner auch der Bau der Lager ein zentrales Thema. Demgegenüber wird in Niedersachsen die „ergebnisorientierte Honorierung“ einer verbesserten N-Ausnutzung weiterentwickelt.

Gerade durch die Internationalität und die Verknüpfung zwischen Theorie und Praxis hat der Austausch zu einer differenzierten Sicht auf die Anforderungen des Gewässerschutzes und die diesbezüglichen Möglichkeiten der Landwirtschaft beigetragen. Dabei wurde deutlich, dass die sehr unterschiedlichen Ausgangsbedingungen auch zu unterschiedlichen Maßnahmenprogrammen im Rahmen des Projektes führen werden.

Im Juni dieses Jahres wird das dritte und letzte internationale Treffen stattfinden, diesmal wieder in Dorchester. Dann wird sich alles um die Frage drehen, wie die im Projekt erprobten Maßnahmen und gewonnenen Erkenntnisse in konkrete, unter anderem über ELER geförderte Agrarumweltprogramme integriert werden können.

### Mehr Informationen:

Dr. Astrid Krüger, Hubertus Schültken  
Niedersächsischer Landesbetrieb  
für Wasserwirtschaft, Küsten- und  
Naturschutz  
Telefon: 05 11 / 30 34-30 53 oder -30 16  
E-Mail:  
astrid.krueger@nlwkn-dir.niedersachsen.de  
hubertus.schueltken@  
nlwkn-h.niedersachsen.de



Bild: NLWKN



# „Bei uns ist alles drin!“

Von Christina Pfeiffer

**Dass es auch in kleinen Gemeinden gelingen kann, die Grundversorgung der Bevölkerung zu sichern, zeigt ein pfiffiges Konzept aus dem hohen Norden: Einkaufsmöglichkeiten, Dienstleistungsangebote und Gemeinschaftsleben werden in einem „MarktTreff“ gebündelt. Individuell und wirtschaftlich tragfähig.**

Überall in den Gemeinden der ländlichen Regionen zeigt sich ein ähnliches Bild: Die kleinen Lebensmittelläden und der Dorfgasthof müssen schließen, Post und Geldinstitute ziehen ihre Filialen ab. Damit sinkt auch die Lebensqualität für die dörfliche Bevölkerung. Um dieser Entwicklung mit neuen Ideen entgegenzutreten, hat das Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume in Schleswig-Holstein schon Ende 1999 die Initiative ergriffen. Gemeinsam mit engagierten Akteuren aus den Regionen, aus Wirtschaft und Verbänden wurde das Projekt „MarktTreff“ gestartet. Es zeigt neue Wege auf, wie attraktive Versorgungsangebote für Dörfer mit rund 700 bis 1.900 Einwohnern geschaffen und gesichert werden können.

## Alles unter einem Dach

Der Name MarktTreff steht für die Philosophie des Konzeptes: Marktplatz und Treffpunkt in einem. Das bedeutet Sicherung der Grundversorgung und Schaffung von Arbeitsplätzen, aber auch Stärkung der Dorfgemeinschaft. Denn in den MarktTreffs wird nicht nur eingekauft – hier begegnen sich Jung und Alt, hier informieren sich die Menschen, hier gehen sie ihrer Freizeitbeschäftigung nach. Und das alles unter einem Dach, maßgeschneidert für die jeweilige Gemeinde. Die Angebotschwerpunkte in den einzelnen MarktTreffs sind daher sehr unterschiedlich. Eines ist jedoch allen gemeinsam: Möglichst viele Produkte, Dienstleistungen und Angebote werden zusammengefasst. Ganz nach dem Motto: „MarktTreff. Bei uns ist alles drin.“ Dadurch soll sichergestellt werden, dass sich die Projekte langfristig wirtschaftlich tragen.

Heute gibt es in Schleswig-Holstein bereits 25 MarktTreffs, die das Konzept erfolgreich umgesetzt haben, zehn weitere sind konkret geplant (Stand: Mai 2008). In den kommenden Jahren sollen landesweit rund 50 dieser Projekte umgesetzt werden, so dass ein weit verzweigtes Netzwerk vielfältiger dörflicher Versorgungs- und Dienstleistungszentren entsteht. Der Erfolg des schleswig-holsteinischen Projektes beruht auf mehreren Faktoren, die sich gegenseitig unterstützen.

## 3-Säulen-Konzept

Um die Tragfähigkeit sicherzustellen, wird jeder MarktTreff auf drei Säulen aufgebaut: Kerngeschäft, Dienstleistungen und Treffpunkt.

Das Kerngeschäft bildet die wirtschaftliche Grundlage. In der Regel ist dies ein Lebensmittel-Einzelhandel, erweitert um Non-Food-Angebote. Je nach Standort ergänzen unterschiedliche Dienstleistungen das Angebot – das können beispielsweise der Postservice, eine Annahmestelle für Reinigung, Lotto/Toto, eine Bestell- und Serviceagentur für den Versandhandel, Servicepunkte von Geldinstituten, Versicherungen, Kommunalverwaltung, Versorgungsunternehmen (Strom, Abfall etc.), Angebote für Kinder, Jugendliche, Senioren oder Tourismuseinrichtungen sein. In jedem MarktTreff ist die notwendige Infrastruktur für Online-Dienste vorhanden. So können Angebote genutzt werden, ohne dass Personal anwesend sein muss (beispielsweise Geldautomaten, Internet-Zugang). Daneben trifft man sich im MarktTreff aber auch zum Klönen oder für gemeinsame Aktivitäten. Vereine können den MarktTreff für ihre Veranstaltungen nutzen. Dadurch

entsteht ein neues multifunktionales dörfliches Zentrum, von dem sich alle Generationen angesprochen fühlen sollen.

## Auch das Projekt lernt

Der schleswig-holsteinische MarktTreff ist ein „lernendes“ Projekt, das ständig an neue Rahmenbedingungen angepasst wird. Ein aktuelles Beispiel hierfür ist die Bündelung von Gesundheitsdienstleistungen, um der rückläufigen Versorgung mit medizinischen Angeboten in den ländlichen Regionen zu begegnen. So wurde in der Gemeinde Beidenfleth im Kreis Steinburg Ende 2007 der erste multifunktionale Gesundheitstreff als Erweiterung des MarktTreffs entwickelt. Hier kooperieren jetzt verschiedene Gesundheitsanbieter (DRK/ Sozialstation, Physiotherapeut, Arzt mit Zweigpraxis), die sich die Räumlichkeiten teilen. So können kleinteilige, flexible und für die Mieter wirtschaftliche Lösungen geschaffen werden.





Aus der Praxis

**Oben: Klönen bei einer Tasse Kaffee im MarktTreff Gülzow**

**Links: Fort- und Weiterbildung im MarktTreff - auch für ältere Menschen.**

Alle Bilder: Markttreff

## Partnerschaftlicher Aufbau

Um langfristig tragfähig zu sein, brauchen MarktTreffs eine starke örtliche Verankerung. Deshalb wird die Dorfbevölkerung von Beginn an intensiv eingebunden. Bürger, Gemeinde und Betreiber verstehen sich als Partner. Gemeinsam erarbeiten sie die individuellen Anforderungen, die Inhalte und die Gestaltung der Angebote und Dienstleistungen ihres MarktTreffs. Um verbindliche Strukturen für das ehrenamtliche Engagement der Bürger und die verschiedenen Vereine zu schaffen und den Treffpunkt kontinuierlich mit Leben zu füllen, empfiehlt sich die Gründung eines Vereins.

In erster Linie gilt aber: Jeder MarktTreff ist ein Wirtschaftsunternehmen. Die Auswahl eines qualifizierten Betreibers spielt daher eine entscheidende Rolle. Persönliches Engagement, Servicegedanke und Kreativität der Betreiberinnen und Betreiber sind ein wesentliches Erfolgskriterium.

## Förderung für den Start

Das Land Schleswig-Holstein hat bis Ende 2013 eine Anschubförderung der einzelnen MarktTreffs als „Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung für die ländliche Wirtschaft und Bevölkerung“ aus Mitteln der EU (ELER), des Bundes (GAK) und des Landes vorgesehen. Diese Mittel können zur Förderung der baulichen Investitionen inklusive der Grundausstattung sowie für konzeptionelle Leistungen eingesetzt werden. Die Förderquote liegt für kommunale Zuwendungsempfänger zurzeit bei bis zu 55 Prozent. Die laufenden Betriebskosten werden jedoch nicht gefördert. Bei Trägerschaft und Finanzierung sind unterschiedliche Modelle möglich. Voraussetzung ist, dass die Gemeinde für 12 Jahre die Verantwortung für die Sicherung des MarktTreffs und damit für die nachhaltige Grundversorgung übernimmt.

## Professionelle Begleitung

Der Erfolg des Projektes beruht nicht zuletzt darauf, dass es landesweite und lokale Ebenen der Zusammenarbeit und Unterstützung effektiv verbindet. Fragen, die alle Standorte betreffen, werden zentral behandelt und gelöst. Das spart Kosten und bündelt Know-how. Die Kosten für eine professionelle Begleitung von der Entwicklung bis zur Realisierung eines MarktTreffs werden vom Land gefördert. Hier geht es beispielsweise darum, gezielt Bürgerengagement zu initiieren, Arbeitskreise aufzubauen, Dienstleistungspartner zu gewinnen, Nutzungskonzepte zu erar-

beiten sowie das Gesamtkonzept auf seine nachhaltige Tragfähigkeit zu überprüfen. Regelmäßige Auswertungen und Workshops zeigen den Gemeinden und Betreibern zudem Möglichkeiten auf, wie sie ihren MarktTreff optimieren können.

In Schleswig-Holstein hat sich das Konzept MarktTreff als tragfähig erwiesen. Es wird bereits in andere Bundesländer und sogar bis nach Österreich exportiert.

### Mehr Informationen:

Christina Pfeiffer  
Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein  
Telefon: 04 31 / 988 50 78  
Telefax: 04 31 / 988 50 73  
E-Mail: [Christina.Pfeiffer@mlur.landsh.de](mailto:Christina.Pfeiffer@mlur.landsh.de)  
[www.markttreff-sh.de](http://www.markttreff-sh.de)

## Breite Unterstützung sichert Erfolg

Ein landesweiter Beirat mit Vertretern aus fast allen gesellschaftlich relevanten Institutionen im ländlichen Raum begleitet das Projekt MarktTreff in Schleswig-Holstein kontinuierlich und sorgt für hohe Akzeptanz und zusätzliche Anregungen. Zu den offiziellen MarktTreff-Partnern zählen u.a. folgende Verbände: Schleswig-Holsteinscher Gemeindegtag, Bauernverband, LandFrauenverband, Landjugendverband, Deutsches Rotes Kreuz, Diakonisches Werk, Landessportverband, Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche, IHK Schleswig-Holstein und Kassenärztliche Vereinigung. Medienpartner ist der schleswig-holsteinische Zeitungsverlag.



**Vielfalt unter einem Dach: der MarktTreff in Gülzow (Kreis Herzogtum Lauenburg).**  
Alle Bilder: Markttreff

# Südburgenländisches Paradies trifft bezaubernde Märkische Schweiz

Von Friedrich Schindler

**Die LAG Märkische Schweiz hat ein Qualitätssiegel für Landwirtschaft und Tourismus erarbeitet, das nicht allein auf die Hochwertigkeit von Produkten und Serviceleistungen setzt, sondern auch auf Kooperation und Regionalität. Vorbild für das Markensiegel ist das Südburgenland. Lesen Sie im folgenden Beitrag, welche Früchte die deutsch-österreichische Kooperation bereits trägt.**

Unsere Reise in die LEADER+Region Südburgenland im Herbst 2007 war von hohen Erwartungen geprägt. Wirbt doch unser Kooperationspartner nahe der ungarischen Grenze mit dem Qualitätszeichen „Südburgenland – Ein Stück vom Paradies“. Und wahrhaftig, wir haben auf unserer Genussreise viel Originalität und Gastfreundschaft erlebt: Unsere Gruppe aus Hoteliers, Gastronomen, Bürgermeistern und Produzenten aus der Märkischen Schweiz wurde von „Pannonischen Schmankerlwirten“ verwöhnt, ließ sich frischen Most in „echt.guat“ Buschenschenken schmecken und probierte vom „Zickentaler Moorochsen“. Dies alles in ortstypischen Höfen und Gärten, fasziniert den alten Geschichten von Wilderern und Grenzgängern am „Eisernen Vorhang“ lauschend. Voll beladen mit frischem Kürbiskernöl und Tomatenessig, Bio-Knoblauch-Pasta und original Uhudler-Wein kehrten wir heim – um viele neue Erfahrungen reicher.

## **Kooperationsprojekt: Mehr als bezaubernd ...**

Schon seit längerem wirbt die Lokale Aktionsgruppe (LAG) Märkische Schweiz (jetzt Märkische Seen) mit ihrem Identitätszeichen „Märkische Schweiz – einfach bezaubernd“ für ihre Region. Das im Mai 2007 begonnene Kooperationsprojekt mit dem österreichischen Partner sollte dem Erfahrungsaustausch dienen, um das Markenzeichen weiterzuentwickeln; dabei sollten Instrumente gefunden und weiterentwickelt werden, um die landwirtschaftlichen und touristischen Angebote zu verknüpfen und gemeinsam erfolgreich zu vermarkten.

## **Touristen an die Region binden**

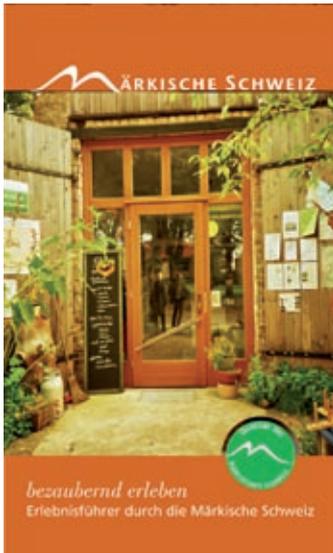
Die Südburgenländer haben dies in den vergangenen Jahren schon umgesetzt. Dreißig Betriebe mit den Schwerpunkten Obst und Wein, Süß- und Teigwaren, Milch

und Fleischprodukte bilden ein Netzwerk, innerhalb dessen sich Produzenten, Gastronomen und Hoteliers gegenseitig unterstützen, gemeinsame Aktionen planen und die Produkte des anderen neben den eigenen vermarkten. Unterstützt wird dieses Angebot durch Reise- und Erlebnisangebote, Besichtigungen und Verkostungen in den Betrieben und Hofläden. So hat das Südburgenland unter dem Motto „Komm und genieß!“ schon erreicht, wo die Märkische Schweiz noch hin will: Zwischen Besuchern und Produzenten bestehen persönliche Beziehungen beziehungsweise werden bei jedem neuen Kontakt geknüpft; so werden die Gäste an die Region gebunden.

„Paradiesbetriebe“ sind ausgezeichnete Qualitätsbetriebe; zusätzlich zu festgelegten Kriterien müssen sie sich durch Gastfreundlichkeit und Individualität auszeichnen. Ihr Kennzeichen, ein vierblättriges Kleeblatt, ist mittlerweile zum Markenzeichen der „Paradiesregion“ geworden.



Transnationaler Informationsworkshop in Österreich 2007 - Bild: Friedrich Schindler



Broschürentitel Märkische Schweiz

### „Lessons learned“: Stärker vernetzen, Angebot ausweiten, ...

Welche Ideen und Maßnahmen unserer österreichischen Kooperationspartner konnten wir für die Märkische Schweiz übernehmen? Bereits für das LEADER+ Kooperationsprojekt „Direktvermarktung regionaler Qualitätsprodukte und ländlicher Tourismus“ hatten wir die guten Angebote unserer Region für die Direktvermarktung und für den Landurlaub zusammengeführt und mit denen der drei anderen beteiligten LEADER+Regionen aus Brandenburg im Dezember 2007 erfolgreich in Berlin vermarktet. Das Südburgenland hat uns gelehrt, dass die Betriebe noch weiter vernetzt und Themenangebote wie Qualitätswandern, Reiten, Rad- und Bustouren sowie Übernachtungsangebote entwickelt werden mussten.

### ... einfach halten

Zu diesem Zweck gründeten alle Interessierten – Betriebe, Künstler, Tourismusverband, Bürgermeister und Naturparkverwaltung – eine Arbeitsgruppe. Bei ihren acht Treffen in 2007 und 2008 entwickelten sie mit Hilfe eines Unternehmensberaters Ideen zu Geschichten-Marketing, Vernetzung und Inszenierung touristischer Angebote und Marketingkooperationen der Hotels und Gaststätten und diskutierten Thementage wie „Altfriedländer Fischerfest“, „Gartentag und Rosenfest in Buckow“, „Reiterfest Pritzshagen“ und „Musiksommer Märkische Schweiz“. Hier entwickelten die Akteure auch gemeinsam die Anforderungen für das Zeichen „Qualität in der Märkischen Schweiz“. Allen war dabei wichtig, keine Qualitätsbürokratie zu schaffen, sondern einfache, leicht zu überprüfende Regeln festzulegen. Nur so werden Betriebe nicht abgeschreckt, nur so wird die für ein erfolgreiches Qualitäts-

zeichen notwendige Anzahl teilnehmender Betriebe erreicht.

### Bestehende Qualitätszeichen nutzen

Jeder Qualitäts-Betrieb muss sich verbindlich zu einem Qualitätskodex, der in einer „Markenpräambel“ zusammengefasst wurde, bekennen. Dieser verpflichtet zur Kooperation und signalisiert dem Kunden bzw. Gast:

- die Bevorzugung regionaler Erzeugnisse,
- hohe, überdurchschnittliche Produkt- und Servicequalität,
- Transparenz der Produktions- und Dienstleistungskette,
- naturraum- und ressourcenschonende Produktion und Verarbeitung,
- authentisches Angebot entsprechend der Tradition der Märkischen Schweiz.

Um Zertifizierung und Kontrolle zu vereinfachen, wurden als Basisanforderungen bereits bestehende branchen- oder produktspezifische Qualitätsauszeichnungen wie Bio-Zertifikat, DLG-Siegel, Hotelsterne etc. herangezogen. Darauf aufbauend wurden jeweils differenzierte Anforderungen für Hotels und Pensionen, Ferienwohnungen, Gastronomie, Hofläden und Produzenten definiert. Diese Checklisten konzentrieren sich auf die Themenfelder Regionalität und Kooperationsbereitschaft, Servicequalität und Umweltaspekte sowie Orts- und Landschaftsbild. Je nach Branche variiert die Anzahl der Kriterien zwischen neun (für Produkte) und 61 (für Hotels), wovon – frei nach Wahl – rund die Hälfte erfüllt sein müssen, um mit dem Qualitätszeichen werben zu können.

Eine Vorortkontrolle durch einen noch zu benennenden Träger ist geplant. Die Eintragung der Wort-Bildmarke ist beim Deutschen Patent- und Markenamt in München beantragt.

Inzwischen umfasst das Qualitäts-Netzwerk zwanzig Betriebe und Organisationen – von der Holzofenbäckerei und dem Kneippgästehaus bis zum Eiszeitgarten und dem Tourismusamt –, die zukünftig das Qualitätszeichen führen wollen. In dem Erlebnisführer „Märkische Schweiz – einfach bezaubernd erleben“ werden diese Partner und das Qualitätszeichen präsentiert und insbesondere im nahen Berlin beworben. Dies soll den Grundstein legen für ein ähnlich erfolgreiches Markennetz, wie wir es im Südburgenland kennengelernt haben.

#### Mehr Informationen:

Friedrich Schindler  
Ingenieurbüro für Architektur, Stadt- und Dorfplanung  
Telefon: 0 30 / 6 91 43 18  
E-Mail: lag@maerkische-schweiz.de  
www.landsucht.de



Beispiel eines Zertifizierungsschildes des Südburgenlandes

### Beispiel für das Qualitätssiegel „Märkische Schweiz – einfach bezaubernd erleben“: Kriterienkatalog Ferienwohnung (Auszug)

Von insgesamt 43 Kriterien müssen 28 erfüllt sein

#### Branchenkriterien:

- Liegewiese, Terrasse oder Balkon nutzbar
- Leihfahrräder (Angebot oder Vermittlung)

#### Service- und Informationsqualität:

- Infomaterial über die Region auf dem Zimmer
- Fahrplan ÖPNV einsehbar
- Hinweise auf Einkaufsmöglichkeiten regionaler Produkte

#### Umwelt:

- Sparsamer Umgang mit Ressourcen durch Betreiber (Dokumentation)
- Angebot für Gepäcktransport zu ÖPNV-Haltepunkten

#### Netzwerkcompatibilität:

- Liste der regionalen Produzenten ist ausgelegt
- Regionale Handwerker werden bei gleicher Eignung bevorzugt
- Kulturkalender ist zugänglich

#### Ambiente/Architektur/Design:

- Einfügung des Gebäudes in das Ortsbild
- Einsatz von umweltverträglichen Materialien bei Baumaßnahmen

#### Verpflegung (falls angeboten):

- Anteil regionaler Produkte am Frühstück mindestens 20 Prozent
- Weitestgehender Verzicht auf Portionsabpackungen



# Kooperationsprojekte mit Langzeitwirkung

Von Brigitte Ahlke und Michael Huebner

**Transnationale Kooperationsprojekte haben auch über die konkreten Projektergebnisse hinaus zahlreiche positive Wirkungen. Welche dies sind und welcher Nutzen den Regionen daraus entsteht, zeigt ein Projekt des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung.**

Die Interreg-Projekte der Förderperiode 2000 – 2006 sind weitgehend abgeschlossen. Dies war Anlass für das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), im Rahmen des Forschungsprogramms „Modellvorhaben der Raumordnung“ der Frage nachzugehen, welche Wirkungen transnationale Kooperationsprojekte zeigen. Mit Blick auf alle fünf Interreg-Kooperationsräume mit deutscher Beteiligung ermittelt die FORUM GmbH für das BBR die unterschiedlichen Wirkungen von Interreg-III-B-Projekten. Dabei sollen insbesondere diejenigen Effekte ermittelt werden, die außerhalb der eigentlichen Projektstrukturen bzw. im Nachgang der Projekte ausgemacht werden können. So soll geklärt werden, welchen Nutzen Interreg-Projekte generell aufweisen und wie dieser Nutzen gesteigert werden kann.

## 20 Projekte auf dem Prüfstand

Anfang 2007 gab es insgesamt 496 Interreg-III-B-Projekte mit deutscher Beteiligung. In einem mehrstufigen Selektionsprozess wurden hiervon 20 Projekte ausgewählt, die die Auswirkungen des Instrumentes „Interreg B“ besonders gut demonstrieren. Im Laufe der Fallstudien haben sich vier zentrale Wirkungsbereiche herausgestellt, die den Nutzen von Interreg-Projekten verdeutlichen:

### Pluspunkt I: Aufbau transnationaler Steuerungskompetenz

Transnationale Steuerungskompetenz meint hier die Fähigkeit, für alle Seiten



Inschrift WIHCC - Bild: Peter Jeucken



Die vier zentralen Wirkungsbereiche von Interreg-Projekten

Quelle: BBR

verbindliche Entscheidungen zu treffen. Ein Teil der Interreg-Projekte trägt zu transnationaler Handlungsfähigkeit in den für die Ziele von Lissabon und Göteborg relevanten Gestaltungsbereichen bei. Dabei handelt es sich thematisch beispielsweise um die Entwicklung marktgerechter Transportkorridore oder Transitstrecken, um den Klimaschutz im Alpenraum (s. S. 26 - 27) oder um das Hochwassermanagement in den Einzugsgebieten größerer Flüsse. Durch die Interreg-Projekte entwickeln sich stabile Kooperationen zwischen den jeweils zuständigen Behörden und Institutionen. Auf diese Weise kann mit der Zeit für die jeweiligen Gebiete eine transnationale Steuerungs- bzw. Entscheidungskompetenz aufgebaut werden.

### Pluspunkt II: Mobilisierung finanzieller Ressourcen

Interreg-Projekte sind in der Regel keine Investitionsvorhaben. Dennoch verfügen sie oftmals über eine Hebelwirkung im Bereich finanzieller Ressourcen: Je nach Ansatz und Ausführung können sie Investitionen lenken oder beschleunigen. Der Nutzen der Projekte liegt dann

hauptsächlich darin, dass sie Folgeinvestitionen schneller und treffsicherer machen, wodurch wiederum Multiplikatorwirkungen eintreten. Hierzu ein Beispiel: Das Projekt Water in Historic City Centers (WIHCC) zeigt, dass durch relativ geringe Investitionen der weitere Mitteleinsatz gezielt gelenkt und damit der Nutzen einer Maßnahme deutlich erhöht werden kann. Das Projekt, in dem Revitalisierungsstrategien in historischen Stadtzentren in Großbritannien, Irland, Belgien und den Niederlanden umgesetzt werden – unter anderem Maßnahmen zur Neugestaltung von Flüssen und Häfen – verdeutlicht vor allem die qualitative Hebelwirkung von

### Interreg aktuell

In der aktuellen Strukturfondsperiode fördert die Europäische Kommission im Rahmen des Ziels „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ die transnationale Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten und ihrer Städte und Regionen (Interreg IV B). Ziel ist eine integrierte territoriale Entwicklung. Deutschland ist wie in den vorherigen Förderperioden an fünf transnationalen Kooperationsräumen beteiligt.



Neuer Markt in Breda - Bild: Wessel Keizer

Interreg-Projekten: Viele der über das Projekt getätigten Investitionen ergänzen die Gesamtaktivitäten und tragen dazu bei, eine intelligente Verknüpfung mit anderen Ressourcen zu leisten. In der englischen Stadt Chester wurden beispielsweise mehr als zehn verschiedene Finanzierungsinstrumente für städtische Revitalisierungsvorhaben eingesetzt.

### Pluspunkt III: Qualitätsmanagement für Stadt und Region

Interreg-Projekte verbessern die Qualität der regionalen Entscheidungsfindung: In Städten oder Regionen, die (eventuell sogar mehrfach) an Interreg-Projekten teilgenommen haben, ist Lernen kein Zufallsprodukt mehr. Vielmehr entsteht ein systematisches Qualitätsmanagement, bei dem die Akteure jeweils einschlägige „Leuchtturmprojekte“ auswerten und ihre eigenen Entscheidungen vor diesem Hintergrund kritisch hinterfragen. Auf diese Weise führt Stadt- und Regionalpolitik langfristig zu besseren Ergebnissen.

### Pluspunkt IV: Innovationen bei Standards, Verfahren und Marken

In der Regel werden innerhalb von Interreg-Projekten keine technischen Erfindungen gemacht, die sich danach auf dem Markt behaupten. Doch betreten viele

Projekte in ihrem jeweiligen Themenfeld Neuland: Sie entwickeln neue Verfahren, mit denen nachfolgende Aktivitäten anderer Akteure wesentlich effizienter abgewickelt werden können. Zum Teil werden auch Arbeitsgrundlagen geschaffen, die zukünftigen Kooperationen die Arbeit erleichtern. Eine besondere Form der Innovation sind schließlich Marken, die ein einheitliches Erscheinungsbild zugehöriger Angebote und Aktivitäten sichern und dazu beitragen, transnationale Qualitätsstandards für touristische Angebote zu schaffen. Dies zeigt sich am Beispiel der Marke EuRoB: Die „Europäische Route der Backsteingotik“ (EuRoB) zielt darauf ab, die historische Bausubstanz in durch Backsteingotik geprägten Ostseestädten und -gemeinden zu erhalten, indem neue Nutzungen für die Gebäude entwickelt und diese Gebäude als touristische Attraktionen gefördert werden. Die dauerhafte Etablierung und Vermarktung der transnationalen Route über den Förderzeitraum hinaus führt zu einer langfristig besseren ökonomischen Inwertsetzung des lokalen Kulturerbes. Die Nachhaltigkeit solcher innovativer Wirkungen ist eng an das Vorhandensein entsprechender Strukturen geknüpft, in denen die Innovation dauerhaft genutzt und weiterentwickelt wird. Im Rahmen des Projektes EuRoB II hat ein eigens gegründeter Verein die transnationale Trägerschaft der Dachmarke und die Weiterentwicklung und Verbreitung der mit der Marke verbundenen Standards übernommen.

### Endgültige Ergebnisse auf euregia vorgestellt

In der nun laufenden letzten Phase des Forschungsvorhabens werden die Ergebnisse im Rahmen von mehreren Workshops weiter konkretisiert. Dabei wird gemeinsam mit ausgewählten Experten insbesondere untersucht, wie die Projektwirkungen entstehen. Die Abschlusskonferenz zum Projekt findet im Rahmen der Fachveranstaltung „Transnationale Zusammenarbeit: Wirkungen, strategische Projekte und Unterstützung durch das Bundesprogramm“ auf der diesjährigen euregia am 29. Oktober 2008 in Leipzig statt. Hier werden unter anderem beispielhafte Wirkungen und ihre Erfolgsfaktoren mit der Fachöffentlichkeit diskutiert und Konsequenzen für die Konzeption von Projekten erörtert. Für regionale Akteure und andere Projektantragsteller bietet die Veranstaltung damit Hinweise, wie sie Projekte ausgestalten können, um deren Wirksamkeit zu steigern.

#### Mehr Informationen:

Brigitte Ahlke  
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung  
Referat I 3 – Europäische Raum- und Stadtentwicklung  
Telefon: 02 28 / 99 4 01 - 23 30  
E-Mail: [brigitte.ahlke@bbr.bund.de](mailto:brigitte.ahlke@bbr.bund.de)

FORUM GmbH  
PD Dr. Michael Huebner  
Telefon: 04 41 / 98 0 59 12  
E-Mail: [hue@forum-oldenburg.de](mailto:hue@forum-oldenburg.de)



Marienkirche in Danzig - Bild: Europäische Route der Backsteingotik e.V.

#### Informationen zum Forschungsvorhaben sowie zu Interreg sind auch auf den folgenden Internetseiten zu finden:

[www.bbr.bund.de](http://www.bbr.bund.de) >>  
Forschungsprogramme >> Modellvorhaben der Raumordnung >> Studien >> Analyse der Auswirkungen, des Nutzens und der Umsetzung von Interreg IIIB-Projekten; [www.interreg.de](http://www.interreg.de);  
[www.euregia-leipzig.de](http://www.euregia-leipzig.de).

# Innovative Daseinsvorsorge: Den Herausforderungen für ländliche Räume begegnen

Von Theo Augustin und Thorsten Hinrichs

Ländliche Räume stehen nicht nur in Deutschland vor großen Herausforderungen. Auch in vielen anderen Ländern werden neue Wege der ländlichen Entwicklung diskutiert und erprobt. Einen Blick über die Grenzen bot eine gemeinsam von OECD und BMELV durchgeführte Konferenz in Köln am 3. und 4. April 2008.



Bild: www.oecd.org

Seit 2002 veranstaltet die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) jährlich zusammen mit einem Mitgliedstaat eine Konferenz zur Entwicklung ländlicher Räume. Für die 6. Konferenz in dieser Reihe hatte Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer die OECD nach Deutschland eingeladen. Das Thema lautete „Innovative Daseinsvorsorge: Den Herausforderungen für ländliche Räume begegnen.“ Das Interesse war enorm: Über 260 Experten und Vertreter der Politik für ländliche Räume aus 27 Staaten haben in Köln über innovative Ansätze zur Versorgung der Menschen in ländlichen Räumen mit wichtigen Dienstleistungen diskutiert.

## Vier Themenblöcke im Fokus

Thematisch war die Konferenz auf vier Bereiche ausgerichtet, zu denen jeweils Ansätze aus verschiedenen Staaten vorgestellt wurden:

Im Konferenzblock „**Bildung im ländlichen Raum**“ wurde am Beispiel des Wendlandes gezeigt, wie aus einer spezifischen Stärke einer Region – hier die Kompetenz für Bioenergie – innovative Bildungsangebote entwickelt werden können, beispielsweise eine Energie-Akademie für

Ausbildung und überbetriebliche Fortbildung. Bildungskompetenz in einem aus der Region erwachsenen Spezialthema kann so zu einem übergeordneten Standortfaktor für die ansässigen Unternehmen werden.

Zum Thema „**Erreichbarkeit ländlicher Räume durch Informations- und Kommunikationstechnik sowie Verkehr**“ wurde unter anderem die Politik der Bundesregierung zur flächendeckenden Versorgung mit Breitbandanschlüssen vorgestellt. Ein Beispiel aus der Türkei zeigte, wie dort die grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene gefördert wird: Verschiedene Kommunalverwaltungen schließen sich zu Dienstleistungsunionen zusammen und kooperieren bei der Versorgung mit Infrastruktur.

Unter der Überschrift „**Gesundheitliche und soziale Versorgung**“ stellte die Universität Greifswald Möglichkeiten der Telemedizin und der Delegation ärztlicher Tätigkeiten auf speziell ausgebildete medizinische Gemeindeschwestern vor. Wie aus Problemen der demographischen Entwicklung Chancen werden können, wurde aus Finnland berichtet: Dort bemühen sich einige ländliche Regionen sehr um die Ansiedlung von Senioren, da diese mit ihren spezifischen Bedürfnissen wichtige

Entwicklungsimpulse geben und als „Standortvorteil“ betrachtet werden.

Das vierte wichtige Thema lautete „**Unternehmensorientierte Dienstleistungen**“. Hier wurde das Beispiel der Zukunftsinitiative Eifel vorgestellt, die sich aus dem Modellvorhaben „Regionen Aktiv“ des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMELV) entwickelt hat. Die Zukunftsinitiative Eifel betreibt ein gemeinsames Standortmarketing für alle zehn Eifel-Landkreise in zwei Bundesländern und schafft so gute Bedingungen für Unternehmer, die wiederum Arbeitsplätze in der ländlichen Region schaffen. Neben Tourismus und regionalen Produkten aus Land- und



Quelle: Regionalmarke EIFEL GmbH



Quelle: Michael Wedler

Forstwirtschaft bezieht sie in speziellen Netzwerken auch Handwerk und Gewerbe sowie Technologie und Innovation ein. Interessant war auch ein Bericht aus Irland über spezielle Risikokapitalfonds. Diese versorgen insbesondere die wissensbasierte Wirtschaft in ländlichen Räumen mit Kapital für Unternehmensgründungen oder -erweiterungen, die dieses von den Banken häufig nicht erhält.

## Probleme ähneln sich weltweit

Bei allen Unterschieden zwischen den teilnehmenden Staaten – von den EU-Ländern über die USA, Russland, China und Japan bis hin zu Südafrika – zeigte sich, dass viele Probleme oft ähnlich gelagert sind. So gab es unter den Vortragenden und Teilnehmern aus aller Welt große Übereinstimmungen in Bezug auf die Herangehensweise. Große Einigkeit herrschte darüber, dass erfolgreiche ländliche Entwicklung immer individuell auf die einzelne Region zugeschnittene Strategien verlangt und eine starke Einbindung der regionalen Ebene erforderlich macht. Darüber hinaus war es Konsens, dass ein Festhalten an klassischer Sektorpolitik kontraproduktiv ist und die Entwicklung eher hemmt als fördert.

## Workshop „Rural Proofing“

Am Rande der Konferenz fand auf Einladung der britischen „Commission for Rural Communities“ ein Workshop statt. Die Teilnehmer diskutierten über Möglichkeiten, die Auswirkungen verschiedener Sektorpolitiken auf die ländlichen Räume zu berücksichtigen („Rural Proofing“). In England wird dieser Ansatz seit einigen Jahren umgesetzt: Die betroffenen Ministerien sind verpflichtet, die Auswirkungen ihrer Politik auf die ländlichen Räume zu bewerten und gegebenenfalls entsprechend zu korrigieren. Ähnliche Programme laufen in Kanada, Irland und Nordirland.



### Die Sicht der OECD

Die OECD plädiert dafür, statt der bisherigen Konzentration auf sektorale Politiken eher regionenbezogene Lösungsansätze in den Mittelpunkt der ländlichen Entwicklungspolitik zu stellen. Dabei müssen aus Sicht der OECD vor allem folgende Fragen geklärt werden:

#### 1. Welche Art der Daseinsvorsorge brauchen wir für welche Region?

Die vorzuhaltenden oder zu schaffenden Dienste, Leistungen und Strukturen müssen je nach Region ganz verschieden sein. Damit ist auch die Frage der Finanzierung aufgeworfen. Die Tendenz geht immer mehr dahin, den Regionen mehr Verantwortung zu übertragen. Hierfür müssen diese aber auch die Entscheidungs- und Finanzierungsautonomie erhalten. Wichtig ist vor allem, die für die jeweilige Region optimalen Entscheidungen zu treffen, also den bestmöglichen Mix aus verschiedenen Infrastruktureinrichtungen, Finanzierungsquellen und Versorgungsstandards zu finden.

#### 2. Um welche ländlichen Regionen geht es?

Abgrenzung, Identität und Handlung müssen den Regionen selbst überlassen werden. Allerdings müssen sie hierfür die nötigen Rahmenbedingungen vorfinden, also die Befugnis haben, diese Entscheidungen auch treffen zu können. Und sie müssen groß genug sein. Dieser Prozess der Selbstfindung und der Weg zu mehr Autonomie müssen allerdings unterstützend begleitet werden. Hierbei kommt es weniger auf das „Wie“ als auf das „Ob“ an. Nutzt eine Region ihre Möglichkeiten nicht, muss nach den Gründen gefragt werden; nur so können Wege gefunden werden, wie die Region doch aktiv werden kann.

#### 3. Wie kann die Verbindung zu anderen Politiken hergestellt werden?

Daseinsvorsorge ist integraler Bestandteil der regionalen Entwicklungspolitik und darf nicht losgelöst von den übrigen Entscheidungen gesehen werden. Erst wenn eine regionale Strategie erarbeitet wurde, kann man davon ausgehen, dass Investitionen mit öffentlichen Mitteln zielgerichtet und sinnvoll sind. Voraussetzung für regionale Strategien ist die Zusammenführung aller relevanten Akteure. Ländliche Entwicklung ist keine vom Staat garantierte Selbstverständlichkeit, sondern sie muss in der Region gewollt und systematisch erarbeitet werden. Für die Realisierung der dafür erforderlichen „good governance“ ist Unterstützung nötig.

## Wie geht es weiter?

Um die Politiken der einzelnen Ministerien stärker zu vernetzen, hat das Bundeskabinett in Deutschland vor kurzem die Einrichtung der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Ländliche Räume“ beschlossen (s. S. 47). In deren Arbeit werden auch einige der Beispiele und Ergebnisse der Konferenz einfließen. Auch auf internationaler Ebene wird die Diskussion fortgesetzt: Die nächste OECD-Konferenz zu ländlichen Räumen wird voraussichtlich im September 2009 in Quebec, Kanada, stattfinden.

#### Mehr Informationen:

Theo Augustin und Thorsten Hinrichs  
Bundesministerium für Ernährung,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
Referat 525  
Telefon: 02 28 / 99 5 29-43 65 oder -42 87  
E-Mail: theo.augustin@bmelv.bund.de  
thorsten.hinrichs@bmelv.bund.de

Das Programm und die Präsentationen der Redner sind über die BMELV-Homepage ([www.bmelv.de](http://www.bmelv.de)) einzusehen.

**Bild oben: Theorie verknüpft mit Praxisbeispielen vor Ort (hier Biogasanlage in Püggen auf Biolandhof) ist Ausbildungsphilosophie der Akademie.**  
Bild: Verein Region aktiv Wendland-Elbetal

# „idee.natur“ geht in die zweite Runde

Von Thorsten Hinrichs

Die zehn Gewinner der ersten Stufe des Wettbewerbs „idee.natur – Naturschutzgroßprojekte und ländliche Entwicklung“ stehen fest. Die Siegerregionen können jetzt bis Ende des Jahres konkrete Konzepte ausarbeiten, von denen bis zu fünf ab Mitte 2009 mit einer finanziellen Förderung rechnen können.

## IDEE.NATUR Zukunftspreis Naturschutz

Für die Entwicklung ländlicher Räume ist ressortübergreifendes Denken und Handeln gefordert. Einen konkreten Ansatz hierzu bietet der Bundeswettbewerb „idee.natur – Naturschutzgroßprojekte und ländliche Entwicklung“. Gesucht wurden zukunftsweisende Konzepte, die die Integration von anspruchsvollen Naturschutzziele und ländlicher Entwicklung beispielhaft und besonders überzeugend darstellen.

Eine elfköpfige Jury aus Vertretern von Kommunen und Naturschutzverbänden, Land- und Forstwirtschaft, Wissenschaft und Medien hat von den 122 eingereichten Vorschlägen die zehn besten Konzepte ausgewählt. Grundlage war eine fachliche Vorprüfung durch das Bundesumweltministerium (BMU), das Bundeslandwirtschaftsministerium (BMELV) und das Bundesamt für Naturschutz (BfN) sowie eine Kommentierung durch die jeweiligen Bundesländer. Ausschlaggebende Kriterien waren die bundesweite naturschutzfachliche Bedeutung der Projektgebiete, ihr Potenzial für eine Inwertsetzung der Naturausstattung, die Beispielhaftigkeit der Projektideen und deren Umsetzungschancen.

### Drei Kategorien

Dabei waren die Teilnehmer aufgefordert, sich zu einer der drei Kategorien „Wälder“, „Moore“ oder „Urbane / industrielle Landschaften“ zu bewerben. Folgende Preisträger wurden ausgewählt:

#### Kategorie „Wälder“:

- „Das Schwäbische Donautal – Auwaldverbund von nationaler Bedeutung“, Bayern
- „Die Nordvorpommersche Waldlandschaft“, Mecklenburg-Vorpommern
- „Hohe Schrecke – Alter Wald mit Zukunft“, Thüringen / Sachsen-Anhalt
- „Naturschutzgroßprojekt Nordschwarzwald“, Baden-Württemberg

#### Kategorie „Moore“:

- „Moorlandschaft Ostfriesische Meere“, Niedersachsen
- „Allgäuer Moorallianz“, Bayern
- „Niedermoor-Regeneration und ländliche Entwicklung im Oberen Rhinluch“, Brandenburg

#### Kategorie „Urbane/industrielle Landschaften“:

- „Integratives Naturschutzkonzept in urban-industriellen Lebensräumen des Ruhrgebiets“, Nordrhein-Westfalen
- „Landschaft der Industriekultur Nord“, Saarland
- „Lebens.Netz.Dresden“, Sachsen

Die ausgewählten Regionen und ihre jeweiligen Konzepte sind im Internet unter [www.idee-natur.de](http://www.idee-natur.de) beschrieben.

### Innovative Finanzierungsmodelle

Die Preisträger sind nun aufgefordert, ihre Ideenskizzen bis zum Ende des Jahres zu realisierungsfähigen Konzepten auszuarbeiten. Aus ihnen wird die Jury bis zu fünf Konzepte auswählen, die dann ab Mitte 2009 umgesetzt werden können. Vorgesehen ist, dass hierzu das BMU Finanzmittel für die Naturschutzmaßnahmen zur Verfügung stellt und das BMELV bei Konzepten in ländlichen Regionen die

Mittel für flankierende Vorhaben der regionalen Entwicklung. Für die vom BMELV bereitgestellten Mittel soll es zudem die Möglichkeit geben, neue, zukunftsweisende Finanzierungsmodelle zu erproben, etwa über revolvingierende Regionalfonds. Dies würde bedeuten, dass die konkreten Einzelmaßnahmen nicht mit Zuschüssen, sondern mit verbilligten Krediten gefördert werden, die später aus den erwirtschafteten Einnahmen zum Teil wieder in den Fonds zurückfließen. Damit würden sie der Region zur Finanzierung anderer Projekte erneut zur Verfügung stehen.

### Wichtige Ziele schon erreicht

Schon jetzt hat der Wettbewerb ein wesentliches Ziel erreicht: In den meisten teilnehmenden Regionen haben sich die verschiedenen Akteure intensiv ausgetauscht, häufig zum ersten Mal in dieser Form. Hieraus können sich auch bei den vielen Initiativen, die es nicht in die 2. Runde geschafft haben, konkrete Projekte und vor allen Dingen eine verbesserte Zusammenarbeit ergeben. Möglichkeiten, die guten Ideen zur Inwertsetzung der Natur zumindest teilweise auch ohne eine Förderung im Rahmen von idee.natur umzusetzen, gibt es einige – etwa eine Integration im Rahmen von Leader oder ILE (Integrierte Ländliche Entwicklung).

#### Mehr Informationen:

Thorsten Hinrichs  
Bundesministerium für Ernährung,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
Referat 525  
Telefon: 02 28 / 99 5 29-42 87  
E-Mail: [thorsten.hinrichs@bmelv.bund.de](mailto:thorsten.hinrichs@bmelv.bund.de)  
[www.bmelv.de](http://www.bmelv.de)



Bilder: idee.natur - Zukunftspreis Naturschutz

# Bundesregierung gründet Interministerielle Arbeitsgruppe „Ländliche Räume“

Von Wolfgang Reimer

**Ziel der Bundesregierung ist es, die ländlichen Regionen zu entwickeln und dort gleichwertige Lebensverhältnisse wie in den Städten herzustellen. Die bisherigen Maßnahmen der einzelnen Ministerien greifen jedoch oft nicht weit genug. Eine neu gegründete interministerielle Arbeitsgruppe soll die Kräfte bündeln und ein gemeinsames Konzept für starke ländliche Räume erarbeiten.**

**D**er demographische Wandel, die Globalisierung der Märkte und die in einigen Regionen schwierige Situation auf den Arbeitsmärkten stellen ländliche Räume vor große Herausforderungen. Ländliche Räume haben unterschiedliche Entwicklungschancen und -potenziale. Zwar weisen etliche ländliche Landkreise eine überdurchschnittliche Entwicklung auf. Insbesondere in peripheren Regionen gibt es jedoch wirtschaftliche und strukturelle Probleme. Politik für ländliche Räume muss den regionalen Unterschieden Rechnung tragen und die Komplexität des Themas „Ländliche Entwicklung“ bei ihren Entscheidungen berücksichtigen.

## Die Politik der Bundesregierung für ländliche Räume

Wichtig ist es, ländliche Regionen unter Berücksichtigung ihrer unterschiedlichen Entwicklungspotenziale als Lebens-, Wirtschafts- und Naturräume zu erhalten, zu entwickeln und gleichwertige Lebensverhältnisse sicherzustellen. Bei der Gestaltung der Zukunft ländlicher Räume muss die Politik des Miteinanders fortgesetzt werden. Deutschland braucht die Infrastruktur der Großstädte und die Vielfalt und Produktivität in ländlichen Regionen.

Die Förderung der ländlichen Entwicklung ist mehr als bisher auf die spezifischen regionalen Erfordernisse zu konzentrieren und die Eigenverantwortung der Regionen für Wachstum, Beschäftigung und hohe Lebensqualität ist zu stärken. Es bestehen folgende Teilziele:

1. Stärkung der Wirtschaftskraft und Diversifizierung sowie Schaffung neuer Arbeitsplätze;
2. Erhaltung und Modernisierung der technischen und sozialen Infrastruktur; Begleitung des demographischen Wandels und Entwicklung innovativer Anpassungsstrategien im Umgang mit Abwanderung und Alterung;

3. Verbesserung der Perspektiven für junge Menschen;
4. Sicherung einer nachhaltigen Landnutzung sowie Erhaltung und Verknüpfung der Naturschutz- und Erholungsfunktionen ländlicher Räume; Erhalt und Pflege der Kulturlandschaft.

Die anstehenden Herausforderungen können am ehesten bewältigt werden, wenn auf die regionalen Besonderheiten zugeschnittene Strategien entwickelt werden. Mit Hilfe der systematischen Erschließung vorhandener Potentiale kann auch in Regionen ein Aufschwung gelingen, die ungünstigere Ausgangsbedingungen haben als andere. Eine Universallösung für alle Regionen gibt es nicht. Zu einem regional ausgerichteten Ansatz gehört auch, dass die Regionen mehr Entscheidungs- und Finanzautonomie erhalten.

## Interministerielle Arbeitsgruppe „Ländliche Räume“

In ihren jeweiligen Politikfeldern haben die Bundesministerien Maßnahmen ergriffen, um ländliche Räume gemäß ihren besonderen Erfordernissen zu fördern. Es hat sich jedoch herausgestellt, dass einzelne Maßnahmen nicht ausreichen, um den Herausforderungen wirkungsvoll zu begegnen. Ein integrierter Ansatz und die verstärkte Zusammenarbeit aller Beteiligten sind unabdingbar. Es ist erforderlich, in allen Handlungsfeldern stärker als bisher

ressortübergreifend zusammenzuarbeiten und den Belangen der ländlichen Bevölkerung bei bundespolitischen Entscheidungen angemessene Rechnung zu tragen. Auf gemeinsame Initiative von BMELV, dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat das Bundeskabinett am 12. März 2008 daher die Einsetzung einer interministeriellen Arbeitsgruppe beschlossen. Diese wurde beauftragt, bis Ende 2008 ein abgestimmtes Handlungskonzept der Bundesregierung zur Weiterentwicklung der ländlichen Räume vorzulegen. Die Arbeitsgruppe befasst sich vor allem mit den Handlungsfeldern Wirtschaft und Arbeit, Erziehung, Lebenslanges Lernen, allgemeine Infrastrukturpolitik, Umweltpolitik, Finanzierungssysteme sowie Stadt-Land-Partnerschaften. Die Arbeitsgruppe hat Anfang April mit den Arbeiten begonnen. Im Verlauf der Diskussionen werden Länder, Kommunen und Verbände in die Arbeiten eingebunden werden.

### Mehr Informationen:

Wolfgang Reimer  
Leiter der Unterabteilung Strukturpolitik, Ländliche Entwicklung, Ökologischer Landbau im BMELV  
Telefon: 02 28 / 99 5 29-43 65  
E-Mail: 525@bmelv.bund.de  
www.bmelv.de



Bild: F. Kuhl

# GLS Bank finanziert regionale Entwicklung

Von Falk Zientz

**Für soziale und ökologisch innovative Unternehmungen ist es besonders schwer, an Kapital zu kommen. Die GLS Bank hat sich auf diese Kunden spezialisiert. Lesen Sie im folgenden Beitrag, welche Projekte für eine Finanzierung in Frage kommen und was die Bank von anderen Geldgebern unterscheidet.**

Zurzeit finanziert die GLS Bank etwa 5.000 Unternehmen aus dem sozialen und ökologischen Bereich – unter anderem Ökobetriebe, Anlagen für regenerative Energien, Behinderteneinrichtungen, Schulen, Wohnprojekte und Bürgerinitiativen. Besondere Bedingungen gibt es für Gemeinschaftsfinanzierungen im gemeinnützigen Bereich. Berechnet wird hier oft lediglich eine Kostendeckungumlage für Personal- und Sachaufwand sowie ein Zinssockelbetrag und ein kleiner Zuschlag für die Abdeckung von Kreditrisiken. Derzeit sind dies 3,5 Prozent pro Jahr.

## Handwerkliche Milchprodukte für die Region

Viele Projekte und Unternehmen, die von der GLS Bank finanziert werden, haben eine nachhaltige regionale Entwicklung zum Ziel. Dazu ein aktuelles Kreditbeispiel: Zwei Demeter-Landwirtschaftsbetriebe am Bodensee haben sich in der „Sennerei zur weißen Geiß“ zusammengeschlossen, um Frischmilch von Kühen und Ziegen in handwerklicher Qualität zu ausgewählten Produkten zu verarbeiten und in der Region zu vermarkten. Für sie ist wichtig, dass „die beiden landwirtschaftlichen Betriebe so die Chance haben, mit den aktuellen Anforderungen des Marktes Schritt zu halten, ohne dabei ihre kulturtragende kleinbäuerliche Tradition opfern zu müssen“, wie Mathias Müller, einer der Inhaber, erläutert. Durch die gemeinsamen Investitionen in Verarbeitung und Vermarktung „wird eine gewisse Größe erreicht, die Kraft- und Hebelwirkung auf dem Markt haben kann“. Bei Investitionen von 250.000 Euro sollen im Jahr 2008 etwa 270.000 kg Milch verarbeitet werden. Hierfür wurde eine Fachkraft angestellt und die Kooperation mit einer etablierten Käserei vereinbart. Die Unternehmer sind regional sehr aktiv, haben ein ganzheitliches Energiekonzept und planen ein Hofcafé mit kulturellen Veranstaltungen sowie viele andere Aktivitäten.

## Wohn- und Arbeitsstätte für Suchtkranke

Viele der GLS-Kunden sind gemeinnützig – wie der Hof Fleckenbühl in Hessen, eine



Wohn- und Lehrstätte für Suchtkranke und Suchtgefährdete. Eine Besonderheit ist, dass es in dieser Gemeinschaft von etwa 140 Menschen keine ausgewiesenen Therapeuten gibt; stattdessen organisieren die Bewohner im Rahmen der Selbsthilfe Gesprächskreise. Die Gemeinschaft ist so tragfähig, dass dort viele ehemals Abhängige dauerhaft ohne jegliche Suchtmittel leben können. Bereits vor einigen Jahren unterstützte die GLS Bank den Hof Fleckenbühl mit einem Kredit, der auf der Basis einer Bürgengemeinschaft vergeben wurde: Zahlreiche Förderer verbürgten sich jeweils für einen kleineren Betrag, wodurch in der Summe eine größere Finanzierung zustande kam, die nach herkömmlichen banküblichen Kriterien nicht möglich gewesen wäre. Jetzt hat die GLS Bank einen Boxenlaufstall mit Melkstall und Güllebehälter für 72 Kühe finanziert. Neben der Landwirtschaft unterhält die Suchthilfe Fleckenbühl eine Reihe von weiteren Zweckbetrieben, welche die regionale Ökonomie beleben: Hofladen, Käserei, Bäckerei, Catering, Töpferei sowie eine Spedition.

Bilder: [www.hofzurhellen.com](http://www.hofzurhellen.com)  
Hintergrund rechte Seite:  
[www.gls.de](http://www.gls.de)



## Transparenz und Mitbestimmung

Im täglichen Geldgeschäft besteht für einen GLS-Kunden der Unterschied zu einer anderen Bank in erster Linie darin, dass er weiß, welche Unternehmen und Projekte die Bank finanziert. Alle Kredite werden in der Kundenzeitschrift veröffentlicht (siehe *Kasten*). Auch organisiert die Bank direkte Begegnungsmöglichkeiten von Anlegern und Kreditnehmern, und die Kunden können mitbestimmen, in welche Branchen ihr Geld fließen soll.

Banktechnisch entspricht das Angebot den üblichen Standards (Bankkarten, Online-Banking). Die Einlagen sind durch die Sicherungseinrichtung der Genossenschaftsbanken abgesichert. Auch auf der Finanzierungsseite verfügt die Bank über das etablierte Instrumentarium – von größeren Immobilienfinanzierungen bis hin zu Liquiditätsrahmen auf laufenden Geschäftskonten.

## Innovative Finanzierungsinstrumente

Darüber hinaus entwickelt die GLS Bank seit ihrer Gründung vor mehr als 30 Jahren immer wieder innovative Finanzierungsinstrumente, die konventionelle Banken nicht anbieten:

- **Bürgergemeinschaften:**

Förderer von gemeinnützigen Projekten stellen kleine Einzelbürgerschaften zur Verfügung, die von der Bank zur Abdeckung von Sicherheitslücken gebildet werden, so dass nicht bankfähige

Vorhaben durch ein tragfähiges Umfeld finanzierbar sind.

- **Leih- und Schenkgemeinschaften:**

Die Bank finanziert Kleinspenden von Förderern vor. Wenn beispielsweise 30 Mitglieder über fünf Jahre monatlich 50 Euro spenden, stellt die GLS Bank dem Verein sofort 90.000 Euro zur Verfügung. Einige Hundert Projekte konnten so gestartet werden, ohne dass die Beteiligten über ein besonders großes Vermögen verfügen.

- **Beteiligungsfonds:**

Als erster Anbieter von Fonds im Bereich regenerative Energien steht die GLS Bank für die Verbindung von Bürgerengagement und finanzieller Mitverantwortung. Besondere Schlagzeilen machte die Finanzierung der Elektrizitätswerke Schönau – der „Stromrebeln im Schwarzwald“ (s. LEADERforum 2.07).

- **Ausgleichs – und Sicherungsfonds:**

Auf freiwilliger Basis haben sich GLS-Kunden zusammengeschlossen, um gegenseitig die Erfüllung von Kreditverpflichtungen zu sichern. In wirtschaftlichen Notlagen kann so unkompliziert geholfen werden.

## Von Regiofonds bis Mikrofinanzierung

Finanzierungsinstrumente für nachhaltige Regionen erfordern außerdem, dass öffentliche Stellen, Unternehmen, Verbände und Bürger an einen Tisch kommen, gemeinsame Strategien entwickeln und Synergien nutzen. Auch solche Initiativen unterstützt die Bank:

## Das Angebot der GLS Bank



Die GLS Bank bietet alle üblichen Bankdienstleistungen an, vom Girokonto über die Altersvorsorge bis hin zu Wertpapierdepots nach ethisch-ökologischen Kriterien. Darüber hinaus werden unter ihrem Dach eine Reihe von Stiftungen sowie Beteiligungen an sozialen und ökologischen Unternehmen verwaltet und Spendenkampagnen durchgeführt. Träger der Bank ist eine Genossenschaft mit etwa 15.000 Mitgliedern und 60.000 Kunden im ganzen Bundesgebiet. Einen Überblick über die Finanzierungen gibt die Kundenzeitschrift „Bankspiegel“. Hier werden auch Praxisbeispiele im Zusammenhang mit aktuellen gesellschaftlichen Fragen dargestellt.

Unter [www.gls.de/finanzierungen](http://www.gls.de/finanzierungen) ist das komplette Finanzierungsangebot beschrieben.

- Zur Finanzierung von jungen Gründern legte sie im Jahr 2000 einen Beteiligungsfonds auf, mit einer Kofinanzierung des Landes Brandenburg.
- Seit 2001 begleitet die GLS den Aufbau von Regiowährungen ([www.regiogeld.de](http://www.regiogeld.de)).
- Als Mitgesellschafterin der EQUAL-Partnerschaft EXZEPT verantwortete die GLS von 2002 bis 2007 Teilprojekte zur „Mikrofinanzierung“ und gründete in diesem Rahmen das Deutsche Mikrofinanz Institut.
- Mit der EQUAL-Partnerschaft „Pro Concept“ wurde ein solidarischer Risikofonds für Integrationsfirmen in Nordrhein-Westfalen entwickelt.
- An dem von der GLS Bank aufgelegten Mikrofinanzfonds Deutschland sind neben Privatpersonen die KfW Bankengruppe, das Bundeswirtschafts- sowie das Bundesarbeitsministerium beteiligt.
- Auf Einladung von Leader-Initiativen hat sich die GLS Bank in konzeptionelle Gespräche zu Regionalfonds eingebracht.

Die laufende Finanzmarktkrise hat die Abkopplung der internationalen Finanzwirtschaft von den lokalen und regionalen Bezügen offengelegt. Zukunftsfähig sind Finanzdienstleister, die den Anlegern die konkrete Verwendung ihrer Geldanlagen transparent machen können und für Investitionen in nachhaltige Bereiche sorgen.

### Mehr Informationen:

Falk Zientz  
GLS Bank  
Telefon: 02 34 / 57 97-162  
E-Mail: [falk.zientz@gls.de](mailto:falk.zientz@gls.de)  
[www.gls.de](http://www.gls.de)

# Von der Redaktion für Sie ... angelesen



## Klima-Strategien für die Zukunft

Von Isabell Friess

„Unser Handeln in den nächsten 10 bis 15 Jahren wird die Lebensbedingungen unserer (...) Nachkommen entscheidend beeinflussen.“ So leitet der Herausgeber Hermann E. Ott das Buch „Wege aus der Klimafalle“ ein.

In kurzen, verständlich geschriebenen Beiträgen werden die neuesten Erkenntnisse zu den Zielen einer Klimastrategie, zur Förderung neuer Technologien und zu neuen gesellschaftlichen Allianzen vorgestellt. Unterteilt sind die Beiträge in vier Bausteine: neue Ziele, neue Politik, neue Technologien und neue Allianzen. Mit einer ausführlichen Einführung stellt der Herausgeber diese Gliederung, die jeweiligen Autoren und die Schwerpunkte ihrer Texte vor.

Einen guten Einblick in die Zukunft gibt der Beitrag „Szenarien einer internationalen Klimapolitik nach 2012“: Beim „Business-as-usual“-Szenario wird nichts getan. Beim strukturkonservativen Szenario werden zwar Maßnahmen durchgeführt, aber die notwendigen Strukturveränderungen nicht ergriffen. Erst mit dem ökologisch-gerechten Szenario ändert sich wirklich etwas.

Das Buch vermittelt die politische Dimension des Klimawandels und gibt Anregungen für die weitere Politikentwicklung – ein Lesemuss für Laien und politische Entscheidungsträger gleichermaßen.

**Hermann E. Ott und Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) (2008): Wege aus der Klimafalle. Neue Ziele, neue Allianzen – was eine Klimapolitik leisten muss.** München, oekom-Verlag, 230 Seiten.



## Das Alter als Herausforderung

Von Isabell Friess

Die Herausforderungen, aber auch die Chancen des demografischen Wandels beleuchtet das Buch „Was bedeutet der demografische Wandel für unsere Gesellschaft?“. Dabei werden die Beiträge der verschiedenen Autoren in vier Themenfelder unterteilt: Sozialpolitische Aufgabe, Kontexte des Alterns, Aspekte der Gestaltung der Lebensphase Alter und Pflege als neue gesellschaftliche Aufgabe.

Mirko Sporket beispielsweise beschäftigt sich mit der „stärkeren und längeren Integration der Älteren in das Erwerbsleben“ und diskutiert dabei, welche Hindernisse älteren Beschäftigten heute im Weg stehen. In seinem Fazit stellt er Ansätze für ein betriebliches Altersmanagement vor. Nicole Burzan zeigt, wie ältere Menschen ihren Alltag gestalten. Interessant ist hierbei der Zusammenhang zwischen ehrenamtlicher Arbeit und der Biografie und sozialen Lage der Menschen. Mit dem Thema „Altern der Gefühle“ beschäftigt sich Friedrich Stallberg. Dabei geht er auf die Veränderungen der Gefühlsregungen, Gefühlslagen und -kulturen ein.

Der demografische Wandel mit seinen Konsequenzen zieht sich durch alle Lebens- und Arbeitsbereiche. Dieses Buch zeigt dabei neue wissenschaftliche Erkenntnisse und ermöglicht dem Leser so, die Veränderungen, aber vor allem die Auswirkungen auf das eigene (Arbeits-) Umfeld schnell zu erfassen.

**Reichert, Mirko; Gösken, Eva; Ehlers, Anja (Hrsg.) (2008): Was bedeutet der demografische Wandel für die Gesellschaft? Perspektiven für eine alternde Gesellschaft.** Dortmund, Lit-Verlag, 213 Seiten.



## Existenzen gründen – Höfe bewahren!

Von Stefan Kämper

Offene Fragen beantworten, die sich im Zusammenhang mit der Hofnachfolge stellen, ist das Ziel von [www.hofgruender.de](http://www.hofgruender.de). Das neue Internetportal soll helfen, „Transparenz für die außerfamiliäre Hofübergabe und Existenzgründungen in der Landwirtschaft zu schaffen“, so Dr. Katharina Reuter von der Zukunftsstiftung Landwirtschaft. Denn Höfen, für die es keinen Nachfolger gibt, stehen zahlreiche qualifizierte Landwirte ohne eigenen Betrieb gegenüber.

Auf der Website wird die Thematik aus zwei Perspektiven betrachtet: aus der von Menschen, die ihren Hof abgeben möchten, und aus dem Blickwinkel der Existenzgründer. Für »Abgebende« gibt es Informationen zu Übergabemöglichkeiten, beispielsweise zum Hofübergabevertrag und zur gleitenden Hofübergabe. Außerdem werden die Phasen der Hofübergabe betrachtet und die Möglichkeit, den Betrieb an einen gemeinnützigen Träger abzugeben. Rechtsfragen, beispielsweise zum Erb- und Steuerrecht, werden diskutiert. Für die »Neugründer« werden die verschiedenen Möglichkeiten und Voraussetzungen der Existenzgründung erörtert, beispielsweise das Erstellen eines Geschäftsplanes, das Marketing und die Unternehmensorganisation. Informationen zu verschiedenen Finanzierungs- und Rechtsformen runden das Angebot ab.

**www.hofgruender.de ist ein vielschichtiges Angebot zum Thema Hofnachfolge. Der Ansatz, den Interessen beider Zielgruppen gerecht zu werden, macht es besonders empfehlenswert.**

## ... angekündigt

### Gemeinden mit guten Ideen gesucht!

Die Wüstenrot Stiftung hat den Wettbewerb „Land und Leute – Kleine Gemeinden gestalten ihre Zukunft im demografischen Wandel!“ ausgeschrieben. Gesucht werden bundesweit neue Konzepte und Angebote für das Wohnen älterer Menschen in kleinen Gemeinden. Im Mittelpunkt steht die Umgestaltung vorhandener Gebäude wie Scheunen, Gasthöfe, Wohnhäuser oder ehemalige Schulen zu einem örtlichen Zentrum mit vielfältigen Kommunikationsmöglichkeiten und Dienstleistungsangeboten, die auf die Sicherung der Lebensqualität der Älteren und der ganzen Bevölkerung zielen.

Teilnehmen können kleine Gemeinden und Städte in Deutschland mit bis zu 5.000 Einwohnern. Das Preisgeld beträgt insgesamt 25.000 EUR und wird den Gemeinden als zweckgebundene Zuwendung gezahlt. Zusätzlich erhalten die Verfasser prämierter Konzepte und Umbaumaßnahmen eine Urkunde.

Bei der Arbeitsgruppe für Sozialplanung und Altersforschung (AfA), die von der Wüstenrot Stiftung mit der Durchführung des Wettbewerbes beauftragt ist, kann unter [www.afa-sozialplanung.de/index.php/wettbewerbe\\_home.html](http://www.afa-sozialplanung.de/index.php/wettbewerbe_home.html) ein Fragebogen heruntergeladen werden, der bei der Zusammenstellung der für den Wettbewerb benötigten Informationen hilft.

**Einsendeschluss ist der 8. August 2008.**

#### Mehr Informationen:

[www.wuestenrot-stiftung.de/pdf/auslobung\\_land\\_und\\_leute.pdf](http://www.wuestenrot-stiftung.de/pdf/auslobung_land_und_leute.pdf)  
(Wettbewerbs-Flyer)

WÜSTENROT STIFTUNG



### Unternehmergeist groß geschrieben

Für die „European Enterprise Awards 2008“ können sich öffentliche Institutionen und öffentlich-private Partnerschaften bewerben. Bei diesem von der EU-Kommission ausgeschriebenem Wettbewerb prämiiert eine internationale Expertenjury innovative und erfolgreiche Maßnahmen, die den Unternehmergeist fördern, und zwar in folgenden Wettbewerbskategorien:

- Förderung von Unternehmertätigkeit
- Abbau von Bürokratie
- Unternehmensentwicklung
- Investitionen in Kenntnisse und Fertigkeiten
- verantwortliches und umfassendes Unternehmertum

Für jede dieser Kategorien wird ein Preis vergeben. Zusätzlich vergibt die EU den Großen Preis der Jury. Die European Enterprise Awards sind als zweistufiger Wettbewerb konzipiert. Die einzelnen Mitgliedstaaten nominieren zunächst zwei Kandidaten, die anschließend am Wettbewerb auf europäischer Ebene teilnehmen. Die Nominierten werden auf [www.european-enterprise-awards.org](http://www.european-enterprise-awards.org) im Internet veröffentlicht und im Mai 2009 zur Preisverleihung nach Prag eingeladen.

Das Institut für Mittelstandsforschung (IfM) ist der deutsche Kontaktpunkt für den Wettbewerb und wird nach Abschluss des Wettbewerbs 2008 nicht nur die beiden nominierten Kandidaten, sondern auch weitere deutsche Maßnahmen vorstellen.

#### Einsendeschluss für die deutsche Vorauswahl ist der 31. Juli 2008.

Alle Informationen zur Teilnahme und den Bewertungskriterien können unter folgender Adresse gefunden werden: [www.ifm-bonn.org/index.php?id=532](http://www.ifm-bonn.org/index.php?id=532)

Dort ist auch eine Dokumentation der bisherigen Wettbewerbe u. a. mit ausführlicher Präsentation von ausgewählten deutschen Good-Practice-Beispielen zu finden.



### Europäische Biomasse-Tage der Regionen

#### Europaweite Aktionstage vom 28. September bis 5. Oktober 2008

Die Biomasse-Tage der Regionen haben das Ziel, eine möglichst breite Öffentlichkeit über die Bedeutung und die Möglichkeiten der Nutzung nachwachsender Rohstoffe zu informieren. Institutionen, Firmen und Projekte, die in Europa Biomasse als Energiequelle oder Rohstoff einsetzen oder sich mit deren Nutzungsmöglichkeiten beschäftigen, sind aufgerufen, mit einer Aktion – beispielsweise einem Tag der offenen Tür – teilzunehmen. 2007 haben über 800 Aktionen in zahlreichen europäischen Ländern stattgefunden.

Interessierte können sich unter [www.biomasse-tage.org](http://www.biomasse-tage.org) anmelden. Dort finden sich weitere Informationen zur Aktionswoche und nützliche Infos und Tipps zur Durchführung einer Veranstaltung. Den Teilnehmern werden kostenlose Informationsmaterialien und Werbemittel mit dem Logo der Europäischen Biomasse-Tage der Regionen zur Verfügung gestellt. Alle teilnehmenden Projekte werden auf der Internetseite der Biomasse-Tage veröffentlicht.

Organisiert werden die Biomasse-Tage von der bayerischen Koordinierungsstelle für nachwachsende Rohstoffe – C.A.R.M.E.N. – zusammen mit zahlreichen weiteren Institutionen in Deutschland und europaweit mit dem Europäischen Biomasseverband (AEBIOM).

#### Mehr Informationen:

[www.biomasse-tage.org](http://www.biomasse-tage.org)



**Weitere Termine im Terminkalender auf der Rückseite und unter [www.leaderplus.de/termine](http://www.leaderplus.de/termine)**

**Aktuelle Nachrichten unter [www.netzwerk-laendlicher-raum.de](http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de)**

9. bis 10. September	<b>Möglichkeiten der Projektfinanzierung</b> Workshop <small>Info auf Seite 9</small>	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume <a href="http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine">www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine</a>
15. bis 19. September	<b>Stimmt das Klima? – Naturschutz im Umbruch</b> Deutscher Naturschutztag 2008 in Karlsruhe	Bundesamt für Naturschutz <a href="http://www.deutscher-naturschutztag.de">www.deutscher-naturschutztag.de</a>
22. bis 25. September	<b>Umsetzung regionaler Entwicklungskonzepte in der Praxis</b> Schulung <small>Info ab Seite 7</small>	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume <a href="http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine">www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine</a>
28. September bis 5. Oktober	<b>Europäische Biomasse-Tage der Regionen 2008</b> Aktionstage <small>Info auf Seite 51</small>	C.A.R.M.E.N. e.V. (Koordination) <a href="http://www.biomasse-tage.org">www.biomasse-tage.org</a>
30. September bis 1. Oktober	<b>Weiterentwicklung von Agrarumweltmaßnahmen</b> Tagung <small>Info auf Seite 9</small>	Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume <a href="http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine">www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine</a>
5. Oktober Aktionszeitraum 27. September bis 12. Oktober	<b>Tag der Regionen 2008 – Klimaschutz durch kurze Wege</b> Bundesweite Aktionstage	Aktionsbündnis „Tag der Regionen“ <a href="http://www.tag-der-regionen.de">www.tag-der-regionen.de</a>
11. Oktober	<b>HolzRegio – Erfahrungsaustausch regionaler Holzenergienetzwerke</b> 2. BBE-Workshop im Rahmen der IHE HolzEnergie 2008 (Renexpo) in Augsburg	Bundesverband BioEnergie e.V. (BBE) <a href="http://www.bioenergie.de/Holzenergie2008/workshop.htm">www.bioenergie.de/Holzenergie2008/workshop.htm</a>
15. bis 17. Oktober	<b>Landeskultur – Motor der Waldentwicklung</b> 29. Bundestagung der Deutschen Landeskulturgesellschaft DLKG in Gummersbach	Deutschen Landeskulturgesellschaft DLKG und Zentrum für Ländliche Entwicklung Nordrhein-Westfalen (ZeLE) <a href="http://www.zele.nrw.de">www.zele.nrw.de</a> > Aktuelle Veranstaltungstermine
27. bis 29. Oktober	<b>euregia – Standort- und Regionalentwicklung in Europa</b> Fachmesse und Kongress in Leipzig	neuLand + Tourismus-, Standort- und Regionalentwicklung GmbH & Co. KG <a href="http://www.euregia-leipzig.de">www.euregia-leipzig.de</a>
28. Oktober	<b>Erfolgreich durch gemeinsame Projekte im ländlichen Raum – Chancen der europäischen Zusammenarbeit</b> Tagung in Leipzig im Rahmen der euregia <small>Info auf Seite 9</small>	Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (gtz), InWEnt und Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume <a href="http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine">www.netzwerk-laendlicher-raum.de/termine</a>

Cartoon zum Fokusthema

von mele

